

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
14. Wahlperiode**

Plenarprotokoll 14/18

**18. Sitzung
Kiel, Mittwoch, 11. Dezember 1996**

Stenographischer Dienst und Ausschußdienst - Herausgabe 17.12.96

Tagesordnung:

Ermöglichung eines Schulabschlusses

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/415

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)
Ute Erdsiek-Rave (SPD)
Dr. Ottfried Hennig (CDU)
Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anke Spoorendonk (SSW)

Beschluß: Dringlichkeit verneint

Rechtsetzungsverfahren für das geplante Naturschutzgebiet „Wakenitz“

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/419

Martin Kayenburg (CDU)

Beschluß: Dringlichkeit bejaht und als Punkt 15 a in die Tagesordnung eingereiht

Aktuelle Stunde

„Aktuelle Haltung der Landesregierung zur Elbquerung westlich von Hamburg“

Antrag der Fraktion der CDU

Martin Kayenburg (CDU)
Ute Erdsiek-Rave (SPD)
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)
Peter Gerckens (SSW)
Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Dr. Ottfried Hennig (CDU)
Bernd Schröder (SPD)
Dr. Adelheid Winking-Nikolay (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)
Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Aktuelle Stunde

„Schleswig-Holstein als europäisches Nadelöhr beim Schienen-Güterverkehr“

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Anke Spoorendonk (SSW)

Gerhard Poppendiecker (SPD)
Brita Schmitz-Hübsch (CDU)
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)
Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Änderung des kommunalen Verfassungsrechts 1995

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/395

Ursula Kähler (SPD)
Klaus Schlie (CDU)
Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)
Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Beschluß: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuß

Situation der Milchwirtschaft

Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 14/280
Antwort der Landesregierung
Drucksache 14/411

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus
Peter Jensen-Nissen (CDU)
Sabine Schröder (SPD)
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)
Peter Gerckens (SSW)

Beschluß: Für erledigt erklärt

Musikunterricht und Musikerziehung in Schleswig-Holstein - Entwicklung seit 1988 und Perspektiven

Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 14/164
Antwort der Landesregierung
Drucksache 14/388
Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/416

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
Angelika Volquartz (CDU)
Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)
Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW) Kläre Vorreiter (CDU)
Hans Wiesen (SPD)
Dr. Ernst-Dieter Rossmann (SPD)

Beschlüsse: Überweisung an den Bildungsausschuß

Möglichkeiten zur getrenntgeschlechtlichen Unterbringung in Wohnheimen für Frauen mit körperlichen und/oder geistigen Behinderungen

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/383

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)
Wolfgang Baasch (SPD)
Gudrun Hunecke (CDU)
Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anke Spoorendonk (SSW)
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Beschluß: Überweisung an den Sozialausschuß

Vereinfachung des Mietrechts

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/398

Ingrid Franzen (SPD)
Gero Storjohann (CDU)
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)
Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

Beschluß: Überweisung an den Innen und Rechtsausschuß

Erhalt der Bahnlinie Ratzeburg - Hollenbek

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/399
Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/417 (neu)
Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/423

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gerhard Poppendiecker (SPD)
Klaus Schlie (CDU)
Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)
Peter Gerckens (SSW)
Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Anke Spoorendonk (SSW)

Beschluß: Annahme des Antrages Drucksache 14/399 in geänderter Fassung

* * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Beginn: 10.05 Uhr

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 8. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlußfähig. Ich begrüße Sie alle sehr herzlich.

Beurlaubt sind Herr Abgeordneter Geißler und Herr Minister Steenblock.

Die Fraktion der **F.D.P.** hat einen **Dringlichkeitsantrag** mit dem Betreff „Ermöglichung eines Schulabschlusses“ eingereicht. Der Antrag liegt Ihnen als Drucksache 14/415 vor.

Das Wort zur Begründung der Dringlichkeit hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Schicksal des 19jährigen rumänischen Staatsangehörigen Claudiu Ardelaen beschäftigt seit einigen Tagen - wieder - die Menschen im Kreis Plön und weite Teile der Bevölkerung in Schleswig-Holstein. Nach langem Bemühen vor Ort und infolge eines Beschlusses des Eingabenausschusses des Landtages vor einigen Wochen erteilte der Plöner Landrat Claudiu Ardelaen eine ausländerrechtliche Duldung, damit dieser vor seiner Abschiebung oder freiwilligen Ausreise seine in Deutschland begonnene Schulausbildung mit dem Abitur abschließen kann. Diese Maßnahme des Plöner Landrats ist vom Innenminister des Landes Schleswig-Holstein unter Hinweis auf die geltende Rechtslage aufsichtsrechtlich beanstandet worden.

Im Rahmen der Begründung der Dringlichkeit unseres Antrages möchte ich die Frage der Richtigkeit dieser Rechtsauffassung nicht stellen oder beantworten. Meine Fraktion glaubt aber, daß der Landtag schnellstmöglich ein politisches Signal geben muß, um die immer stärker emotionsgeladene Diskussion zu versachlichen. Der Landtag sollte schnellstmöglich den Beschluß seines Eingabenausschusses vom 3. September 1996 bekräftigen, damit auch dem Innenminister - sollte seine Auffassung zutreffend sein - der Rücken

gestärkt werden kann. Es gilt, schnellstmöglich eine Veränderung der Rechtslage im Sinne größerer Menschlichkeit zu bewirken.

Wir bitten um Bejahung der Dringlichkeit.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? - Frau Abgeordnete Erdsiek-Rave!

Ute Erdsiek-Rave [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kubicki, die Worte höre ich wohl, allein, mir fehlt der Glaube. Dringlich ist bei diesem Antrag vor allem der Wunsch, die Koalition hier erneut vermeintlich vorführen zu wollen. Ich bin der Auffassung - das wissen Sie ganz genau -, daß der Landtag über eine Abschiebung ohnehin nicht entscheiden kann. Ich finde, daß es dem jungen Rumänen nicht zumutbar ist, daß sein Einzelfall hier in aller Öffentlichkeit diskutiert wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Was hinter den verschlossenen Türen des Eingabenausschusses - und zu Recht hinter verschlossenen Türen - geschieht, ist das eine, die Landtagsdebatte ist das andere. Welches Verständnis von Humanität und Menschenrechten steht dahinter, wenn man ein persönliches Schicksal zum öffentlichen, politischen Spielball machen will?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ein solcher Quatsch!)

Wir werden es Ihnen nicht gönnen, hier eine solche Debatte zu führen, auch nicht dem Plöner Landrat, dessen Rolle ich höchst problematisch finde, der die Abschiebung erst mit einem Polizeieinsatz anordnet, wohl wissend, daß das rechtswidrig ist, dann die Reaktion der Betroffenen nicht erträgt und plötzlich dem Innenminister die Verantwortung zuschiebt.

(Beifall der Abgeordneten Sabine
Schröder [SPD])

Sie wissen auch, daß es sich bei diesem wirklich bedauernden und menschlich kaum erträglichen Fall nicht um einen eigentlichen Härtefall handelt. Deshalb werfe ich denen vor, die dieses Thema politisch instrumentalisieren, daß das nichts anderes ist als eine Form von Doppelmoral,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

weil sie in anderen politischen Zusammenhängen, wenn es etwa um die Brandopfer in Lübeck geht, die gleiche menschliche Härte nicht sehen.

Wir werden Ihnen im Januar Gelegenheit geben, einer Härtefallregelung und einem Appell an den Bundesinnenminister, solche Menschen wie den jungen Rumänen in Preetz, aber auch die Brandopfer in Lübeck vor der Abschiebung zu retten, hier zuzustimmen. Dann werden wir die Debatte führen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Dr. Hennig!

Dr. Otfried Hennig [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Wolfgang, der Versuch ist nicht strafbar, aber er ist vergeblich. Wir sind mit dem Landrat solidarisch. Wir sind bei diesem Thema mit dem Landrat völlig im reinen. Er ist ein sehr guter, kompetenter, fachlich ausgewiesener, optimaler Landrat, der nur gelegentlich mit Ihrer Partei im Kreis Plön erhebliche Schwierigkeiten hat, Frau Erdsiek-Rave; da könnte man in der Tat manches verändern.

(Beifall bei der CDU)

In der Sache hat er rechtsirrtümlich gehandelt - daran kann es nicht den geringsten Zweifel geben; das Gesetz ist klar. Er wendet einen übergesetzlichen Notstand ein. Er hat zugleich menschlich gehandelt, in einer ungeheuer zugespitzten Situation.

(Wortmeldung des Abgeordneten
Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Ich möchte das zunächst zu Ende führen. - Anlaß zu einer Dringlichkeitsdebatte gibt es schon deshalb nicht, weil der Innenminister dem hier Begehrten zumindest für eine gewisse Zeit bereits entsprochen hat. Vor Schuljahresende kann eine Dringlichkeit nicht gegeben sein. Die Dringlichkeit ist auch deshalb nicht gegeben, weil die Rechtslage völlig klar ist. Der Landrat hat an dieser Stelle menschlich gehandelt, aber - ich wiederhole das - juristisch ist die Sache völlig klar.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Quatsch!)

Da beginnt nun das Problem des Landesinnenministers. Herr Innenminister, wenn das alles so ist, dann ist doch die Parallele zur Härtefallkommission offenkundig. Der Landrat hat an dieser Stelle so gehandelt, wie eine Härtefallkommission es in Ihren Augen tun soll. Da frage ich Sie: Wie geht das jetzt weiter? Zunächst haben Sie das Handeln des Landrats in der Sache sanktioniert, indem Sie seinem Petitum entsprochen haben.

(Ingrid Franzen [SPD]: Wo ist die
Dringlichkeit?)

Gibt es jetzt also auch ein aufsichtsrechtliches Verfahren der Ministerpräsidentin gegen Sie?

(Günter Neugebauer [SPD]: Zur
Sache!)

Oder wird auch gegen Mitglieder der Härtefallkommission ermittelt, die sich in der Sache nachher in gleicher Weise verhalten? - Das kann ja wohl nicht richtig sein!

Wir sollten die Angelegenheit in aller Ruhe klären. Anlaß für die Dringlichkeit gibt es nicht. Der Schüler kann zunächst hierbleiben, kann bei seiner Mutter bleiben, er kann in Deutschland bleiben. Ich hoffe, daß er auch sein Abitur hier ablegen kann. - Die Dringlichkeit wird von uns nicht bejaht.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Kubicki hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident, bei allem Respekt vor Ihnen, Ihrer Amtsführung und dem Hohen Hause muß ich leider feststellen, daß sowohl die Fraktionsvorsitzende der SPD, Ute Erdsiek-Rave, als auch der Fraktionsvorsitzende der CDU, Ottfried Hennig, überwiegend zur Sache und nicht zur Dringlichkeit gesprochen haben. Ich habe mich ausdrücklich bemüht, in der Sache keine Erklärung abzugeben, sondern mich nur mit der Frage der Dringlichkeit zu beschäftigen. Das möchte ich hier feststellen, damit nicht der Eindruck entsteht, ich hätte zur Sache nichts zu sagen. Ich rüge das Verhalten der Fraktionsvorsitzenden ausdrücklich. Wir sollten uns darauf verständigen, nur die Dringlichkeitsfrage zu erörtern und uns anschließend mit der Sache zu beschäftigen. Hier sind aber schon vorher Erklärungen zur Sache abgegeben worden.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] - Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:
Oberpräsident!)

Präsident Heinz Werner Arens:

Herr Abgeordneter Kubicki, Rügen erteilt der Präsident.

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir schließen uns den Worten von Frau Erdsiek-Rave an. Wir sehen zur Zeit keine Dringlichkeit gegeben.

Herr Kubicki, da Sie zur Dringlichkeit noch ein Wort hören wollen, muß ich sagen: Wenn Sie das, was Sie hier vorgetragen haben, ernst meinen, hätte ich erwartet, daß Sie heute morgen einen Dringlichkeitsantrag zu dem stellen, was Herr Kanther gesagt hat, nämlich organisierte Kriminalität sei ein Problem der Ausländer. Wer so etwas sagt, der muß dringlich abgelöst werden. In diesem Fall stimmte ich der Dringlichkeit zu; bei Ihrem Antrag sehe ich sie nicht gegeben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von CDU und F.D.P.: Oh, oh!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Spoorendonk hat ebenfalls zur Dringlichkeit das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich kann es kurz machen: Auch aus der Sicht des SSW besteht hier keine Dringlichkeit. Ich will nicht zur Sache reden, sondern nur eine Bemerkung machen. Hier wird als Begründung für den Dringlichkeitsantrag angeführt, daß der Landtag den Beschluß des Eingabenausschusses bekräftigen soll. Ich frage mich: Braucht der Eingabenausschuß eine Krücke? - Ich denke nicht.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Wir können über die Dringlichkeit abstimmen. Ich weise darauf hin, daß nach § 51 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung eine Zweidrittelmehrheit für den Antrag erforderlich ist, um die Dringlichkeit zu bejahen. Wer der Dringlichkeit des vorgelegten Antrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einer Stimmenthaltung und bei Befürwortung durch die F.D.P.-Fraktion ist die Dringlichkeit des Antrags abgelehnt.

Meine Damen und Herren, Ihnen liegt ein zweiter **Dringlichkeitsantrag** der Fraktion der **CDU** vor. Er ist kurz vor der Sitzung eingereicht worden. Ich habe mir sagen lassen, daß er inzwischen verteilt worden ist. Ist das der Fall? -

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Ja!)

Der Antrag trägt den Betreff „Rechtsetzungsverfahren für das geplante Naturschutzgebiet ‚Wakenitz‘“. Er hat die Drucksachenummer 14/419 und scheint verteilt worden zu sein.

Zur Begründung der Dringlichkeit spricht Herr Abgeordneter Kayenburg.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Ein Hauskrach im Kabinett“, wie die „Kieler Nachrichten“ titeln, ist sicherlich kein Anlaß zur Dringlichkeit. Ein skandalöser Verordnungsentwurf auch noch nicht; aber ein Verordnungsentwurf, der beabsichtigt, das Verkehrsprojekt „Deutsche Einheit“ zu verhindern, der das Planfeststellungsverfahren verhindern wird, der möglicherweise den Bau der A 20 behindern wird, der ihn mit Sicherheit erheblich verteuern und zu einem Schaden für unser Land führen wird, bedarf der dringlichen Behandlung. Aus diesem Grunde beantragen wir, heute zu behandeln, daß das Rechtsetzungsverfahren Naturschutzgebiet „Wakenitz“ abgesetzt wird.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Sehr gut!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Wird das Wort zur Dringlichkeit gewünscht? - Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann lasse ich auch über diesen Dringlichkeitsantrag, Drucksache 14/419, abstimmen. Dabei verweise ich wieder auf § 51 Abs. 3 der Geschäftsordnung. Wer dem Antrag Drucksache 14/419 die Dringlichkeit zusprechen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei zwei Stimmenthaltungen ist dieser Antrag angenommen, das heißt die Dringlichkeit ist ihm zugesprochen. Ich schlage Ihnen vor, den Antrag als Tagesordnungspunkt 15 a in die Tagesordnung einzureihen. Ich bitte die Fraktionen, sich über die Redezeiten zu verständigen und mir einen Vorschlag für den Zeitpunkt des Aufrufes dieses Antrages zu machen.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln. Zu dem Tagesordnungspunkt 17 ist eine Aussprache nicht geplant. Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 8. Tagung. Fragen zur Fragestunde liegen nicht vor. Die Fraktion der CDU hat ihren Antrag zur

räumlichen Erweiterung des regionalen Entwicklungskonzeptes für die Metropolregion Hamburg - das ist der Tagesordnungspunkt 6 - zurückgezogen. Wir werden unter Einschluß einer zweistündigen Mittagspause am heutigen Tag und einer einstündigen Mittagspause am Donnerstag jeweils längstens bis 18 Uhr tagen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 1 aufrufe, möchte ich die Gäste auf der Tribüne begrüßen. Es sind Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrerinnen und Lehrern von der Hauptschule Nortorf. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde

Zunächst ist das Thema die **Aktuelle Haltung der Landesregierung zur Elbquerung westlich von Hamburg**, Antrag der Fraktion der CDU. Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Kayenburg.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Beurteilungen beginnen oft mit dem Satz: „An den, den es angeht.“ Der, den es angeht, der ist heute nicht hier. Er glänzt durch Abwesenheit. Gleichwohl habe ich Herrn Minister Steenblock schon gestern gesagt, daß ich ihn heute bezüglich seiner Äußerung kritisieren werde.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wissen Sie, warum er nicht hier ist? Er hat Umweltministerkonferenz! Das wollte ich nur gesagt haben!)

- Ich weiß, warum er nicht hier ist. Gleichwohl steht in der Aktuellen Stunde ein Thema zur Debatte, Frau Fröhlich, das primär ihn angeht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Zu dem Thema hat ihm gestern der Bundesverkehrsminister - zumindest inhaltlich - kräftig die Leviten gelesen. Das konnten Sie selbst hören.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf
der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Seit über 30 Jahren setzt sich die Wirtschaft dieses Landes für die **Querung der Unterelbe stromabwärts von Hamburg** ein. Die Elbquerung ist von allen politischen Parteien zunächst nur halbherzig betrieben worden, und in den siebziger und achtziger Jahren bestand - wie Sie alle wissen - die Gefahr, daß die süddeutschen Bundesverkehrsminister die Querung sogar ganz aus dem Bundesverkehrswegeplan herausnehmen. Schließlich ist es dann aber gelungen, insbesondere nach der Diskussion über die A 20 im Bereich der ostdeutschen Länder, die A 20 und die Elbquerung in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans hineinzunehmen.

Ich erinnere Sie an die Geschichte: Minister Froschmaier hat bei seinem Amtsantritt der Elbquerung zugestimmt. Die SPD hat ihn dann zurückgepfiffen, und er hat erklärt, eine feste Elbquerung sei nicht sinnvoll, entsprechende Planungen gebe es nicht. Herr Engholm wollte 1991 das Problem mit schnellen Elbfähren lösen, und Herr Vollert hat gesagt, im ganzen Unterelberaum gebe es kein Verkehrsaufkommen, das solch ein Milliardenprojekt rechtfertigen würde.

Anfang 1992, Frau Erdsiek-Rave, hat sich die SPD dann dankenswerterweise zu einem bedingten Ja durchgerungen. Der damalige Staatssekretär Steinbrück hat erklärt, daß Einvernehmen bestehe, die Elbquerung in den vordringlichen Bedarf des **Bundesverkehrswegeplans** aufzunehmen, die Elbquerung im Raum Glückstadt vorzusehen und die Einbindung in den überregionalen Verkehr über die B 206 zu realisieren.

Im Februar 1995 konnten wir uns dann - ich betone das ausdrücklich - auf einen gemeinsamen Antrag zu einer festen Elbquerung und zu einer vierspurigen Querung und einem vierspurigen Ausbau der A 20 verstehen. Die Straßenquerung war also nach unserer gemeinsamen Auffassung ein Muß. Ich hoffe, daß dieses Einvernehmen 1996 nicht auf dem grünen Altar der Koalition geopfert wird. Im derzeitigen Verkehrswegeplan ist bis zum Jahre 2012 die Elbquerung in der Kategorie „vordringlicher Bedarf“. Damit ist unserer

Forderung in vollem Umfang Rechnung getragen worden.

Die Begründung für den Bau liegt auf der Hand; ich muß sie nicht wiederholen. Vor allem aber glaube ich, daß sich nach der Erweiterung der Metropolregion und nach der neuen Diskussion darum neue wirtschaftliche Entwicklungschancen bieten, die vor allem mit einem Bau der festen Elbquerung realisiert werden könnten.

Die **Resolutionen** der regionalen Gebietskörperschaften, der Gewerkschaften, der Verbände, der Kammern, auch der Parteien, sind eindeutig: Alle sprechen sich für eine feste Elbquerung stromabwärts von Hamburg aus. Unser Umweltminister, in Verkehrs- und Wirtschaftspolitik offenbar uneinsichtig oder vielleicht auch grün bis hinter die Ohren, behauptet, es sei keine Lösung, die wirtschaftliche Entwicklung an der Westküste von der A 20 abhängig zu machen. Man kann ihm nur entgegenhalten: Wer die Westküste zum Nationalpark erklärt, wer die Infrastruktur dort verkommen lassen will, wer ökologische Vernetzungen als Symbol des Fortschritts ansieht, der hat nichts, aber auch gar nichts von Wirtschaftspolitik verstanden. Herr Steenblock belastet den Wirtschaftsstandort Westküste!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Er wird es mit seiner Politik zu verantworten haben, wenn Arbeitsplätze dort verlorengehen.

Wir werden deshalb auch ohne Zustimmung von Herrn Steenblock die Elbquerung politisch wie finanziell bis zum Jahre 2015 realisieren. Daran wird auch die grüne Verkehrspolitik, die versucht, alle Verkehrsampeln auf Rot zu stellen, nichts ändern.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kayenburg hat es kurz gemacht. Ich könnte es eigentlich genauso kurz machen.

(Zuruf von der CDU: Das wäre schön!)

Alle Jahre wieder - allerdings nicht immer vor Weihnachten - brauchen Sie offenbar diese Bestätigung in der Sache, und Sie können sie von der SPD-Fraktion gern auch heute noch einmal haben. Sie werden im Gegensatz zu Weihnachten allerdings keine Überraschung dabei erleben. Die Position zur **Elbquerung** ist die, die sie war, und sie bleibt, wie sie ist: Westlich von Hamburg in der **Schiene-Straße-Kombination**, und zwar so schnell wie möglich und so abgesichert in der Finanzierung, wie dies - im Moment noch etwas fraglich, aber doch hoffentlich mit allem Nachdruck von allen Seiten unterstützt - immer war.

Das Land braucht diese westliche Elbquerung, und unsere skandinavischen Nachbarn brauchen sie auch, insbesondere nach der Öffnung des Große-Belt-Tunnels um so dringlicher. Wir werden dazu in der zweiten Aktuellen Stunde noch kommen, was dort das Defizit ist. Das Land braucht sie, die skandinavischen Nachbarn brauchen sie, und wir wollen sie.

Wir haben es begrüßt - ich kann alle diese Punkte ja noch einmal aufzählen -, daß das Europäische Parlament die westliche Elbquerung in die transeuropäischen Netze genommen hat, und zwar als Kombinationslösung, im übrigen zunächst gegen den Widerstand von Herr Wissmann, der sich einer Prüfung dieser Frage dankenswerterweise angeschlossen hat. Sie konnten der Rede des Ministers gestern entnehmen, Herr Kayenburg, daß er mit Nachdruck das Engagement der Landesregierung, insbesondere des Verkehrsministers, hierbei unterstützt. So what? kann ich da nur sagen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Guter Mann!)

Sie wissen ganz genau, daß derzeit die Korridoruntersuchung läuft und daß die sogenannte Schienenknotenpunktuntersuchung für Hamburg läuft. Sie wissen ganz genau - in der Debatte zur Regierungserklärung ist dies noch einmal ausführlich dargestellt worden -, daß dieses Thema im Koalitionsvertrag geregelt ist und daß danach klar ist: Es gibt unterschiedliche Auffassungen, insbesondere in der Frage der Finanzierung,

(Dr. Otfried Hennig [CDU]: Und auch in der Sache!)

und das wird auch durch die öffentlichen Äußerungen des Umweltministers nicht in Frage gestellt.

(Zurufe von der CDU: Doch!)

- Nein, wird es nicht. Weder ist in der Frage Elbquerung ein neuer Koalitionskrach auszumachen, auch wenn Sie gern danach suchen würden, noch ist ein neues aktuelles Problem im Entscheidungstreit. Daß es unterschiedliche Auffassungen gibt, ist kein Geheimnis - spätestens seit dem Koalitionsvertrag.

Das Angebot der Bauwirtschaft, die Elbquerung durch ein privates Konsortium zu finanzieren, wird von uns politisch zu prüfen sein, wenn es denn auf dem Tisch liegt. Wenn diese Prüfung positiv verläuft, werden wir dem wohl gemeinsam zustimmen.

Abzuwarten bleibt, was die zur Zeit laufenden Untersuchungen bringen werden, die Korridoruntersuchung und die Schienenknotenpunktuntersuchung im Raum Hamburg. Aber schon jetzt können wir feststellen: Die SPD-Landtagsfraktion wird die Landesregierung in den Bemühungen unterstützen, dieses Projekt schnell und zügig umzusetzen. Wir brauchen diese Elbquerung, damit Schleswig-Holstein seinen Weg im nächsten Jahrtausend fortsetzen kann, und dies nicht abseits der neuen europäischen Routen. Keine Überraschung, aber die erneute Bestätigung des politischen Angebots zur Durchsetzung dieser wichtigen Planung!

Aber Weihnachten ist ja auch die Zeit der Wünsche, und deswegen ein Wunsch an die Opposition: Reden Sie doch immer so fachbezogen in dieser Frage und nicht öffentlich polemisch und nicht die Sache in Frage stellend. Ich glaube, dann tun Sie nicht nur der Sache, sondern auch diesem Lande insgesamt einen Dienst.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wieso?)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Guten Morgen, Herr Präsident! Guten Morgen, meine Damen und Herren!

(Zurufe: Guten Morgen!)

Ich finde es ein bißchen unter Niveau, dem Umweltminister vorzuwerfen, daß er nicht hier ist, weil er auf der Umweltministerkonferenz sein muß; tut mir leid!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Man muß eben Prioritäten setzen!)

Zur Sache: Es ist völlig verständlich, daß sich die Unternehmen an der Westküste wünschen, daß es bessere Verkehrsverbindungen über die Elbe gibt. Da solche Vorhaben normalerweise vom Staat kostenlos bereitgestellt werden, kann man natürlich auch viel fordern. Wäre der Staat ein Wirtschaftsunternehmen, dann würde eine kühle Nutzen-Kosten-Rechnung angestellt werden. Aber leider hat Politik sehr viel mit Populismus zu tun, und da kann man leicht Milliardeninvestitionen fordern, solange man sie nicht bezahlen muß. Dies gilt um so mehr, wenn die mit solchen Unternehmungen verbundene Naturzerstörung gar nicht erst in die Rechnung einbezogen wird.

Ich bin jedoch sicher: Solange wir uns einig darüber bleiben, daß eine **Elbquerung** privat finanziert werden soll, wird die Elbquerung nicht gebaut werden.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Rechnen wir doch einmal: Die in den letzten Jahren diskutierten privaten Finanzierungsmodelle gehen von Fahrgastzahlen von über 30 000 täglichen Überquerungen der Elbe aus. Das sind Zahlen, die nicht einmal entfernt auf der A 23 erreicht werden. Setzt man geringere Fahrgastzahlen an, so führt das zwangsläufig zu höheren Mautgebühren als den

kalkulierten 15 DM, was wiederum die Fahrgastzahlen reduziert und so weiter vice versa.

Nun sind diejenigen, die erkannt haben, daß eine **wirtschaftliche Auslastung** einer Elbbrücke über die Unterelbe durch die Westküste ein reines Wunschgebilde ist, in letzter Zeit auf die Idee gekommen, mit dem skandinavischen Güterverkehr zu argumentieren. Leider liegt hier ein fundamentaler Gedankenfehler vor. Die dänischen Planungen gehen nämlich davon aus, daß die Straßen der Große-Belt-Querung und der Öresund-Querung im wesentlichen dem innerskandinavischen Verkehr dienen werden. Nach ihren Planungen sollen die Brücken gerade dazu führen, daß der Güterverkehr zunehmend auf die Schiene verlegt wird. Wir werden dies in der zweiten Aktuellen Stunde noch behandeln.

Ich meine jedoch, es liegt im ureigensten Interesse unseres Landes, daß endlich die Kapazitäten dafür bereitgestellt werden, diesen Verkehr auf die Schiene zu bringen. Als Konsequenz dessen ist festzustellen, daß die Kapazitäten für die Elbquerung nicht mehr da sind.

Meine Damen und Herren, ich warne Sie davor, sich in dieser Sache in eine solche Euphorie hineinzureden, daß am Schluß die **Staatskasse** wieder einmal für milliardenschwere Subventionen geöffnet wird und daß diese Mittel dann für eine effektive Strukturpolitik im Lande fehlen. Ich finde es auch unredlich, darauf zu verweisen, daß es sich um Bundesgelder handelt. Es sind Staatsgelder. Für einen Bruchteil dieses Geldes könnten die Schienenengpässe beseitigt werden, so daß ein effizienter Just-in-time-Güterverkehr auf der Schiene endlich möglich wird.

Außerdem benötigen wir auch in Schleswig-Holstein einen regionalen **Liniengüterverkehrsring**, um die mittleren und größeren Städte Schleswig-Holsteins an die Häfen und Güterverteilzentren anzuschließen, und zwar auch an der Westküste, um endlich das aufwendige Rangieren von Güterwagen, das viel Zeit in Anspruch nimmt und hohe Kosten verursacht, zu vermeiden.

Auch die Unternehmer sollten sich fragen, ob sie nicht viel besser damit bedient wären, Maßnahmen zu fordern, die schneller zu realisieren wären und ihnen in näherer Zukunft helfen könnten.

Bei der Elbquerung handelt es sich um ein Projekt, mit dessen Realisierung beim besten Willen nicht vor 2010, wenn nicht erst 2015 zu rechnen ist. Ich glaube, wenn Herr Driftmann kurzfristig seinen eigens gebauten Güterbahnhof, der aufgrund der Unfähigkeit der DB AG seit Jahren stillsteht, in Betrieb nehmen könnte, wäre ihm schneller und besser geholfen.

Ich bin dafür, nicht nur die Verkehrsampeln, sondern insbesondere die Signale auf Grün zu stellen, Herr Kayenburg. Ich jedenfalls werde mich dafür einsetzen, daß die Kölln-Flocken per Bahn auf die Frühstückstische kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Gute an Aktuellen Stunden ist ja, daß man frei sprechen darf; das will ich jetzt auch tun.

Ich will einen Punkt aufgreifen, den die Fraktionsvorsitzende der SPD eingangs angeführt hat. Sie hat an Weihnachten appelliert. Ich will nur sagen: Nikolaus hatten wir bereits, Frau Erdsiek-Rave. Nicht die Opposition stellt die **Elbquerung** in Frage, sondern Teile der Landesregierung stellen sie in Frage.

(Beifall bei F.D.P und CDU)

In der „Dithmarscher Landeszeitung“ vom 6. Dezember dieses Jahres steht: „Umweltminister Steenblock, stellvertretender Ministerpräsident: Deutliche Absage an Elbquerung“.

Frau Erdsiek-Rave, gefragt wird ja nicht nach der Haltung der SPD; sie mag so veränderlich sein, wie sie will.

(Zuruf der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD])

Gefragt wird auch nicht nach der Haltung der Grünen, sondern gefragt wird nach der **Haltung der Landesregierung**.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Die kann ich aber nicht vertreten!)

Nun habe ich genau wie Sie, Frau Erdsiek-Rave, gestern eine unglaublich lustlose Rede der Ministerpräsidentin vor Unternehmern in Schleswig-Holstein gehört. Das war eine unglaublich lustlose Rede,

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das fand ich gar nicht!)

für die die Ministerpräsidentin am Anfang und am Ende höflich verhaltenen Beifall bekam, für die sie aber in einem Punkt rauschenden Beifall erhielt: Das war, als sie erklärte: Die A 20 muß sein. Die westliche Elbquerung muß sein, und sie wird kommen. - Das war gestern vor Unternehmern in Kiel.

Der stellvertretende Ministerpräsident - immerhin ein bedeutender Faktor der Landesregierung - erteilt vor den Unternehmern an der Westküste der Elbquerung eine deutliche Absage. Ich zitiere - wenn ich das darf, Herr Präsident - jetzt wörtlich:

„Er erteilte schließlich auch ganz unverblümt der westlichen Elbquerung eine Absage. Diese Diskussion ist eine Vergangenheitsdebatte.“

(Meinhard Füllner [CDU]: Ganz wichtiger Mann!)

Nun kann man sagen: Mir war immer schon klar, daß die Grünen die Roten für Vergangenheitsbewältiger, für eine ausbeziehungsweise absterbende Partei halten. Das mag sein. Aber, Frau Erdsiek-Rave, ich frage Sie: Welches Signal gibt eigentlich eine Landesregierung, die auch für die Wirtschaftspolitik in diesem Lande verantwortlich ist, den Unternehmen dieses Landes?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die eine sagt hü, der andere sagt hott.

Ich war gestern ganz begeistert, daß - ich saß sehr günstig und konnte das sehen - bei der Rede von Herrn Wissmann ein Mitglied der Landesregierung ständig Beifall gab: Das war der Verkehrsminister dieses Landes.

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich war wirklich begeistert darüber, weil ich gesehen habe, daß die Ministerpräsidentin

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Von Frau Fröhlich ganz zu schweigen!)

- Frau Fröhlich konnte ich nicht sehen - nur ganz verhalten Beifall spendete. Aber ich frage mich, wie sich dieser Wirtschaftsminister, dieser Verkehrsminister eigentlich fühlen muß, wenn er sich draußen hinstellt und sagt: „Mit mir wird ganz schnell die A 20 im Raum Lübeck gebaut. Mit mir wird ganz schnell die Anbindung an die A 7 erfolgen. Mit mir wird ganz schnell die westliche Elbquerung verwirklicht werden“, es aber - wie heute in der Zeitung zu lesen ist; wir kommen darauf noch zu sprechen - einen Krach im Kabinett gab, weil sein Umweltminister, ohne ihn zu beteiligen, ein anderes Verfahren in Gang gesetzt hat, um das Planverfahren für den Bau der A 20 zu verlangsamen, die Entscheidung zu verzögern mit dem Ziel, sie zu verhindern. Ich frage auch hier: Was ist das für ein Signal an Unternehmen?

Frau Erdsiek-Rave, ich weiß nicht, ob Sie selbst in diesem Land Geld investieren. Aber was sollen die Unternehmer dieses Landes eigentlich von der Landesregierung halten, von der sie ständig unterschiedliche, jedenfalls keine sicheren und konsequenten Signale erhalten? Ich würde mein Geld nicht in diesem Land investieren, wenn mir nicht klargemacht wird, daß die **Verkehrsinfrastruktur**, der entscheidende **Standortfaktor**, schnellstmöglich wirklich verbessert wird. Dieses Spiel, das Sie sich untereinander leisten, mag ja sehr charmant sein. Für Schleswig-Holstein ist es abträglich.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wenn die Ministerpräsidentin dieses Landes nicht schnellstmöglich klarstellt, daß Sie wirklich die Herrin im eigenen Hause ist, daß der stellvertretende Ministerpräsident nicht tun und

lassen kann, was er will, wenn sie weiterhin den Eindruck entstehen läßt, die Landesregierung sei ein Hühnerhaufen und auf sie sei kein Verlaß, dann muß diese Landesregierung schnellstmöglich durch eine schlagkräftige und konsequente Landesregierung abgelöst werden, die ernst macht mit dem, was sie sagt, und nicht nur Reden zum Fenster hinaus hält.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich weiß genau, daß Sie davon nichts verstehen, weil Sie noch nie eine müde Mark in diesem Land investiert haben.

Ich frage Sie: Was sagen Sie den Unternehmen dieses Landes? Frau Erdsiek-Rave, ich frage Sie in allem Ernst: Was sagen Sie den Unternehmen dieses Landes?

(Zuruf der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD])

Sie sollen Arbeitsplätze schaffen und erhalten, und sie fragen danach, ob Verlässlichkeit da ist. Eine solche Verlässlichkeit bietet die Landesregierung gegenwärtig nicht.

Deshalb sage ich, Frau Ministerpräsidentin: Stellen Sie sich hier hin und sagen Sie, daß das, was der Umweltminister am 5. Dezember 1996 in Dithmarschen gesagt hat, nicht die Auffassung der Landesregierung ist. Sagen Sie das, dann können Sie ernstgenommen werden. Wenn Sie das heute nicht tun, nehmen wir Sie nicht mehr ernst.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Gerckens.

Peter Gerckens [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich werde frei reden.

Gerade in der Weihnachtszeit, Herr Hentschel, sollte man sich an die Wahrheit halten. Was Sie hier von der Zielsetzung der dänischen Regierung erzählt haben, ist ein reines Märchen, und zwar mit

allen Ingredienzen, dem Bösen, dem Guten und all dem Wunschdenken. - Nein, die **Dänen** haben nicht die Brücken gebaut, um den Verkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen. Vielmehr hat die dänische **Staatsbahn** eine Planung vorgelegt - das wissen wir alle -, die zum Ziel hat, den Verkehr von der Schiene auf die Straße zu bringen, weil dies kostengünstiger ist. Das ist für uns natürlich ein unsinniges Anliegen. Aber das ist die Wahrheit, Herr Kollege Hentschel. Erzählen Sie hier keine Märchen.

(Zuruf der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD] - Weitere Zurufe von der SPD)

- Das war doch sein Anliegen.

Zur Sache: Der SSW ist nach wie vor für die **westliche Elbquerung**. Wir haben uns ganz klar dafür ausgesprochen. Wir sind dafür, daß die Entwicklung der Westküste, wie sie vonstatten gegangen ist und von der Landesregierung in den letzten Jahren vorangetrieben worden ist, fortgeführt wird. Dazu benötigen wir natürlich auch entsprechende Infrastrukturmaßnahmen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Erdsiek-Rave?

Peter Gerckens [SSW]:

Ja.

(Meinhard Füllner [CDU]: Seit wann machen wir denn in der Aktuellen Stunde Zwischenfragen?)

Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Warum denn das nicht? Daß der Abgeordnete Gerckens diese Zwischenfrage zuläßt, finde ich ausgesprochen kollegial. - Herr Abgeordneter Gerckens, ist Ihnen bekannt, daß die dänische Regierung die Große-Belt-Querung mit einem Jahr Vorlauf für die Schiene ausgestattet hat, gerade mit dem Ziel, den Güterverkehr vorrangig auf die Schiene zu bringen?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Frau Kollegin Erdsiek-Rave, ich möchte kurz darauf antworten: Natürlich hat man den Bau forciert. Aber nach wie vor liegt seitens der dänischen Staatsbahn eine Planung vor, insbesondere den Stückgutverkehr, den Güterverkehr auf die Straße zu verlegen. Das ist die Wahrheit.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir wollen uns einmal an der dänischen Regierung orientieren!)

Dies hat zu einer Diskussion in Dänemark geführt, die natürlich kontrovers geführt wird. Das ist richtig. Aber man sollte die Belt-Querung hier nicht als Begründung anführen.

Die westliche Elbquerung hat auch als **Verbindung zum Norden** eine gewisse Auswirkung. Dazu ist hier Material vorgelegt worden, und das wissen wir auch. Die Öffnung nach Esbjerg ist auch ein von uns unterstütztes Ziel. Sie können sich natürlich darüber amüsieren. Sie machen gerade die Infrastruktur und damit verbundene Anliegen zu einer Spielwiese.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Fröhlich, wir haben in der letzten Legislaturperiode immer wieder betont, daß die Elbquerung aus beidem, aus Schiene und Straße, besteht. Also, die Umweltpolitik im SSW ist nicht hinfällig. Kommen Sie bitte mit einer neuen Pressemitteilung. Dann können Sie auch gleich hinzufügen, wo die Wirtschaftspolitik der Grünen abgeblieben ist. Diese Frage stellt man sich hier doch.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Soviel zu Ihrer Aussage!

Nein, diese Angelegenheit ist zu wichtig, als daß man unterschiedliche Aussagen vertragen kann. Die Landesregierung muß zusammen mit den Anrainerstaaten endlich einmal die Zielsetzung vorgeben, Nägel mit Köpfen machen, wie wir sagen, damit dieses in die Planung kommt und auch

umgesetzt wird. Das ist nicht zuletzt für uns an der Westküste wichtig. Wir warten darauf. Das ist eine entscheidende Frage für uns und für unsere **Infrastruktur**, also für den Landesteil, für den **Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein**.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, wir sind ja ein Industriestaat, wir sind ein Dienstleistungsstaat. Wir brauchen die Infrastruktur. Wir sind nicht irgendeine Spielwiese, auf der man sich vergnügen kann, auf der man Träumen nachläuft. Das ist doch wohl nicht der Fall. Darum ist es wichtig, dies hier doch einmal vorzutragen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Minister Steinbrück.

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Tat drängt sich der Vorschlag auf, daß der Landtag alle vier Monate eine Art Jour fixe ansetzen möge, um sich den Themen A 20 und Elbquerung zu widmen.

(Beifall bei der SPD - Ursula Röper [CDU]: Das ist ja bei dieser Regierung auch notwendig!)

Nach meiner Erinnerung ist das Thema in den letzten zwei Jahren etwa vier- bis fünfmal ausgiebig erörtert worden. Ich gebe aber gern zu: Dies mag der Bedeutung dieses Projektes ja entsprechen. Aber genauso übereinstimmend stellen wir doch fest, daß die wesentlichen, die entscheidenden, auch die politisch selbstverpflichtenden und auch die rechtlich bindenden Sachverhalte unverändert sind. Es gibt überhaupt nichts Neues,

(Zurufe von der CDU: Oh!)

außer den zu meiner Freude praktisch fortgeschriebenen Verfahren und Prüfungen sowie den Planungsprozessen. An diesen wesentlichen Grundlagen hat es in den letzten zwei Jahren aber keine Veränderungen gegeben. Insofern glaube ich, daß Landesregierung und Landtag zusammen

aufpassen müssen, daß sie bei diesem Thema nicht in die Nähe einer ritualisierten Politik kommen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber das sind die Aussagen!)

die nach meiner Wahrnehmung von uns gemeinsam zwar immer beklagt wird, die wir aber dennoch betreiben, und zwar mit ziemlicher Fehleinschätzung. Wie wirkt denn dies auf die Bürgerinnen und Bürger, wenn es in der öffentlichen Berichterstattung so wiedergegeben wird?

Die Aktuelle Stunde - da war ich etwas erstaunt, Herr Kayenburg, da ich mich sehr viel breiter vorbereitet hatte - rechtfertigt sich nach Ihrem Auftritt offenbar aufgrund einer einzigen bloßen Neuigkeit: Das sind Glaubenssätze meines Kollegen Steenblock, die er vorgetragen hat.

(Lachen und demonstrativer Beifall bei CDU und F.D.P.)

Diese bestreite ich ihm gar nicht.

(Lachen bei CDU und F.D.P.)

Das ist seine Auffassung; diese kann er vortragen, diese hat er vorgetragen. Ich habe auch noch nie gehört, daß die Christlich-Demokratische Union jemals jemandem seinen Glauben bestritten hat, also mache ich das auch nicht.

(Demonstrativer Beifall bei CDU und F.D.P.)

Entscheidend für das, was passiert, sind Fakten, sind politische Festlegungen und praktische Verfahren. Auf diese kommt es entscheidend an. Daher bleibt nur übrig, das zu wiederholen, was Sachstand ist. Die **A 20 einschließlich der Elbquerung** ist Bestandteil des Bedarfsplanes nach dem Fernstraßenausbaugesetz; das ist die Rechtsgrundlage. Sie ist darüber hinaus übrigens auch Bestandteil der transeuropäischen Netze. Die Regierungserklärung enthält dazu eindeutige Festlegungen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein, eben nicht!)

- Natürlich gibt es dazu eindeutige Festlegungen. Es gibt auch eine gemeinsame Resolution von SPD, CDU, F.D.P. und SSW vom 23. Februar 1995, die nach wie vor eine politische Wirkung entfaltet. Die verkehrswirtschaftliche Untersuchung des Landes zusammen mit dem Bundesverkehrsministerium unter Einbindung von Niedersachsen und Hamburg läuft. Wenn Sie es mir nicht als kleinkarierte Korrektur gegenüber dem, was Herr Wissmann gestern gesagt hat, auslegen: Sie wird leider nicht schon Anfang des nächsten Jahres vorgelegt, sondern erst Mitte des Jahres. Zusammen mit der Knotenpunktuntersuchung Hamburg erhoffen wir uns Aufschluß darüber, wie denn so schnell wie möglich eine kombinierte Straßen- und Schienenquerung im Raum Glückstadt realisiert werden kann, was dann auch zu einer entsprechenden **Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes**, was den Schienenteil betrifft, führen muß.

Schließlich: Bundesminister Wissmann und ich sind uns völlig einig, daß für die **Elbquerung** vor dem Hintergrund der sich weiter zuziehenden Haushalts- und Finanzierungshorizonte nur eine klassische **Privatfinanzierung** in Frage kommt. Ich sage nur: Das ist es. Viel mehr kann man dazu im Rahmen einer Aktuellen Stunde nicht sagen, wenn man sie denn nicht zur Redseligkeit ausdehnen will.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das reicht schon; das war wunderbar!)

- Ein abschließender Satz, Herr Kubicki: Dies bedeutet: Messen Sie die Landesregierung an ihrem praktischen Tun und Verhalten,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das machen wir!)

nicht an dem, was übrigens auch in der Bonner Koalition üblich sein soll, nämlich verschiedene Standpunkte zwischen den Koalitionspartnern. Dies soll ja im Rahmen der Bonner Koalition schon dazu geführt haben, daß der kleinere Koalitionspartner vor das Bundesverfassungsgericht gegangen ist, um die Meinung des größeren Koalitionspartners zu beklagen. So weit sind wir hier in Schleswig-Holstein durchaus nicht.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Um sie zu bestätigen!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Hennig.

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem bewegenden Plädoyer des Kollegen Hentschel gegen die **A 20 mit fester Elbquerung** und dem bewegenden Bekenntnis über die Bedeutung von Glaubensfragen des stellvertretenden Ministerpräsidenten kann ich nur sagen: Dies ist eine hochinteressante und dringend notwendige Debatte.

(Beifall bei der CDU)

Im übrigen glaube ich, daß die **dänische Staatsregierung**, Herr Kollege Gerckens, und die **Bundesregierung** in Sachen A 20 mit fester Elbquerung 100prozentig identische Standpunkte vertreten. Das ist, glaube ich, völlig unbestreitbar. Deswegen sollte die dänische Staatsregierung nicht der **Landesregierung** gegenübergestellt werden. Entscheidend ist, was die beiden nationalen Regierungen dazu verabredet haben, was ja auch Gegenstand des Bundesverkehrswegeplanes ist, und zwar in einer außerordentlich klaren Form.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum wird dann der Güterverkehr nicht auf die Schiene gebracht?)

- Herr Hentschel, das, was hier an Diskrepanzen zwischen Ihnen und den Sozialdemokraten sichtbar geworden ist, findet ganz genauso in der Landesregierung dieses Landes statt.

(Beifall bei der CDU)

Dieser grellbunte Strauß verschiedenster Meinungsäußerungen aller möglichen rot-grünen Landespolitiker in den vergangenen Wochen verunsichert nicht nur die Wirtschaft in unserem Lande zutiefst, sondern wirft auch ein bezeichnendes Schlaglicht auf den tatsächlichen Zustand dieser rot-grünen Landesregierung unter Ihrer Führung, Frau Simonis. Ich möchte, daß Sie an dieser Stelle die Anführungszeichen bei „Führung“ deutlich mithören.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]:
Unverschämtheit!)

- Es ist keine Unverschämtheit, wenn man die Führungskraft dieser Ministerpräsidentin bezweifelt, sondern das ist eine inzwischen unbestreitbare Tatsache,

(Beifall bei der CDU)

die übrigens, Frau Erdsiek-Rave, wie Sie in den Zeitungen nachlesen können, bis tief in Ihre eigenen Reihen reicht. Kaum hat Frau Simonis nach der Landtagswahl die grüne Kröte geschluckt und mit Mühe und Not einen Koalitionsvertrag zustande bekommen, ist die Einheit schon dahin. Es ist doch einfach unbestreitbar, daß der stellvertretende Ministerpräsident dieses Landes am 5. Dezember, also in diesem Monat, in Meldorf beim Unternehmensverband Unterelbe/Westküste, bezeichnenderweise dort,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Als Privatperson, haben wir gerade gehört!)

als stellvertretender Ministerpräsident, wie das auch der Zeitung zu entnehmen ist, wörtlich gesagt hat, dies sei eine Vergangenheitsdebatte. Wenn es also einen Anlaß für eine solche Aktuelle Stunde gibt, dann ist das die Tatsache,

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

daß die Ministerpräsidentin und der stellvertretende Ministerpräsident in einer unglaublichen Weise unterschiedliche Voten zu demjenigen abgeben, was inzwischen auch Sie bei der SPD als Schicksalsprojekt bezeichnen. Im übrigen liegt damit der stellvertretende Ministerpräsident bei den Grünen, bei seiner Fraktion voll im Trend; das hat der Kollege Hentschel ja sehr deutlich gemacht.

In der **Regierungserklärung** wird die **Elbquerung** für notwendig gehalten. Das ist Richtlinienkompetenz der Ministerpräsidentin.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es, ja!)

Über die Elbquerung werde entschieden, wenn die Untersuchungen ausgewertet sind. Das ist dann Mitte nächsten Jahres der Fall. Das ist eine

Zukunftsentscheidung der Landesregierung - für den Umweltminister ist es bereits Vergangenheit. Am 20. August war den „Kieler Nachrichten“ zu entnehmen, daß die SPD die Elbquerung mit hohem Nachdruck vorantreiben wolle; dieses sei das wichtigste Infrastrukturprojekt des Landes und werde von der SPD mit allem Nachdruck verfolgt. So Frau Erdsiek-Rave und so der Landesvorsitzende der Partei, Herr Pieczyk. Ihr Verkehrsminister, Frau Erdsiek-Rave, scheint ohnehin seine Probleme mit den grünen Bündnispartnern zu haben. Während sich Herr Steenblock für eine Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene stark macht, sieht Herr Steinbrück - auch das ist eine Tatsache der vergangenen Tage - bei einem Vortrag in der Kieler Universität, ebenfalls am 5. Dezember, dies als eine Suggestion einer Problemlösung an.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Stimmt ja, da hat er Recht!)

Ich zitiere ihn wörtlich: Die Verlagerung auf die Schienen sei eine Suggestion einer Problemlösung. Einen klareren Widerspruch zwischen Herrn Steenblock und Herrn Steinbrück kann es gar nicht geben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Er fügt hinzu - vielleicht sollten Sie auch das entsprechend bezeichnen -, ein solches Konzept sei eine „Chimäre“. Das ist ein wörtliches Zitat in der Auseinandersetzung um den Straßenbau.

Diese Unklarheit bringt die A 20 mit der festen Elbquerung in ein von Ihnen zu verantwortendes Zwielficht. Das ist schädlich für dieses Land. Deshalb frage ich: Frau Ministerpräsidentin, was ist in dieser Frage Regierungspolitik? Wir haben gehört, was sozialdemokratische Politik ist - übrigens erst neuerdings. Wir haben gehört, was grüne Politik in dieser Frage ist. Wir wollen wissen, was Politik der Landesregierung insgesamt in dieser Frage ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Deshalb frage ich zum Schluß: Was ist los in Ihrem Unternehmen Schleswig-Holstein, Frau Ministerpräsidentin? Haben Sie den Laden noch im Griff? Hören Sie endlich auf, Ihre eigene Untätigkeit hinter Angriffen auf Bonn zu

verstecken! Führen Sie diese von Ihnen geführte Koalition und sagen Sie, wo Sie hinwollen, und machen Sie Politik für Schleswig-Holstein, für die ganze Landesregierung! Dazu fordern wir Sie auf.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Steenblock ist ein MBO, manager by
opportunity!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bernd Schröder.

Bernd Schröder [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben wieder einen bemerkenswerten Auftritt gehabt. Wenn all das zuträfe, was Sie, Herr Dr. Hennig, und Sie, Herr Kubicki, hier gesagt haben,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das
stimmt doch so!)

müßte in Bonn schon lange das Licht ausgegangen sein.

(Widerspruch bei der CDU -
Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Sie
sprechen über Abwesende! Das ist
unfair!)

- Daß Sie das nicht mehr hören können, ist mir klar. Es beweist Ihre Verantwortlichkeit und das, was CDU, CSU und F.D.P. in den letzten Jahren in Bonn tatsächlich geleistet haben, nämlich wenig. Dort wird der größte Sozialabbau betrieben. Dort werden finanzielle Rahmendaten für dieses Land gesetzt, die wir ertragen müssen. Und Sie wagen es, sich hier hinzustellen - -

(Zurufe von der CDU)

- Nun hören Sie doch erst einmal zu; ich habe mir das doch auch alles angehört, was Sie gesagt haben! Sie wagen es, hier eine Aktuelle Stunde über eine Äußerung von Herrn Steenblock zu inszenieren. Er sprach davon - das hätten Sie ganz zitieren müssen -, daß er die **Elbquerung** für nicht finanzierbar halte, und sagt in dem anderen Artikel aus, daß er die Auffassung vertrete, daß die

Elbquerung bis zum Jahre 2015 nicht fertiggestellt sein werde. Das sind zwei seiner Äußerungen.

Wenn man einmal in die Geschäftsordnung des Landtages hineinsieht, sieht man, daß eine Aktuelle Stunde dann durchgeführt wird, wenn besonders bedeutsame Äußerungen von Landespolitikern in der Öffentlichkeit erfolgen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Ja!)

Wie niedrig Sie den Level für besonders bedeutsame Äußerungen setzen,

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang
Kubicki [F.D.P.]

weil sie Ihnen gerade in das Konzept passen, hat man hier deutlich gesehen.

Daß wir nicht immer einer Meinung sind, ist unbestritten.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]:
Vergangenheitsdebatte!)

Hier ist gesagt worden: nicht finanzierbar und bis zum Jahre 2015 nicht geregelt!

Es gibt im ganzen Land und - wie ich denke - auch in diesem Haus und in Ihrer Partei eine ganze Reihe von Politikern, die in der Frage der Finanzierung tatsächlich die größten Probleme sehen und sicherlich nicht wissen, wie das denn finanziert werden soll.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Bernd Schröder [SPD]:

Nein, ich möchte das gern zu Ende bringen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist
eine Debatte von gestern!)

- Nein, das ist nicht eine Debatte von gestern.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das hat aber Steenblock gesagt! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Steenblock hat das gesagt!)

Ich werde auf Bonn eingehen. Das geht gar nicht anders. Wenn Sie es bis zum 31. Dezember 1996 versäumt haben, Schaden von Schleswig-Holstein abzuwenden, indem Sie nichts, aber auch gar nichts getan haben, um die Vermögensteuer neu zu regeln,

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das mußte ja kommen!)

ist das eine Auswirkung, die dieses Land zu verkraften hat.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Haben Sie sowenig Argumente? - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Fragen Sie, wer zugestimmt hat!)

- Es gibt eine ganze Reihe mehr, Herr Dr. Hennig! Es geht aber nicht, das alles in fünf Minuten zu sagen.

Die rechtliche Situation zur Frage der Elbquerung ist hier eindeutig genannt worden.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Welche rechtliche?)

- Die Situation ist hier eindeutig geschildert worden. Der Verkehrsminister dieses Landes ist in den letzten acht Monaten gebetsmühlenartig mehrfach hier „in die Bütt“ gegangen und hat Ihnen immer wieder aufgezählt - zur A 20, zur A 7 und zu etlichen anderen Projekten mehr -, wie die Situation ist und welche eindeutige Haltung wir als SPD dazu haben.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Wir wollen wissen, wie die Landesregierung dazu steht!)

Wenn im vordringlichen Bedarf schon jetzt Hunderte von Millionen DM fehlen, um das, was zur Zeit erforderlich ist - bei der A 20-Diskussion und der A 7-Diskussion haben wir diese Dinge immer wieder besprochen -, durchzuführen, frage ich mich, wie dieses Projekt tatsächlich finanziert werden soll.

Wenn dann noch dazu kommt, daß auf Bundesebene Milliardenbeträge in Ihr Prestigeobjekt Transrapid hineingepackt werden, frage ich mich erst recht, woher das Geld für die Elbquerung kommen soll.

Wir stehen eindeutig zur Elbquerung.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das haben wir schon gehört! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das haben wir gehört!)

Da gibt es kein Wenn und Aber. Das ist eine klare Aussage von uns.

Sie haben es in acht Monaten als Opposition nicht geschafft, Rot-Grün mit Aktuellen Stunden und immer wieder gestellten Anträgen ins Schwanken zu bringen. Sie werden es auch mit dieser Diskussion nicht schaffen. Diese Koalition wird so nicht zum Platzen gebracht.

(Beifall bei der SPD)

Sie sollten Ihre Kräfte lieber bündeln, um in Bonn dafür zu sorgen, daß wir in Schleswig-Holstein vernünftig gefördert werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Treten Sie ab! Das machen wir schon selbst!)

- Daß Sie das gern möchten, Herr Kubicki, ist mir klar.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was sonst? Bei solchen Aussagen!)

Wir möchten nicht zusätzlich - wie bei der Elektrifizierung vorgekommen - als Land einen Eigenanteil aufbringen. Das gibt es in einigen südlichen Bundesländern nicht. Da sollten Sie Ihre Kraft reinstecken.

(Beifall bei der SPD - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das war nur Vergangenheitsdebatte!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Dr. Winking-Nikolay!

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Jetzt kommt die naht- und fugenlose Übereinstimmung!)

Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die fugenlose Übereinstimmung wird es beim Thema A 20 sicher nicht geben. Das haben Sie auch nicht erwartet. Sie brauchten nur den Koalitionsvertrag nachzulesen, um das festzustellen. Ich weiß nicht, ob sich das immer noch nicht herumgesprochen hat: Es gibt keine rote Landesregierung, es gibt keine grüne Landesregierung, sondern Sie müssen sich bei verschiedenen Themen weiter an Farbtupfer innerhalb der Regierung gewöhnen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Wie steht diese Landesregierung zur Elbquerung? Das ist die Frage!)

Etwas erstaunt war ich über die Äußerung von Frau Erdsiek-Rave, daß sich dieser Landtag immer für die **Elbquerung** ausgesprochen habe.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das stimmt nicht!)

Ich habe andere Informationen. Der Landtag hat sich nach meiner Erinnerung 1992 gegen die Fortsetzung der **A 20** jenseits der A 1 und für eine Planung nur im Rahmen eines **integrierten Verkehrskonzeptes** ausgesprochen.

Das integrierte Verkehrskonzept für die Stadt Lübeck liegt jetzt vor. Es ist von einem Aachener Ingenieurbüro erarbeitet worden. In diesem Verkehrskonzept werden verschiedene Szenarien durchgespielt. Eines davon ist das sogenannte Szenarium F. Das bedeutet: Bau der A 20 bis zur A 1, und dann Schluß!

Das Fachbüro spricht sich für Szenario F aus. Am 30. September 1996 wurden diese Empfehlungen des Aachener Büros dem regionalen Lübecker Beirat vorgestellt. Nach meiner Information sind Vertreter des Landes Schleswig-Holstein, des

Landes Mecklenburg-Vorpommern, der Stadt Lübeck und der Umlandkreise anwesend gewesen.

Auch dieser Beirat hat sich am 30. September dem Vorschlag des Aachener Büros angeschlossen. Ich frage mich und Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, ob die Fachleute und die Vertreter der Länder und der Kreise damit alle für den wirtschaftlichen Untergang des Landes Schleswig-Holstein gestimmt haben.

Es wäre in diesem Zusammenhang allerdings interessant zu hören, ob die Empfehlungen des Fachbüros ebenso wie des regionalen Beirats keinerlei Auswirkungen auf die weiteren Planungen und Ziele dieser Landesregierung haben. Dann muß man sich fragen: Wozu wird dieses Geld ausgegeben, wenn die Empfehlungen hinterher ignoriert werden, so wie schon die Empfehlungen des Umweltgutachtens zur A 20 leider auch ignoriert wurden?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Entschuldigen Sie, daß ich so spät nach oben gekommen bin. Ich habe gar nicht damit gerechnet, daß ich heute noch drankomme.

Meine Damen und Herren, ich bin über die Aussagen von Herrn Kollegen Schröder etwas überrascht. Die Wichtigkeit dieses Themas hat eben etwas damit zu tun, wie bestimmte Äußerungen des stellvertretenden Ministerpräsidenten in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie haben doch die Überschriften gesehen. Sie haben die Überschriften in der „Dithmarscher Landeszeitung“, in der „Landeszeitung“ gesehen. Dies ist etwas, was die Wirtschaft in diesem Land verunsichert. Das ist doch der Punkt.

Im übrigen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, sind wir mit dieser Aktuellen Stunde nach den Äußerungen des Verkehrsministers außerordentlich zufrieden.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Es gibt keinen Zweifel an der Haltung jedenfalls des Wirtschaftsministers. Wir haben zur Kenntnis genommen, daß der Herr Minister Steenblock offensichtlich als Privatperson aufgetreten ist, als er in Dithmarschen war. - Vielleicht tut er das häufiger. Gleichwohl hätten wir uns gefreut, wenn auch die Ministerpräsidentin zu diesem wichtigen Thema noch etwas Klarstellendes gesagt hätte.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat die Frau Ministerpräsidentin.

(Zuruf von der CDU: Na, denn! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Vielleicht hören wir etwas jetzt aus berufenem Munde!)

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst feststellen, daß eine erfolgreiche **Verkehrs- und Wirtschaftspolitik** doch ein bißchen mehr ist als die Summe aller Stunden oder Minuten, die wir hier mit dem altbekannten Thema A 20 verbringen, um uns immer wieder zu bestätigen, daß sie gebaut wird.

(Beifall bei der SPD)

Das wäre wirklich ein wenig dünn, wenn die Unternehmer durch das Vorhandensein der A 20 allein sagen würden: Der **Standort Schleswig-Holstein**, das ist der Ort, wo wir leben möchten.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Auch wenn Sie immer wieder so gern und so oft darauf hinweisen, daß wir mal gegen die Elbquerung gewesen sind - mein Gott, wie oft sollen wir denn sagen, daß wir begriffen haben, daß wir nach der geopolitischen Lage unseres Landes, nach dem Wegfall des Eisernen Vorhanges,

selbstverständlich auch unsere eigene Position zu bestimmten Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen überdacht, geändert und festgelegt haben?

(Beifall bei der SPD)

Da sind auch Sachen drin, die Sie nicht wollen. Sie wollen nicht den kombinierten Schienen-Straßen-Verkehr über die Elbe haben. Das halten wir für vernünftig.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Stimmt überhaupt nicht! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Na, na, na, da bin ich mir nicht ganz sicher, ob das nicht stimmt. Jedenfalls befinden wir uns da in guter Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, die übrigens - ähnlich wie gestern Herr Verkehrsminister Wissmann - sehr viel sensibler mit den schwierigen verkehrspolitischen Problemen umgeht, als Sie das zu machen pflegen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Wenn die Klatscheinheiten auf dem Grünkohlessen des Unternehmerverbandes in Schleswig-Holstein schon als Signal für eine erfolgreiche Verkehrspolitik gewertet werden, ja, lieber Herr Kubicki, dann ist man für die Zwischentöne leider Gottes nicht mehr empfänglich. Das gestehe ich Ihnen gern zu.

(Beifall bei der SPD)

Denn wenn der Bundesverkehrsminister zusammen mit der Europäischen Kommission feststellt, daß wir Verkehrsströme lenken müssen, weil sonst unsere Straßen vollkommen zugepflastert sind, dann ist Ihre Zubetoniermentalität nach dem Motto, jeder Quadratzentimeter mehr Straße ist an sich schon ein Erfolg, eine relativ störende Veranstaltung, muß ich ehrlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Und wenn ein Bundesverkehrsminister, von dem man eigentlich erwarten würde, daß er Ihre Rolle spielt, sagt - ich darf Sie an dieser Stelle zitieren, Herr Wirtschaftsminister -: Vorsicht, nicht Hals über Kopf in Sachen hinein, sondern Verkehre sortieren und probieren, wo sie besser aufgehoben

sind, weil zum Beispiel auch die EU-Kommission der Meinung ist, daß die externen Verkehrskosten viel zu sehr beim Steuerzahler bleiben und viel zu wenig von den Verursachern getragen werden, dann, lieber Herr Kubicki, wenn Sie das akzeptieren würden, näherten wir uns langsam einer Diskussion, die vernünftig ist, nämlich eine Infrastruktur dort aufzubauen, wo sie dem Verbund dient, wo sie Verkehrsströme schneller macht, wo sie Verkehrsströme nicht bei uns stocken läßt, und gleichzeitig Verlagerungen dort zu ermöglichen, wo es notwendig ist. Da war gestern überhaupt kein Dissens zwischen dem Bundesverkehrsminister und mir. Daß der Applaus an der Stelle etwas spärlicher ausfiel, mag vielleicht daran hängen, daß Sie sich die Hände an den anderen Sachen wundgeklatscht hatten.

Die Landesregierung bleibt nach wie vor dabei: Wir werden als Folge des Wegfalls des Eisernen Vorhangs die A 20 fortplanen und sie - wenn das Geld aus Bonn kommt - auch bauen. Das ist nämlich eine Voraussetzung, daß das kommt.

Und wenn Sie sich an der persönlichen Meinung des Umweltministers stoßen: Lieber Herr Kubicki, Ihr Herr Möllemann ist das wandelnde Beispiel dafür, daß man ein Dorn im Fleisch einer Regierung sein kann. Da kann man auch ein paar andere nennen. Nun lassen Sie mal „ein büschen Luft“ ab,

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

denn wenn das sozusagen nicht mehr möglich ist - und das ausgerechnet von einem Liberalen -, daß jemand seine persönliche Meinung zu einem Thema sagen darf und er sich trotzdem nach sorgfältiger Diskussion wieder in das gemeinsame Verhalten der Landesregierung einbindet, dann muß ich Ihnen ehrlich sagen: Die Art von Politik, diese Betonpolitik, läuft darauf hinaus, daß Demokratie hinterher auf den Punkt reduziert wird, daß alle dem „Führer“ klatschen. Ich muß Ihnen sagen, das braucht es in meinem Kabinett nicht zu geben. Sie haben sehr klar und sehr eindeutig vom zuständigen Fachminister gehört, wie wir mit der A 20 und den anderen Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen vorangehen werden.

Als letzte Bemerkung: Ich glaube, es besteht zwischen der dänischen Regierung, der schleswig-holsteinischen Landesregierung und der

Bundesregierung sehr viel größere Übereinstimmung, als hier zum Ausdruck gekommen ist. Deswegen - unter anderem - wollen wir die **Elbquerung**, weil die Verkehrsströme nicht durch Hamburg hindurchlaufen sollen, sondern sich vorher ausdifferenzieren sollen.

Vielleicht läßt sich das vernünftig im Ausschuß diskutieren, anstatt daß Sie - wie gesagt - alle vier Monate im Jour fixe ein Thema hochziehen, das etwa so interessant ist wie „Kai aus der Kiste“ für ein zweijähriges Kind, aber für erwachsene Menschen längst schon keinen Neuigkeitswert mehr hat.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hennig.

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen. Jetzt haben wir sehr viel gehört, wie die Ministerpräsidentin die Rede von Herrn Wissmann beurteilt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: War toll!)

Das ist eine außerordentlich interessante Debatte. - Denn es war eine hochqualifizierte Rede von Herrn Wissmann, zu der wir gestern genau an den Stellen geklatscht haben, an denen Herr Steinbrück dies auch getan hat.

(Beifall bei der CDU)

Da gab es eine volle Übereinstimmung.

Das ist aber nicht das Thema dieser Debatte, sondern das Thema dieser Debatte heißt: Was sagt die Ministerpräsidentin zu dem Zitat von Herrn Steenblock vom 5. Dezember?

(Zuruf von der SPD: Hat sie gerade gesagt!)

Das ist das Thema dieser Debatte. Dazu haben wir überhaupt nichts Konkretes gehört, dies fordern wir von der Frau Ministerpräsidentin unverändert ab.

Ich will aber zwei Punkte hinzufügen. Erster Punkt: der kombinierte **Straßen- und Schienenverkehr über die Elbe**. Dazu hat die Ministerpräsidentin gesagt, wir seien dagegen.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Das ist unwahr. Wir sind für einen solchen kombinierten Verkehr, wir sind das immer gewesen und haben das immer im Landtag deutlich gemacht. Wir glauben nur nicht an die gleichzeitige Realisierbarkeit, und wir halten dies nicht für eine Vorbedingung, wie Sie dies heute wieder gemacht haben, im Gegensatz zu dem Wortlaut unserer gemeinsamen EntschlieÙung aus dem Jahre 1995.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Hier ist die Lage völlig klar.

Dritter und letzter Punkt. „Zubetoniermentalität.“

(Zuruf von der CDU: Ein schwieriges Wort!)

- Ein schwieriges Wort, ja; es geht bei der Ministerpräsidentin doppelt so schnell, das auszusprechen. - Diese haben wir nicht. Wenn es Ihnen darauf ankommt, ist das sehr bedeutend. Diese haben wir nicht. Wir wollen nur genau die Projekte verwirklicht sehen in diesem Lande, die im Bundesverkehrswegeplan mit der Zustimmung der Kolleginnen und Kollegen aus der F.D.P. und der CDU/CSU verabschiedet worden sind - gegen den Protest und die Stimmen der sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten. Genau diese Projekte wollen wir. Deswegen ist auch die Aussage, daß die SPD immer für die feste **Elbquerung** gewesen sei, ein Mythos, der der Wahrheit nicht entspricht. Wir sind keine Zubetonierer, sondern wir wollen dieses wichtigste Projekt für Schleswig-Holstein ohne Wenn und Aber, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen kann ich aufgrund der Geschäftslage nicht zulassen. Ich beende deshalb

die Diskussion zu dem von der CDU eingebrachten Thema und leite jetzt innerhalb der **Aktuellen Stunde** über zu dem Thema, das von der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Frau Spoorendonk vom SSW eingebracht worden ist: **Schleswig-Holstein als europäisches Nadelöhr beim Schienengüterverkehr**.

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Poppendiecker.

Gerhard Poppendiecker [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe im übrigen festgestellt, daß ich mich gestern beim Unternehmensverband in guter Runde befand. Denn wenn ich so höre, wer alles geklatscht hat - und auch ich habe geklatscht -, dann kann das so schlecht gar nicht gewesen sein.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Es war ein nettes Gespräch, muß ich auch sagen. Wir haben uns gestern abend nett unterhalten.

Als ich las, daß wir in Schleswig-Holstein für den Güterverkehr auf der Schiene weiterhin das Nadelöhr sind, war ich im Moment eigentlich baff - baff deshalb, weil ich als ostholsteinischer Abgeordneter natürlich erschrocken war, als es vor Jahren hieß, daß wir den Güterverkehr von Puttgarden abziehen und über die feste Beltquerung fahren werden, weil wir die Kapazitäten haben.

Da kamen so unbedeutende Abgeordnete wie „Poppi“ und haben der Bahn in Frankfurt gesagt: Ich glaube euch das nicht, weil es in unserem Land doch einige Punkte gibt, wo diese Dinge so nicht laufen, Frau Schmitz-Hübsch, zum Beispiel auf der Rendsburger Hochbrücke, die noch auf Jahre nur einspurig befahrbar sein wird, zum Beispiel im Bereich Elmshorn/Hamburg und im Bereich der Hansestadt Hamburg. Dort gibt es diese Probleme also auch noch. Da haben uns hochrangige Eisenbahner gesagt: Machen Sie sich darüber nur keine Sorgen; wir führen alles an Zügen durch, was kommt, die aus Puttgarden mit der linken Hand - das ist diese Seite -, und die anderen, die zusätzlich kommen, mit der rechten Hand.

Jetzt stellen wir fest: Alle diese Dinge laufen nicht. Anscheinend hat die **DB AG** nach der Privatisierung, die ja laut Herrn Wissmann - wie er gestern abend sagte - viel zu spät gekommen ist, aber eben doch gekommen ist, noch immer nicht festgestellt, daß man Kunden umwerben muß, daß man an die Kunden herangehen und sagen muß: Wir bieten euch etwas!

(Beifall bei der SPD)

Statt dessen verfährt sie immer noch so wie vor hundert Jahren: Der Kunde muß ja kommen, und wenn er nicht kommt, hat er Pech gehabt! Jetzt kommt der Kunde, und jetzt muß die Bahn sagen: Jetzt habt ihr Pech gehabt, weil es eben nicht läuft.

Lassen Sie mich das an einem kleinen Beispiel deutlich machen. Wir waren mit dem Agrarausschuß im August bei einer großen Firma, einem Lebensmittelverteilerzentrum in Neumünster. Als uns der Geschäftsführer sagte, dort würden pro Jahr 66 000 LKWs abgefertigt, um die Fläche zu bedienen - das geht ja auch nicht anders -, war meine Frage: Wie werden denn die Waren für diese 66 000 Fahrzeuge angeliefert? Die Antwort: Wir haben zwar ein Industriegleis, aber die DB AG ist nicht in der Lage, uns darüber zu bedienen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt! Das gleiche gibt es bei Neumünster!)

Ich habe dann Herrn Dürr angeschrieben - er ist ja der Manager dieser Firma; früher hat er AEG gemanagt -, und daraufhin hat mir die DB AG zurückgeschrieben, sie habe sich inzwischen darum gekümmert und sie werde - man höre und staune! - demnächst sogar in der Lage sein, dieses Verteilerzentrum - diesen „Supermarkt“, hätte ich fast gesagt - per Eisenbahn zu versorgen.

Nur - das ist jetzt die Frage -: Ist es Sache der Abgeordneten dieses Landtages, sich darum zu kümmern, daß die Bahn Kunden kriegt?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein, nicht!)

Ist das nicht Sache der DB AG?

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Ich war von der Rede Herrn Wissmanns eigentlich sehr angetan, weil er sie sehr locker gehalten hat.

(Zuruf von der CDU: Wir auch!)

Aber ich war enttäuscht, daß er die Dinge, die ich eigentlich erwartet hatte, nicht angesprochen und dazu nichts gesagt hat, zum Beispiel zum **Schienenpersonenverkehr**.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er hat davon gesprochen, daß die Angelegenheit von Rothenburgsort in Richtung Hamburg-Harburg fertig ist

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und Elmshorn auch!)

und daß in Elmshorn - das ist ein wichtiges Stichwort - das dritte Gleis gebaut werden soll.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Und dann kommt der Punkt, lieber Kollege Rossmann, daß Herr Kujawa - das ist dieser ständig uninformierte Pressesprecher der DB AG - anschließend gesagt hat: Wenn dieses dritte Gleis fertig ist, dann kriegen wir zwar das durch das **Nadelöhr**, was von Puttgarden abgezogen wird, aber was zusätzlich kommen soll - was man in Padborg jetzt will -, kriegen wir leider nicht mehr durch.

Insofern hätte ich von Herrn Wissmann doch erwartet, daß er einmal gesagt hätte: Ich werde den Norden schienenmäßig stärken. Ich denke beispielsweise daran, daß etwa die DB AG mit Hilfe des Bundesverkehrsministeriums jetzt dabei ist, eine ICE-Strecke am Rhein entlang zu führen. Das ist eine neue Trasse, die ist okay! Aber gleichzeitig baut die DB AG auch eine neue Trasse von Nürnberg nach München, und zwar nicht dort, wo es kostengünstiger ist, sondern dort, wo sie ungünstiger ist, weil ein Abgeordneter des Bundestages unbedingt einen Halt in Ingolstadt haben möchte; dadurch entstehen Mehrkosten von etwas über 1 Milliarde DM, bei einer Zeitersparnis - und jetzt hören Sie einmal genau zu! - von zehn Sekunden!

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:
Bravo!)

Das ist eine tolle Sache!

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluß!

Gerhard Poppendiecker [SPD]:

Ach, die anderen, Herr Präsident - -

(Heiterkeit)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ja, aber wir bleiben trotzdem dabei, Herr Abgeordneter!

Gerhard Poppendiecker [SPD]:

Gut, dann will ich zum Schluß kommen. - Das ist immer schade: Wenn man so richtig in Form ist, muß man aufhören.

(Heiterkeit und Beifall)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ja, man ist verliebt in die eigene Rede.

Gerhard Poppendiecker [SPD]:

Zwei Dinge gestatten Sie mir bitte noch, Herr Präsident!

Eines, Herr Gerckens: Die DSB wünscht, den Güterverkehr innerhalb Dänemarks auf die Straße zu bekommen, ihn aber im Fernverkehr auf die Schiene zu verlegen. Das ist der erste Punkt.

Ich wollte eigentlich den Vorschlag machen und die Frage aufwerfen, ob es im Interesse der Sache nicht sinnvoll wäre, das Nadelöhr in Schleswig-Holstein zu beseitigen, eine lockere **Arbeitsgruppe** zu bilden, der je eine Person aus jeder Fraktion angehört und die gezielt an die DB AG und an das Bundesverkehrsministerium herangeht, um gemeinsam zu versuchen, mehr Mittel in dieses Land zu bekommen, damit uns das gelingt, was wir

im Grunde eigentlich alle gemeinsamen wollen: Güter auf die Schiene zu bekommen. Wenn wir darüber einmal reden würden, kämen wir vielleicht ein Stück weiter. -

Schade, ich wollte noch so viel sagen, aber er bremst mich!

(Beifall und Heiterkeit bei SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schmitz-Hübsch.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bedauere es sehr, daß ich gestern abend verhindert war, an dem Grünkohlessen des Unternehmensverbandes teilzunehmen. Ich scheine ja eine spannende Rede von Herrn Wissmann verpaßt zu haben.

(Holger Astrup [SPD]: Es war
ziemlich voll, Frau Kollegin!)

- Aber die Rede hätte man ja wahrscheinlich trotzdem gehört, Herr Kollege Astrup.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die gibt
es auch schriftlich! - Dr. Ottfried
Hennig [CDU]: Die kannst du von mir
bekommen!)

Meine Damen und Herren, die **Deutsche Bahn** war jahrzehntelang ein Riesenapparat, der zunehmend an Transportvolumen verlor und dafür jedes Jahr zunehmend große Milliarden-Defizite produzierte. Jetzt ist sie privatisiert, aber damit ist sie doch nicht von heute auf morgen von einem amorphen Gebilde zu einem schnittigen Unternehmen geworden, das jegliche Nachfrageänderung sofort flexibel bedienen kann.

Die **Engpässe**, die jetzt beklagt werden, sind doch seit langem bekannt. Die nördliche Umgebungsbahn rund um **Hamburg** ist schon in den zwanziger Jahren gefordert worden. Sie wurde dann leider nur eingleisig gebaut. Es ist dringend notwendig, daß sie zweigleisig gebaut wird. Wie notwendig das ist, hat der Kurzschluß im Stellwerk des Hamburger

Bahnhofs am letzten Sonntag gezeigt, durch den der gesamte Bahnbetrieb für drei Stunden lahmgelegt war und der vor allen Dingen auch den Personenverkehr sehr stark beeinträchtigt hat.

Das zweite Nadelöhr ist der Bereich Elmshorn/Pinneberg; dort soll das dritte Gleis gebaut werden, Herr Kollege Poppendiecker, und es soll 1997/1998 in Betrieb genommen werden können. Die Kapazität soll dann auf 215 Züge pro Tag erhöht werden.

Die **Rendsburger Hochbrücke** hat dieses Hohe Haus schon in ausreichendem Maße beschäftigt und wird es auf Wunsch des Abgeordneten Neugebauer auch weiterhin tun. Ich weise darauf hin, daß die Hochbrücke renoviert wird und daß sie ab 1997/1998 wieder mit 80 km/h voll befahrbar sein wird. Das ist also nur eine Frage der Zeit.

Ein anderer Punkt sind die Nachrichten, daß nördlich des Kanals in einzelnen Bahnhöfen Gleise abgebaut worden sind, die als Ausweichgleise gedient haben. Das soll in den Bahnhöfen, Tarp, Eggebek und Jübek geschehen sein, und dies soll im Zusammenhang mit der Elektrifizierung stehen. Wenn das aber so ist, dann hat die Deutsche Bahn tatsächlich ihren eigenen Möglichkeiten einen Bärendienst erwiesen, denn es gibt dann keine Möglichkeit mehr, daß auf dieser Strecke ein schneller fahrender Zug an einem langsamer fahrenden vorbeifahren kann. Das ist so, als ob Sie eine neue Straße bauen, die normale Spur schön asphaltiert ausbauen, auf der Überholspur aber große Schlaglöcher lassen. Das funktioniert eben nicht.

Was ist nun also zu tun? Es bleibt festzuhalten, Herr Poppendiecker: Auf die zusätzlichen Güterzüge, die von der **Vogelfluglinie** kommen sollen, ist die Deutsche Bahn vorbereitet. Sie ist allerdings - wie sich jetzt zeigt - nicht vorbereitet auf zusätzliche Beförderungswünsche im kombinierten Verkehr, jedenfalls nicht in dem gewünschten Zeitfenster. Ich habe von der Deutschen Bahn die Auskunft erhalten, daß sie sehr wohl in der Lage ist, diese Nachfrage zu befriedigen, aber eben nicht in dem gewünschten Zeitfenster. Möglicherweise muß man hier vielleicht auch auf beiden Seiten flexibel sein.

Trotzdem sind wir der IHK zu Flensburg dankbar dafür, daß sie auf dieses Problem hingewiesen hat,

daß die Bahn eine Chance vertan hat, Wertschöpfung in unserer Region stattfinden zu lassen.

Die **Kapazitätsengpässe** sind also im Augenblick vorhanden, und die Frage ist eben, wie wir sie beseitigen wollen. Nach meinem Dafürhalten können wir sie nur gemeinsam mit der Deutschen Bahn AG bewältigen. Es hat keinen Sinn zu schimpfen, und Ärger ist bekanntlich kein Programm.

Ich möchte doch gern einmal die Fortschritte aufzeigen. Die Strecke Elmshorn - Pinneberg wird in einem Jahr bis zwei Jahren dreigleisig sein.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:
Wie bitte? - Widerspruch bei der SPD)

- Nach meiner Kenntnis soll sie 1997/1998 - das sind zwei Jahre - dreigleisig sein. Wenn Sie es besser wissen, belehren Sie mich bitte, Herr Dr. Rossmann!

Die Rendsburger Hochbrücke wird 1997/98 saniert sein. Es bleibt - und das ist wirklich ein Riesenproblem - die nördliche Umgebungsbahn von Hamburg, die dringend ausgebaut werden muß, und es bleibt auch sicherlich die Notwendigkeit, Ausweichgleise nördlich des Kanals wieder einzubauen.

Mein Vorschlag ist, die Deutsche Bahn AG in den Wirtschaftsausschuß einzuladen und in Ruhe zu besprechen, was wir eventuell an Hilfestellungen leisten können. Ich teile nicht Ihre Meinung, Herr Kollege, daß wir dazu extra eine **Arbeitsgruppe** bilden müssen. Wir haben Gremien, die so etwas machen. Für Verkehrspolitik ist der Wirtschaftsausschuß zuständig. Wir sollten nicht nach dem Motto verfahren: Wenn ich nicht mehr weiter weiß, dann gründe ich einen Arbeitskreis.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Ich habe das Problem, daß die Politik anscheinend nur noch darin besteht, daß man guckt, wer an welchem Punkt bei welcher Veranstaltung klatscht. Ich finde, wenn man sich nicht mit den Sachen auseinandersetzt und nicht rechnet, was tatsächlich rentabel und sinnvoll ist, wenn man sich immer nur dem Populismus überläßt, kann man auch nicht vernünftig Politik machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Können Sie eigentlich rechnen?)

Das gilt für die Frage der **Elbquerung**, das gilt aber auch für die Frage, was wir hier machen, nämlich über den Schienenverkehr nach Skandinavien zu reden. Es gibt mittlerweile genügend Untersuchungen, die deutlich aussagen, daß es viel günstiger und billiger ist, wenn wir in Zukunft massiv in den Schienenverkehr investieren und wenn wir darauf abzielen, gerade die Fernverkehre auf die Schiene zu bekommen.

In den USA machen gerade die Fernstrecken - die sind in den USA völlig privat - Riesengewinne. Es gibt eine Renaissance der Bahn auf den Fernstrecken, weil dort die Bahn ihre systemtypischen Vorteile ausspielen kann. Bei uns kommt die Bahn in Europa nicht über die Grenzen, weil die Politik seit Jahren darauf abzielt, nur Straßen zu bauen und die Bahn kaputtzumachen.

(Gerhard Poppendiecker [SPD]: Das können wir im Landtag nicht!)

Wir müssen wissen, wohin wir wollen. Wir müssen wissen, daß wir eine wesentliche Umlenkung der **Verkehrsströme** auf die **Bahngleise** wollen. Wir müssen uns darüber im klaren sein, was dafür notwendig ist. Dafür sind Investitionen im Schienenbereich notwendig.

Es ist nicht nur so, wie hier gesagt worden ist, daß das Problem in Schleswig-Holstein liegt. Das Problem liegt auch ganz massiv südlich von Schleswig-Holstein, weil sich sämtliche Güterzüge in Maschen stauen, weil die ICE-Gleise in der Bundesrepublik, weil die großen Fernstrecken durch

den **ICE** verstopft sind, weil man bei den hohen Geschwindigkeiten der ICEs keine **Güterzüge** mehr dazwischenschieben kann. Das ist das Problem. Wenn wir dahin kommen wollen, was die Studie für eine neue Bahn aus Wuppertal vorgerechnet hat - -

(Zuruf von der CDU: Schwebbahn!)

- Es ist lustig, in welcher Art und Weise Sie hier mit Witzen Debatten führen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Bei Ihnen geht es nicht anders!)

Es ist vorgeschlagen worden, mindestens zu einer Verdoppelung bis Verdreifachung des Schienenverkehrs zu kommen, wozu man relativ wenig Strecken braucht. Das ist die interessante Aussage dabei.

Man muß nur dahin kommen, was die Japaner schaffen. Die schaffen nämlich die fünffache Leistung auf dem gleichen Gleis wie bei uns. Das ist die Realität in Japan. Sie haben pro Schiene eine fünfmal so hohe Transportleistung. Die schaffen das, weil sie die Züge immer auf denselben Schienen mit dem gleichen Tempo fahren lassen. Dahin müssen wir kommen.

Das heißt, wir brauchen eine völlige Trennung des Güterverkehrs auf den Hauptstrecken von dem Personenfernverkehr, von den ICE-Gleisen, weil sonst die schnellen ICEs und die langsamen Güterzüge es nicht möglich machen, daß eine dichte Zugfolge erfolgt. Was da betrieben wird, ist unwirtschaftlich. Die gesamte ICE-Strecke, die nach München gebaut worden ist, ist für kombinierten Güter- und Personenverkehr gebaut worden. Das war eine absolut schwachsinnige Investition. Das haben wir immer gesagt. Hätte man sie als reine Personenstrecke gebaut, dann hätte sie nur die Hälfte gekostet, weil man nämlich 14 % Steigung statt 4 % Steigung hätte hinbekommen können. Es sind massive Fehlinvestitionen gemacht worden - genauso wie jetzt in Bayern. Das ist richtig gesagt worden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Davon verstehen Sie nichts!)

Es ist richtig gesagt worden, daß massive Fehlinvestitionen gemacht worden sind, weil in der

Verkehrspolitik ideologiebehaftete Politikdiskussionen geführt werden und in Bonn nicht wirtschaftlich gerechnet wird.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wir haben in der Bundesrepublik die Situation, daß der Verkehr auf der Straße kostenlos fährt, obwohl bekannt ist, daß die LKWs die Hauptverursacher für Schäden sind, die Straßenrenovierungen notwendig machen. Die Kosten für die Schiene werden dem Verkehr der Bahn aufgebürdet. Es ist heute so, daß im Bahnverkehr 50 % der Kosten nur auf die Benutzung der Schiene entfallen. Das ist ein Konkurrenznachteil, gegen den niemand ankommen kann, wenn er bei gleichen wirtschaftlichen Kosten das Doppelte bezahlen muß. Durch diese völlig unsinnigen Preisrelationen - daß nicht investiert wird, daß seit Jahren in Bonn die Investitionen heruntergefahren worden sind, daß dafür die Investitionen für Straßen weiter gehalten werden - wird die Bahn kaputtgemacht, damit wird eine Zukunftsinvestition kaputtgemacht. Es werden Milliarden DM an unsinnigen Kosten verursacht, weil nämlich Investitionen in ein Ferngütersystem wirtschaftlicher wären, weil diese Investitionen Milliarden DM in den nächsten 10 bis 15 Jahren sparen würden, wenn wir das endlich angehen würden.

(Glocke des Präsidenten)

Wenn wir das endlich packen würden, dann würden wir in diesem Bereich auch zu einer anderen Politik kommen. Daß die Bahn-AG nicht akquirieren kann, daß sie wettbewerbsschwach ist, steht fest, aber da habe ich noch die Hoffnung, daß sich das mit der Privatisierung langsam entwickeln wird. Aber die Frage, in welche Sektoren investiert wird, muß von der Bundesregierung beantwortet werden, und ich warte auf die Antwort.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk. - Nein, das Wort hat der Abgeordnete Kubicki. Entschuldigung, Frau Spoorendonk.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

(Anke Spoorendonk [SSW]: Das ist ja etwas ganz Neues, daß man Sie übersieht, Herr Kubicki!)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrter Herr Kollege Hentschel, der Zwischenruf von Ihnen, die Opposition diskutiere witzig, wird immer von Ihnen selbst ausgelöst. Wenn Sie sich hier hinstellen und erklären, Sie würden völlig ideologiefrei und nur an Rentabilitäts Gesichtspunkten die **Verkehrspolitik** diskutieren, dann halten wir das angesichts Ihrer Ausführungen in der Tat für einen Witz.

Ich möchte zu Beginn dessen, was ich sagen will, auf die Anregung des Kollegen Poppendiecker zurückkommen. Herr Poppendiecker, meine Fraktion wird, wenn Sie einen entsprechenden **Gesprächskreis** initiieren, einen Abgeordneten stellen, weil wir es für sinnvoll halten, und zwar in allen Bereichen, daß schleswig-holsteinische Abgeordnete versuchen, mit ihren Möglichkeiten, wo immer sie sind, zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in Schleswig-Holstein beizutragen. Denn wir sind verantwortlich für dieses Land. Deshalb sollten wir Ihre Anregung aufgreifen.

Ich wundere mich etwas darüber, daß wir diese Debatte im Rahmen der Aktuellen Stunde führen, weil das Thema eigentlich gar nicht so aktuell ist. Denn das **Nadelöhr**, über das wir uns beklagen, besteht seit mindestens 50 Jahren. Der Präsident der Unternehmensverbände sagt, es bestehe eigentlich schon seit 1844, seit Einrichtung der Eisenbahnstrecke, seit Verkehre abgewickelt werden. Es besteht in der Hauptsache unabhängig von den **Schienenverbindungen in Schleswig-Holstein** auch darin, daß alle Züge gegenwärtig durch den Hamburger Hauptbahnhof fahren müssen. Das Problem ist, daß mit dem verstärkten Personenverkehr zeitnahe Abwicklungen nicht möglich sind.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wissen überhaupt nichts!)

- Herr Hentschel, Sie müssen sich vielleicht auch mal ein bißchen sachkundig machen und nicht immer nur Ihre eigenen Papiere lesen.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Fröhlich, die Grünen haben doch eine ernsthafte Debatte verlangt. Dann wollen wir uns doch ernsthaft unterhalten.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann müssen Sie sich besser informieren und nicht erzählen, daß Güterzüge durch den Hamburger Hauptbahnhof laufen! So einen Quatsch müssen wir uns hier nicht erzählen lassen!)

- Frau Fröhlich, es mag ja sein, daß Sie außer mit Ihren Fahrern auch mal mit dem Zug fahren müssen. Dann dürfen Sie sich gern mal in Hamburg-Dammtor und Hamburg Hauptbahnhof hinstellen. Dann sehen Sie, wieviel Güterzüge da jeden Tag durchdonnern. Dann werden Sie feststellen, daß eines der wesentlichen Punkte das Nadelöhr Hamburg ist. Ich will - da Sie mir ja nicht glauben, was ich ja verstehen kann, Frau Fröhlich - den Präsidenten des Unternehmensverbandes zitieren, der am 23. Mai bereits darauf hingewiesen hat - -

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der ist nicht ideologisch? Das war ja ganz deutlich!)

- Frau Kollegin, es macht keinen Sinn, mit Ihnen zu debattieren, ich sehe es ein. Dann lassen Sie uns das nachlassen.

Wenn die Deutsche Bahn AG privatisiert und nicht in der Lage ist, bestimmte Anforderungen der unternehmerischen Wirtschaft zu erfüllen, und zwar logistische Anforderungen, dann ist die Frage des Streckennetzes, Herr Poppendiecker, zwar auch eine sehr wesentliche, aber eine untergeordnete.

Wenn Unternehmen beispielsweise auf der Schiene **Güterverkehre** nach Süddeutschland abwickeln wollen und aus der Landeshauptstadt Kiel ihre Sachen bereits in der Mitte des Tages abliefern müssen, damit das nachts nach Hamburg gebracht werden kann, dann ist das für ein Unternehmen einfach nicht reizvoll und rentierlich, so zu verfahren.

Daß wir diese Probleme haben, sehen Sie daran, daß die Bahn in Neumünster beispielsweise den **Huckepackverkehr** Straße-Schiene einstellt, weil er für die Bahn mittlerweile nicht mehr rentierlich ist, weil die Unternehmen es nicht annehmen können. Denn Sie müssen eineinhalb Tage länger kalkulieren, wenn Sie etwas nach Bochum bringen wollen, als wenn Sie es auf der Straße transportierten.

Diese logistischen Probleme sind es, die in erster Linie beseitigt werden müssen.

Wenn Herr Kollege Hentschel anspricht, daß die amerikanischen Bahnen mittlerweile rentierlich und im Bereich schwarzer Zahlen arbeiten, dann mag das in der Tatsache begründet liegen, daß sie sich seit über zehn Jahren dem **Wettbewerb** stellen müssen. Bis 1985 waren sie nämlich in staatlicher Regie, und erst nachdem **Privatisierung** Platz gegriffen hat, hat sich die **Bahn** auch dem Wettbewerb gestellt und Angebote gemacht, die angenommen worden sind.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da gebe ich Ihnen recht!)

- Herr Hentschel und Herr Poppendiecker, wenn Grüne, Rote und der SSW monieren, daß das Streckennetz der Bahn AG in Schleswig-Holstein nicht ausreichend sei, dann frage ich noch einmal, was eigentlich seit 1988 von dieser Landesregierung beim Bund angemeldet und von ihr gefordert worden ist; denn seit 1988 regiert doch hier diese Landesregierung.

Selbst wenn man unterstellt - das tue ich auch -, daß sich die ehemalige Staatsbahn „Deutsche Bundesbahn“ bei der Einschätzung des Schienenverkehrs völlig vertan hat, kann das doch nicht für das Verkehrsministerium dieses Landes gelten, geführt von einem sehr kompetenten Verkehrsminister. Das heißt, ein Teil der Versäumnisse, die wir jetzt beklagen, liegt auch darin begründet, daß nicht rechtzeitig beim Bund Sorge dafür getragen worden ist, die entsprechenden Schienenverkehrsverbindungen sicherzustellen.

(Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Ich sage nur - ich tue dies ohne jegliche Schuldzuweisung -: Es ist zwölf Uhr, und wir alle sind gefordert, die Situation jetzt zu ändern. Aber entscheidend ist - Herr Poppendiecker, Herr Hentschel und Frau Fröhlich, das vielleicht noch einmal zur Verbesserung Ihres Informationsniveaus - doch folgendes. Wenn zum Beispiel in Schleswig-Holstein Logistikzentren wie das der Bundespost in Neumünster ohne jeden Gleisanschluß gebaut werden,

(Gerhard Poppendiecker [SPD]:
Wahnsinn!)

wenn große Logistikzentren von Speditionen ohne Gleisanschluß gebaut werden, weil die Bahn AG erklärt, sie könne nicht „just in time“ gewährleisten, könne nicht gewährleisten, daß innerhalb von 24 Stunden - wie mit dem LKW möglich - die Güter und Frachten in den süddeutschen Raum gebracht werden können, die dort weiter umgeschlagen werden müssen, dann sage ich noch einmal, daß die zentrale Frage die der **Anbindung** ist. Wenn wir hier nicht schnellstmöglich eine Veränderung bekommen, können wir uns eine Debatte wie die heutige in der Aktuellen Stunde in jedem Jahr erneut um die Ohren hauen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich begrüße jetzt auf der Tribüne noch einmal - das ist wohl die zweite Gruppe - Schülerinnen und Schüler der Hauptschule in Nortorf sowie die Besatzung des Bootes „Wilhelm Pullver“ aus Eckernförde und Schülerinnen und Schüler der Beruflichen Schulen am Ravensberg in Kiel. Allen ein herzliches Willkommen!

(Beifall)

Frau Abgeordnete Spoorendonk, Sie haben das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Herr Poppendiecker hat das Problem, um das es heute geht, vorhin so schön plastisch dargestellt, daß ich das selbst nicht besser machen könnte. Darum will ich das jetzt auch nicht weiter vertiefen. Alles in allem ist die Geschichte des

Schienenverkehrs in Schleswig-Holstein doch eher ein Trauerspiel als ein Lustspiel; denn die Bundesbahn hatte anscheinend keine Lust, die **Elektrifizierung** der Bahnstrecke Padborg - Hamburg voranzutreiben. Wie wir alle wissen, kam die ja erst zustande, nachdem wir hier in **Schleswig-Holstein** massiven Druck ausgeübt hatten und nachdem sich das Land bereit erklärt hatte, 150 Millionen DM zuzuschießen.

Ich muß doch sagen, daß dies eine ganz besondere Leistung ist, wenn man bedenkt, wie die Elektrifizierung sonst bundesweit vonstatten gegangen ist.

Um so ärgerlicher ist es, daß es dabei dann versäumt wurde, sich mit den **Folgeinvestitionen** auseinanderzusetzen. Hier wird der eine oder andere sagen, auch das hätte das Land dann gleich machen müssen. Aber ich finde, die Frage ist berechtigt, ob das denn Landesaufgabe ist, ob es nicht vielmehr so ist, daß wir hier zu Recht erwarten können, daß sich auch die Bahn AG Gedanken darüber macht, wie es weitergehen soll.

(Beifall der Abgeordneten Ursula
Kähler [SPD])

Richtig ist - das ist vorhin schon deutlich gemacht worden -, daß das politische Konzept auf der dänischen Seite für die feste Belt-Querung so aussieht, daß zunächst der Schienenverkehr gestärkt werden soll.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid
Franzen [SPD] und Karl-Martin
Hentschen [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN])

Dazu gibt es keine zwei Meinungen.

Ich möchte aber doch noch folgendes hinzufügen: Die Dänische Staatsbahn ist auch privatisiert worden, und auch bei der Dänischen Staatsbahn sagt man sich deshalb, weil man eine Aktiengesellschaft geworden ist, daß Geld nicht stinkt. Darum macht man sich Gedanken darüber, ob man nicht eher betriebswirtschaftlich als volkswirtschaftlich rechnen sollte oder könnte. Aber politisch gesehen gibt es keine zwei Meinungen zu dem Konzept. Auch wir vom SSW stehen dazu.

Die Probleme der Planungsdefizite haben sich in letzter Zeit zugespitzt. Es ist von daher schon berechtigt, das hier zum Thema einer Aktuellen Stunde zu machen; denn die Kapazitäten für die Umleitung über den Großen Belt - Herr Poppendiecker sagte es bereits - sind da. Aber mehr auch nicht. Man kann in jede Richtung acht Züge verkräften, jedoch sonst nichts mehr. Die Kapazitäten reichen aber nicht für das, was zukunftsweisend sein sollte, nämlich für den **Ausbau des kombinierten Verkehrs Straße/Schiene**. Daran hat ja nicht nur die Speditionsbranche ein Interesse, sondern auch die LKW-Branche.

Von dänischer Seite weiß man, daß man dort eine Steigerung um rund 70 % gehabt hat. Man weiß aber auch, daß man in Sachen Straßenverkehr an eine Grenze gelangt ist. Das weiß eben auch die LKW-Branche, die sich jetzt zusammengetan und eine Speditionsgesellschaft gegründet hat, die ebenfalls diese flexible Lösung Straße/Schiene befürwortet und sie stärken will.

Wir wissen auch - das ist ebenfalls hinlänglich diskutiert worden -, daß die Staus auf den europäischen Autobahnen Milliardenbeträge kosten und daß der Verkehrskollaps kommen wird; der ist nicht aufzuhalten. Deshalb müssen wir hier gegensteuern.

Mir ist von Leuten aus der Speditionsbranche im Landesteil Schleswig gesagt worden, daß die Bahn AG dabei sei, Fakten zu schaffen, daß es zum Beispiel schon beschlossene Sache sei, Frau Schmitz-Hübsch, daß der Güterbahnhof in Flensburg am 1. April 1997 geschlossen werde. Vielleicht soll auch - so hörte ich - der Güterbahnhof in Kiel geschlossen werden. Weiter ist mir erzählt worden, daß man daran arbeite, Neumünster zu einem **Knotenpunkt des Schienenfrachtverkehrs** auszubauen. Für den nördlichen Landesteil bedeutet das, daß dort nur noch der LKW-Verkehr verbleibt. Das kann doch wohl nicht Sinn der Sache sein.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle möchte ich jetzt auch noch einmal das Anliegen der Spediteure vorbringen. Die möchten Planungssicherheit - das ist das mindeste -, und die sind auch gewillt, andere Lösungen voranzutreiben. Sie wollen auch den

Schienenverkehr gestärkt sehen und rechnen sich dabei gute Chancen aus.

Deshalb ist der offene Brief der IHK Flensburg wichtig, und deshalb ist es wichtig, daß wir uns heute damit befassen. Den Gedanken eines Arbeitskreises finde ich auch gut; laßt uns das doch einmal machen, laßt uns das doch auch einmal im Wirtschaftsausschuß diskutieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Es gibt hier Sachen zu diskutieren, und das gilt besonders für die Situation des Schienenverkehrs im nördlichen Landesteil. Ich weiß es doch noch: In den siebziger Jahren wurde davon geredet

(Glocke des Präsidenten)

- noch einen Satz bitte, Herr Präsident -, daß man den Bahnhof Flensburg-Weiche zu einem großen Güterbahnhof ausbauen wollte. Das klappte nicht; statt dessen bekam man den Frachtterminal in Padborg. Der Grund dafür waren fahrplanmäßige Schwierigkeiten, waren also bürokratische Hemmnisse. Auch solche Dinge sollten wir in dieser Arbeitsgruppe miteinander bereden.

Ich hoffe, daß wir durch diese Aktuelle Stunde auch wirklich ein deutliches Signal für die Bahn AG und auch für die Bundesregierung gesetzt haben.

(Beifall bei SSW und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Minister Steinbrück.

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will nicht der Versuchung erliegen, im Rahmen dieser Aktuellen Stunde in eine allgemeine verkehrspolitische Debatte zu verfallen. Das würde wirklich den Bogen überspannen. Ich halte den Vorschlag, daß diese Debatte einmal im Wirtschaftsausschuß stattfinden sollte, für gut. Ich will auch gern - das hat ja hier heute schon eine Rolle gespielt - allen Fraktionsvorsitzenden und den verkehrspolitischen Sprechern der Fraktionen meine Rede zusenden, die ich in der Christian-Albrechts-

Universität gehalten habe; das ist ein Stichwortkonzept. Ich will das übrigens auch deshalb Interpretation zuvorkommen.

Das, was ich in dieser Rede ebenfalls vertreten habe - damit mache ich nun doch eine allgemeine verkehrspolitische Bemerkung -, ist, daß ich gegen einen Antagonismus von Schiene und Straße bin. Das ist übrigens das, was Minister Wissmann gestern auch gesagt hat. Ich halte in der verkehrsstrategischen Ausrichtung das Sowohl-Als-auch für nötig.

(Beifall bei CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Ich gebe einem Entweder-Oder für die Zukunft keine Chance.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hars [CDU])

Das mögen Sie an einem einzigen Datum bemerken: Wenn Sie 20 % der Milliarden Tonnenkilometer, die heute über die Straße abgewickelt werden - nur ein Fünftel! -, auf die Schiene verlagern wollen, müssen Sie die Leistungsfähigkeit der Schiene um über 50 % erhöhen. Das bedeutet nicht, daß man sich eine solche Strategie nicht vornehmen muß, man sollte sich allerdings in realen Proportionen bewegen - daher mein Begriff von der „Chimäre“ - und nicht allzusehr von den tatsächlichen Verhältnissen abheben.

Zum Thema der Aktuellen Stunde! Ich stimme mit Herrn Poppendiecker völlig überein. Als ich den Artikel im „Flensburger Tageblatt“ las, habe auch ich ihn für einen verspäteten Aprilscherz gehalten, und zwar für einen schlechten. Denn es wäre in der Tat ein Treppenwitz, 500 Millionen DM - davon 150 Millionen DM Landesmittel - in die Ertüchtigung der Strecke zu investieren, um dann anschließend eine Art Abstellgleis für die **Güterverkehre** organisiert zu haben. Es wäre noch viel grotesker, wenn man feststellt, daß die Bahn gerade fünf Minuten vor zwölf, ein halbes Jahr, bevor die **Schienenverbindung** über den Großen Belt hergestellt ist, plötzlich merkt, mit welchen Engpässen das auf ihren eigenen Strecken in Norddeutschland verbunden ist.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Weil ich das als derart grotesk empfand, habe ich dem Artikel - zu Recht - nicht Glauben geschenkt, sondern habe mir gedacht: So viel Unvernünftigkeit kann es auch bei der DB AG nicht geben. Dieser Verdacht von mir ist gerechtfertigt in Recherche der tatsächlichen Verhältnisse, mit denen wir es zu tun haben. - Insofern ist auch das ein kleines Beispiel für das Kinderspiel „Stille Post“, das Sie alle kennen, bei dem durch zunehmende Kolportage immer unwahrscheinlichere Sachverhalte transportiert werden.

Die Fakten sind folgende: Zur Zeit verkehren 32 Güterzüge auf der Strecke von und nach Skandinavien, 16 in jeder Richtung. Nach Inbetriebnahme der Schienenverbindung über den Großen Belt, Mitte nächsten Jahres, werden täglich weitere 16 Züge fest eingeplant, was wir nur begrüßen, weil damit zum ersten Mal ein größeres Verlagerungspotential weg von der A 1 auf den Schienenkörper erzielt werden kann. Darüber hinaus - hier ist die besorgniserregende Meldung in der Presse definitiv falsch - können 14 weitere Züge des kombinierten Verkehrs wöchentlich eingesetzt werden.

Ich bin natürlich der Frage nachgegangen, wie die **Alarmmeldung der IHK** zustande gekommen ist. Es gibt ein Schreiben der DB AG an mein Haus vom 4. Dezember, in dem sie sich das selber auch nicht so richtig erklären können, aus dem ich einmal zwei entscheidende Sätze zitiere: „Ursache für das Schreiben der IHK sind wahrscheinlich mißverständliche Informationen des Geschäftsbereichs Ladungsverkehr. Die entstandenen Irritationen müßten durch den Geschäftsbereich Ladungsverkehr aufgeklärt werden können.“ - Genau darum bitte ich, damit sich im Flensburger Raum nicht etwas festsetzt, was mit den Fakten nicht übereinstimmt.

Letzte zwei Bemerkungen von mir! Im Zusammenhang mit dem Problem von **Engpässen** oder unserer gemeinsamen Zielsetzung, daß die Jütland-Linie zu einem der großen Potentiale für ungebrochene Güterverkehre auf der Schiene wird, wird man sich - da ist ein Antrag aus der letzten Sitzung auf lange Sicht doch berechtigt - mit der **Eisenbahnhochbrücke Rendsburg** auseinandersetzen müssen,

(Beifall bei der SPD)

nicht nur mit Blick auf die langfristige Perspektive - wir alle wissen, daß wir es hier mit langen Planungsvorläufen zu tun haben -, sondern auch mit Blick auf die augenblicklichen Fakten. Sie wissen, daß die Wasser- und Schifffahrtsdirektion gegenwärtig rund 80 Millionen DM in die Grundinstandsetzung investiert. Es wird noch bis 1998 dauern, bis wieder ein zweigleisiger Verkehr möglich ist; so lange werden wir nur einen eingleisigen Verkehr haben. Insofern ist die Tartarenmeldung nicht ganz falsch, daß wir zur Zeit nur sechs Züge pro Stunde in diesem Abschnitt über die Rendsburger Hochbrücke leiten können. Da besteht ohne Zweifel ein Engpaß, der in ungefähr eineinhalb bis zwei Jahren beseitigt sein wird. Für die Dauer der Sanierung ist die Hochbrücke allerdings ein gewisser Engpaß. Diese Nachricht ist nicht neu und rechtfertigt nicht solche Meldungen, die uns in Unruhe gebracht haben.

Ein weiterer Engpaß besteht im Raum Pinneberg - Elmshorn. Ich habe mich gestern über die diesbezüglichen Äußerungen von Herrn Wissmann gefreut.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Das ist sehr wichtig zu wissen, weil es darum geht, daß in einem zweiten Bauabschnitt der Kategorie des vordringlichen Bedarfs entsprechend noch einmal 340 Millionen bis 350 Millionen DM investiert werden müssen. Die Engpaßbeseitigung an dieser Stelle hat eine verkehrsstrategische Bedeutung, die ich gar nicht hoch genug einschätzen kann.

Ganz kurz im Telegrammstil der aktuelle Sachstand, der ein bißchen von dem abweicht, was Sie gesagt haben, Frau Schmitz-Hübsch! Bis zum Sommer 1997 sollen die Arbeiten an der Signaltechnik abgeschlossen sein, womit die Leistungsfähigkeit dieses Abschnittes im ersten Schritt der Ausbaustufe 1 schon erhöht wird, schlicht und einfach über die Nutzung besserer Technik. In einem zweiten Abschnitt der Ausbaustufe ist der Bau eines zusätzlichen Überholungsgleises im Bahnhof Elmshorn vorgesehen. Nach Erlangung des Baurechtes und dem Nachweis der Wirtschaftlichkeit wird das zügig in Angriff genommen werden können. Das ist die erste Ausbaustufe, für die bereits im laufenden

Fünfjahresplan Gelder vorhanden sind. Insofern reden wir nicht mehr über ein Szenario, wir müßten, könnten oder wollten, sondern dort wird etwas getan.

Der entscheidende Punkt ist, daß die zweite Ausbaustufe mit dem mehrgleisigen Ausbau zwischen **Pinneberg und Elmshorn** zwar in den Planungen in Gange ist, aber erst mit dem nächsten Fünfjahresplan finanziell bedient werden kann. Das sind die obwaltenden Verhältnisse, in denen sich auch Herr Wissmann findet. Frau Schmitz-Hübsch, ich kann nicht bestätigen, daß das dritte Gleis 1997/98 in Betrieb gehen kann. Das wäre zwar wünschenswert, aber die Wahrscheinlichkeit, daß man das in der Zeit schafft, ist leider nicht sehr hoch.

Fazit: Wir freuen uns darüber, daß mit der Großen-Belt-Querung zum ersten Mal Züge von Seeland bis Südtalien fahren können. Es wird nicht mehr lange dauern, bis das unter Einbeziehung der Øresund-Querung auch von Schweden und Norwegen aus möglich sein wird. Das ist historisch eine völlig neue Situation, daß wir **durchgehende Festlandverbindungen** von Nord nach Süd in Europa haben werden. Wir werden in Schleswig-Holstein darauf achten müssen, daß die hier nicht in Engpässen auflaufen. Da spielen die Rendsburger Hochbrücke, der Engpaß Pinneberg - Elmshorn, die Knotenpunktuntersuchung in Hamburg und damit auch das Thema einer kombinierten Straßen-Schienen-Querung eine große Rolle, aber das ginge über die Aktuelle Stunde hinaus.

(Beifall bei SPD, CDU, F.D.P. und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; damit beende ich die Aktuelle Stunde. Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 2 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Änderung des kommunalen Verfassungsrechts 1995

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/395

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist offenbar nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort der Frau Abgeordneten Kähler.

Ursula Kähler [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit der Verabschiedung der dritten Stufe zur Änderung des kommunalen Verfassungsrechts hat sich bei den **Regelungen über die Direktwahl ein Korrekturbedarf** ergeben, dem leider nicht im Auslegungsweg, sondern nur durch ein Änderungsgesetz Rechnung getragen werden kann. Ziel der Änderung ist es, eine Zusammenlegung des Termins der ersten Direktwahl mit den Gemeinde- und Kreiswahlen 1998 zu ermöglichen. In dem Zusammenhang soll die Frist für eine eventuell durchzuführende Stichwahl von drei auf vier Wochen verlängert werden.

In § 45 Abs. 1 Satz 3 des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes ist im geltenden Recht bei erfolgloser Direktwahl eine Stichwahl zwischen den beiden Bewerbern vorgesehen, die bei der ersten Wahl die höchsten Stimmzahlen erhalten haben. Die Stichwahl muß in Rechtsfolge innerhalb von 21 Tagen nach der Erstwahl stattfinden. Bei bestimmten **Wahlterminen** könnten die Osterferien in den Dreiwochenzeitraum fallen, der für eventuell erforderlich werdende Stichwahlen zur Verfügung steht. Deshalb halten wir es für zweckmäßig, die Frist für die Durchführung der Stichwahl von 21 Tagen auf 28 Tage zu verlängern.

Um auch für die weitere Zukunft eine im Einzelfall denkbare Überlagerung der Dreiwochenfrist durch Ferientermine auszuschließen, zumindest jedoch in ihren Auswirkungen abzumildern, soll die Ausdehnung der Frist nicht nur auf die bereits genannten Osterferien beschränkt werden. Im Regelfall sollte die Stichwahl aber so nah wie möglich bei der Erstwahl liegen.

Da die nächsten Kommunalwahlen - wie schon gesagt - im März 1998 stattfinden werden, ist es zweckmäßig, eine in kurzen zeitlichen Abständen durchzuführende Direktwahl auf den Termin der Kommunalwahlen zu legen. Auch wenn der Landtag grundsätzlich die **Zusammenlegung der Direktwahl** mit anderen stattfindenden Wahlen nicht aufgegriffen hat, erscheint es uns im Interesse der Wählerinnen und Wähler und auch im Interesse

der Verringerung der Kosten vernünftig, die Möglichkeit eines gemeinsamen Wahltermins zu eröffnen. Nach der geltenden Rechtslage wäre das nicht durchführbar, weil die Vorschriften über die Direktwahl für die Kreise und kreisangehörigen Kommunen mit Ausnahme der Bestimmungen, die der Wahlvorbereitung dienen, erst ab 1. April 1998 in Kraft treten. Das wollen wir korrigieren, nicht zuletzt auch wegen der Kostenminimierung für die Kommunen.

Herr Minister, für meine Fraktion möchte ich an dieser Stelle darauf hinweisen, daß wir, sobald dieser Gesetzentwurf im Fachausschuß beraten wird, noch einmal den § 57 d Abs. 3 der Gemeindeordnung, der die **Abwahl der Bürgermeister** regelt, aufrufen werden. Hier scheint sich eine unbeabsichtigte Änderung eingeschlichen zu haben. Während, wie im Gesetzentwurf auch vorgesehen, der Landtag zwar für die Landrätinnen und Landräte und hauptamtlichen Stadträtinnen und Stadträte bei deren Abwahl den Eintritt in den einstweiligen Ruhestand beschlossen hat, ist in § 57 d Abs. 3 der Gemeindeordnung für die Bürgermeister der Eintritt in den Ruhestand beschlossen worden. Wie immer dieser Fehler auch zustande gekommen ist, er sollte umgehend korrigiert werden.

(Beifall des Abgeordneten Klaus-Peter Puls [SPD])

Eine Änderung würde auch dem Bundesversorgungsgesetz gerecht werden. Ich bin überzeugt, daß wir uns im Ausschuß darüber einig werden, daß sie erforderlich ist, um auch Ungleichbehandlungen auszuschließen. Ich beantrage Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuß.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Schlie.

Klaus Schlie [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW haben heute ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Änderung des kommunalen Verfassungsrechtes von 1995

eingbracht. Ziel dieses Gesetzes soll es sein, die möglicherweise auftretende Situation zu verhindern, daß bereits kurze Zeit nach der 1998 stattfindenden Kommunalwahl ein erneuter Wahlgang der Bürgerinnen und Bürger stattfindet, um dann in Direktwahl den Bürgermeister oder den Landrat zu wählen. Diesem Zweck dient der hier vorliegende Gesetzentwurf.

Abgesehen von der Frage, welcher halbwegs normal denkende Mensch durch dieses „Gesetzeschinesisch“ durchblicken soll, stellt sich die inhaltliche Frage, welche Bedeutung eine Gesetzesänderung hat, die von einem Parlament beschlossen werden soll. Hin und wieder sollte auch dieses Hohe Haus sich vergegenwärtigen, was ein Gesetz tatsächlich ist. Ein Gesetz ist jede allgemeine Vorschrift, die rechtsverbindlich die Rechte und Pflichten des einzelnen oder die Einrichtungen und Zuständigkeiten der Rechtsgemeinschaft selbst begründet, ausgestaltet, ändert oder aufhebt.

(Beifall des Abgeordneten Klaus-Peter Puls [SPD])

- Klatschen Sie nicht zu früh!

Sind Sie, die Sie diesen Antrag hier einbringen, Herr Puls, sich sicher, daß Sie eine allgemeingültige Norm schaffen? Sie sprechen in Ihrer Begründung selbst davon, daß es keine allgemeingültige Norm ist. In Ihrer Begründung zu Artikel 1 Nr. 1 sprechen Sie davon, daß eine im Einzelfall denkbare Überlagerung der Dreiwochenfrist durch Ferientermine ausgeschlossen oder zumindest in ihren Auswirkungen abgemildert werden soll. Andererseits soll es aber der Regelfall bleiben, daß eine mögliche Stichwahl zeitnah nach der Erstwahl erfolgt. Ich frage mich: Was ist nun die **allgemeine Norm**, die Sie wollen? Ist es der mögliche Einzelfall, oder soll es der Regelfall bleiben?

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

- Das ist so, Frau Kollegin!

Zur Änderung des Artikel 1 Nr. 2 - dessen semantische Eindeutigkeit jedem Leser auch nach mehrmaligem Studium immer noch fehlt - begründen Sie, daß es zweckmäßig sein kann, eine in kurzen zeitlichen Abständen durchzuführende

Direktwahl auf den **Termin** der **Gemeinde- und Kreiswahl** zu legen.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ist es nun zweckmäßig, die Wahl zusammenzulegen, oder kann es nur zweckmäßig sein, weil rein zufällig, Frau Kollegin Kähler, mit Inkrafttreten des neuen kommunalen Verfassungsrechts auch in der einen oder anderen kommunalen Gebietskörperschaft die Direktwahl des Bürgermeisters oder vielleicht eines Landrats mit diesem Termin in zeitlicher Nähe liegt? Dieser möglicherweise eintretende Fall rechtfertigt doch nicht die Änderung des kommunalen Verfassungsrechts als eine allgemeingültige Norm.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus-Peter Puls [SPD])

Wenn es überhaupt eine Notwendigkeit für eine allgemeingültige Gesetzesänderung gibt, dann wäre das eine Fristsetzungsveränderung bei der Festlegung einer möglichen Stichwahl, um Überschneidungen mit Ferienterminen zu verhindern. Das ist aber in der Realität aufgrund der unterschiedlichen Länge der Ferientermine und der Flexibilität des Beginns der Ferientermine nicht möglich. Deshalb ergibt sich auch hieraus keine Notwendigkeit einer Gesetzesänderung.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD] - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum machen Sie es so kompliziert!)

Die Festlegung des Erstwahltermins und die Möglichkeit der Briefwahl sind darüber hinaus adäquate Mittel, um Überschneidungen mit Ferienterminen zu vermeiden oder in ihren Auswirkungen zu minimieren.

Der hier heute eingebrachte Gesetzentwurf ist also keine allgemeingültige Norm, sondern die - ich sage es einmal so - Fleißarbeit eines Menschen, dessen Berufsgruppe hier oft arg beschimpft wird. Wir als CDU trauen den Bürgerinnen und Bürgern des Landes Schleswig-Holstein zu, die Bedeutung einer Direktwahl auch kurze Zeit nach einer Kommunalwahl so hoch einzuschätzen, daß sie dann wiederum zur Wahl gehen, um von ihrem

Wahlrecht Gebrauch zu machen. Deshalb halten wir Ihren Gesetzentwurf für überflüssig.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Böttcher.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wundere mich etwas über die Kritik der Opposition. Die Anregung zu diesem Entwurf kommt doch von den kommunalen Landesverbänden, auf die die Opposition sonst immer hört.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt nicht, da haben wir uns erkundigt!)

- Ich habe andere Informationen. Vielleicht haben Sie mit anderen Leuten gesprochen.

Ich glaube, daß das Gesetz, das mit viel Arbeit und Mühen 1995 nach langer Diskussion beschlossen wurde, das viele Kommunalpolitiker verärgert hat - zu denen habe auch ich gehört -, in diesem Punkt geändert werden muß. Ich bin zwar kein Freund der Direktwahlen, aber wenn man sie durchführt, sollte man sie so einfach und gut durchführen können wie möglich.

Aus diesem Grunde bitte ich um Ihre Zustimmung. Wir haben im Innen- und Rechtsausschuß durchaus noch Gelegenheit, uns darüber zu unterhalten, ob denn 20, 21 oder 40 Tage als Frist im Gesetz festgelegt werden sollen. Ich glaube aber, daß die Änderung des Gesetzes gerechtfertigt ist, damit in den jeweiligen Kommunen relativ flexibel und aufgrund der Gegebenheiten dort entschieden werden kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung, die dahin führt, daß ich den Gesetzentwurf der SPD verstanden habe, die Ausführungen des Kollegen Schlie aber nicht. Das kann aber auch an mir gelegen haben, Herr Kollege Schlie.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Ich hatte auch das Gefühl!)

- Daß es an mir liegt?

Frau Kollegin Kähler, ich habe mich die ganze Zeit gefragt, warum Sie nicht einfach den Zeitpunkt des Inkrafttretens um einen Monat vorverlegen. Dann hätten Sie eine ganze Reihe von Problemen nicht, die Sie jetzt haben.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Aber nicht alle Probleme!)

Sie hätten durch Gesetzesänderung auch den **Zeitpunkt des Inkrafttretens** auf den 1. März 1996 legen können, Frau Kollegin Erdsiek-Rave. Ich möchte darauf kurz eingehen, weil etwas mehr dahinter steckt als das, was aus Ihren Worten zunächst anklang. Der Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung des kommunalen Verfassungsrechts im Jahre 1995 war eine sehr intensive Diskussion über Art und Umfang der Änderungen vorausgegangen, an der sich auch der - von mir schmerzlich vermißte - Kollege Buchholz beteiligt hat.

(Dr. Otfried Hennig [CDU]: Von uns auch!)

Um so mehr überrascht es uns, daß jetzt durch SPD, Grüne und SSW eine erneute Gesetzesänderung angestrebt wird. Die Gründe für dieses Vorhaben sind für die F.D.P.-Fraktion nicht nachvollziehbar. Wir fragen uns, welchen Sinn die **Verlängerung der Frist für die Durchführung einer Stichwahl** in § 45 b Abs. 1 des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes von 21 auf 28 Tage haben soll. Sie haben da die Ferien angesprochen. Wir müßten dann allerdings eine Frist von acht Wochen einräumen, denn die Sommerferien dauern in aller Regel sechs Wochen. Wenn in den Zeitraum der Sommerferien eine Wahl fallen würde, hätten wir das gleiche Problem, das wir auch für die

Osterferien haben. Insofern ist das Argument nicht durchgreifend, Frau Kollegin Kähler.

Die Bewerber, die einen zweiten Wahlgang in Form der Stichwahl erreicht haben, hatten nach unserer Auffassung schon ausreichend Gelegenheit, sich der Bevölkerung im Wahlkampf bis zum ersten Wahlgang zu präsentieren. Daher ist es nicht nötig, die Frist zu verlängern, um den Kandidaten die Möglichkeit zu geben, sich der Bevölkerung erneut zu präsentieren. Im Gegenteil, je näher der Termin der Stichwahl an dem ersten Wahlgang liegt, desto klarer wird der Charakter dieses Wahlgangs als Entscheidungswahl zwischen den beiden Kandidaten mit der höchsten Zustimmung.

Es ist richtig, daß beispielsweise in Baden-Württemberg die Frist so bemessen ist, daß der zweite Wahlgang frühestens am zweiten und spätestens am vierten Sonntag nach dem ersten Wahlgang zu erfolgen hat. In Baden-Württemberg stellt der zweite Wahlgang jedoch keine Stichwahl dar, da sich für ihn, wie beim ersten Wahlgang, beliebig viele Bewerber melden können. Wenn wir uns aber am konkreten Beispiel der kürzlich abgehaltenen Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart orientieren, dann sehen wir, daß selbst für die Großstadt Stuttgart mit über 500 000 Einwohnern der zweite Wahlgang innerhalb von drei Wochen durchführbar war. Was im Süden Deutschlands möglich ist, sollte auch im Norden Deutschlands zu schaffen sein.

(Beifall der Abgeordneten Dr.
Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Im übrigen ist uns auch nicht bekannt, daß sich Kommunen in einem nennenswerten Umfang über die Frist für die Stichwahl beschwert hätten. Herr Kollege Böttcher, wir haben uns nämlich bei allen erkundigt, woher eigentlich der Ansatz kommt. Die kommunalen Landesverbände haben uns erklärt, von ihnen komme dies nicht.

Wenn ich mich an die Debatten erinnere, die wir in diesem Hause über die Änderung des kommunalen Verfassungsrechts geführt haben, so waren wir uns doch alle einig - Frau Kollegin Kähler, Sie haben es bestätigt -, daß die Trennung der Wahl zur Gemeindeversammlung von der **Bürgermeisterwahl** ein zentrales Element, wenn nicht sogar das zentrale Element bei der Neuordnung des kommunalen Verfassungsrechts

darstellt. Wenn Sie jetzt wegen der kurzen Frist mit dem Kostenargument kommen, dann ist dieses Argument auch bei allen anderen Wahlen heranzuziehen. Das bedeutet, wir kehren den Grundsatz des parlamentarischen Willens um; denn das Kostenargument würde uns verpflichten, auch bei allen anderen Wahlen möglichst einen anderen Wahltermin mit heranzuziehen, damit wir unter Kostenersparnis Gesichtspunkten in einem Wahlgang alle Fragen regeln. Das wollte dieses Parlament gerade nicht, weshalb die F.D.P. in diesem Punkt ihre Zustimmung auch verweigern wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen und des SSW, Ihr Wunsch, die Direktwahl der Bürgermeister in hauptamtlich verwalteten Gemeinden und in kreisangehörigen Städten sowie des Landrats in Landkreisen an die Wahl der Gemeinde- beziehungsweise Kreisvertretung zu binden, fügt doch genau das zusammen, was nach dem neuen Recht nicht mehr zusammengehört und nicht mehr zusammengehören sollte.

Ich will es mir wegen der Zeit verkneifen, noch einige polemische Bemerkungen loszuwerden, daß möglicherweise der Verlust von Bürgermeisterpositionen ins Haus steht und man deshalb wieder eine Verbindung mit den Wahlen wünscht oder daß ein starker Kandidat eine schwache Partei - Kiel beispielsweise - oder umgekehrt ein schwacher Kandidat eine starke Partei ziehen soll. Ich denke, wir sollten im Ausschuß noch einmal sehr intensiv über die Fragen diskutieren, Frau Kähler, und dann zu einer Lösung kommen, die dem Willen des Gesetzgebers im Jahre 1995 entspricht. Ich denke nicht, daß das Parlament damals schlampig gearbeitet hat.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Wie die meisten von Ihnen sicherlich wissen, hat sich der SSW in der letzten Legislaturperiode gegen das Gesetz zur Änderung des kommunalen Verfassungsrechts ausgesprochen. Der SSW war und ist immer noch gegen die **Direktwahl von**

Bürgermeistern und Landräten. Irgendwie müssen wir mit unserer Ansicht auch recht gehabt haben; denn wegen dieser Direktwahl soll jetzt eine Änderung des Gesetzes zur Änderung des kommunalen Verfassungsrechts beschlossen werden.

Wenn der SSW diesem Gesetzentwurf dennoch zustimmen kann, dann liegt das nicht daran, daß wir unsere grundsätzliche Haltung geändert haben; die haben wir immer noch. Hier geht es schließlich nicht mehr um die Frage der Direktwahl, sondern um die Frage von Zeitabfolgen, das heißt um die Lösung praktischer Probleme. Und dafür sind wir allemal zu haben.

Wenn also in Einzelfällen Stichwahlen unter den Bewerberinnen oder Bewerbern erforderlich werden sollten und wenn solche Stichwahlen 1998 in die Osterferien fallen könnten, dann können wir gegen eine Fristverlängerung nichts einzuwenden haben. Unserer Auffassung nach sprechen auch praktische Erwägungen dafür, Direktwahlen auf den Termin der Gemeinde- und Kreistagswahl zu legen.

Dennoch kann ich mir auch hier die Bemerkung nicht verkneifen, daß das alles nicht so gekommen wäre, wenn man, wie vom SSW gefordert, von der Direktwahl Abstand genommen hätte.

(Beifall bei SSW und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Minister Wienholtz.

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ihnen vorliegende Gesetzentwurf, mit dem das Gesetz zur Änderung des kommunalen Verfassungsrechts 1995 in zwei Punkten geändert werden soll, ist aus der Sicht der Landesregierung zu begrüßen. Er stellt eine sinnvolle Ergänzung der neuen **Direktwahlvorschriften** dar. Diese werden materiell nicht angetastet, aber verfahrensmäßig verbessert. Die Verbesserungen sind kommunal- und wählerfreundlich zugleich.

Kommunalfreundlich sind sie deswegen, weil damit der mit einer Direktwahl verbundene Verwaltungs- und Kostenaufwand vermindert werden kann. Die Direktwahl wird kostenmäßig eine „kleine

Kommunalwahl“ sein, und in der Zeit knapper Kassen liegt es daher nahe, zumindest die Möglichkeit zu eröffnen - mehr ist nicht vorgesehen -, am Tage der Kommunalwahl 1998 zugleich eine demnächst anstehende Direktwahl durchzuführen. Ich sehe darin einen guten Beitrag zu den allgemeinen Bemühungen um die Vermeidung unnötiger Verwaltungshandlungen und um die Minimierung der Verwaltungskosten in den Kommunen und meine, daß die Bedenken, die möglicherweise gegen die Verbindung zweier unterschiedlicher Wahlen bestehen, nicht stichhaltig sind.

Die vorgesehene Regelung ist aber auch wählerfreundlich. Sie kann den Wahlberechtigten einen weiteren Urnengang innerhalb kurzer Frist nach der Kommunalwahl ersparen. Außerdem wird die Verlängerung der Frist für eine Stichwahl von drei auf vier Wochen es den Wahlberechtigten ermöglichen, trotz der unter diesem Gesichtspunkt ungünstig liegenden Osterferien 1998 an einer eventuell erforderlich werdenden Stichwahl teilzunehmen.

Nicht zuletzt wird man sagen können, daß mit der Ermöglichung eines vorgezogenen Wahltermins - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister:

Wenn ich den Satz noch zu Ende führen darf, dann gern. - Nicht zuletzt wird man sagen können, daß mit der Ermöglichung eines vorgezogenen Wahltermins der Sache der Direktwahl ein guter Dienst erwiesen würde. Es spricht vieles dafür, daß die Wahlbeteiligung bei einer terminlich zusammengefaßten Wahl besser sein dürfte als bei einer kurz nach der Kommunalwahl stattfindenden getrennten Direktwahl.

(Zuruf: Das war aber ein langer Satz!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Sie haben jetzt das Wort, Herr Abgeordneter!

Klaus Schlie [CDU]: Herr Minister, ist es richtig, daß es nur dieses eine Mal überhaupt zutrifft, daß von dieser Regelung Gebrauch gemacht werden könnte, und können Sie uns vielleicht mitteilen, wie viele Kommunen 1998 von dieser Regelung betroffen sein werden, damit wir die Kosteneinsparung ungefähr abschätzen können?

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister:

Ich kann Ihnen nicht sagen, wie viele Kommunen davon betroffen sein werden. Nach einer Schätzung sind es jedenfalls weniger als zwei Dutzend, soweit ich es in Erinnerung habe.

Im übrigen möchte ich, um auf Ihre Ausführungen zur Notwendigkeit von Gesetzen zu rekurrieren und auch auf das, was der Abgeordnete Kubicki sagte, noch folgendes anfügen: Wir alle wissen, wie dieses Riesenpaket „kommunales Verfassungsrecht“ zustande gekommen ist, bis hinein in wochenendliche Nachtsitzungen. Daß sich bei einem solchen großen Werk wie diesem nach einer gewissen Zeit das eine oder andere als verbesserungs- und novellierungsbedürftig zeigt, ist, glaube ich, ganz selbstverständlich. Von daher bin ich auch sehr offen im Ausschuß, wenn die eine oder andere Sache dort noch mit novelliert werden soll. Wir werden jedenfalls von unserer Seite gern und schnell das an Formulierungshilfe leisten, was erforderlich ist, um den Ausschuß in der notwendigen Zeit mit den notwendigen Formulierungen zu versehen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf dem Innenausschuß - ich gehe davon aus, dem Innenausschuß allein - zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 4:

Situation der Milchwirtschaft

Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 14/280

Antwort der Landesregierung
Drucksache 14/411

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich das Wort Herrn Minister Wiesen zur Beantwortung der Großen Anfrage.

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Milchwirtschaft ist in Schleswig-Holstein die wichtigste Sparte der Landwirtschaft. Von einer Wertschöpfung von gut 4 Milliarden DM in Schleswig-Holstein, die die Landwirtschaft erwirtschaftet, stammen 1,36 Milliarden DM aus der Milchproduktion, aus der **Milchwirtschaft**. Deshalb ist das Augenmerk der Landesregierungen schon immer - und auch dieser Landesregierung natürlich - besonders auf den Milchmarkt gerichtet, um die wirtschaftlichen Chancen, die sich daraus ergeben oder ergeben könnten, zu nutzen, soweit das in Händen der Landesregierung oder der Politik überhaupt möglich ist.

Dabei wissen wir alle, daß in der Vermarktung der Milch ein großer Schwachpunkt in Schleswig-Holstein steckt oder zumindest gesteckt hat, daß wir Probleme haben, uns in der Produktentwicklung, in der Erneuerung unserer Produktideen offen genug in die Märkte hineinzugeben,

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

was dringend notwendig wäre, wenn wir mit der Milch mehr Geld verdienen wollen, als dies heute der Fall ist.

Da die Landesregierung den wichtigen Produktionszweig Milch immer im Auge hatte und auch hat, gibt es regelmäßig umfangreiches Material zur Milchproduktion, -verarbeitung und -vermarktung in Schleswig-Holstein. Die Milch spielt nicht nur in dem jährlich von uns herausgegebenen Agrarreport eine wichtige Rolle,

sondern wir geben jährlich - dies ist gerade vor ein paar Tagen wieder geschehen - extra Statistiken zur Milchwirtschaft heraus. Ich meine daher, daß genügend Zahlen und Fakten vorhanden sind.

Wir haben uns überlegt, wie man die Informationen für eine solche Große Anfrage aufbereiten könnte, ohne sich viel Arbeit zu machen. Wir mußten uns aber an die Systematik der von der CDU-Fraktion eingebrachten Fragen halten und viele Zahlen neu zusammentragen, weil sie jeweils in anderem Zusammenhang und an anderer Stelle verfügbar waren. Das führt dann dazu, daß die Beantwortung einer solchen Großen Anfrage - ich sage das völlig unkritisch, aber doch zur Information des Hohen Hauses - nach unseren überschläglichen Berechnungen etwa 11 000 DM an Personalkosten und 300 DM an Sachkosten verursacht.

(Vizepräsident Dr. Eberhard
Dall'Asta übernimmt den Vorsitz)

Was den Informationsgehalt angeht, so steht in der Antwort auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion zur Situation der Milchwirtschaft nicht so schrecklich viel Neues, weil diese Daten alle vorhanden sind. Dennoch, denke ich, muß man ein paar Dinge dazu sagen.

Wir haben - sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in der Europäischen Union - auf dem Milchmarkt insgesamt eine deutliche Überversorgung, und dies, obwohl über das Instrument der Quoten ein durchaus dirigistischer Markteingriff stattgefunden hat, der eigentlich die Balance von Angebot und Nachfrage auf dem Milchsektor beziehungsweise in der gesamten weißen Palette, das heißt in der Palette der Milchprodukte, herbeiführen sollte.

Es steht zur Zeit die Frage an, wie man die **Milchmarktordnung** künftig gestalten wird, die ja zunächst auf den Zeitraum von 1984 bis zum Jahre 2000 begrenzt ist. Ich denke, dies ist eine Frage, die unsere Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter, vor allem die jüngeren Leute, außerordentlich stark interessiert; denn aufgrund der Antwort auf die Frage, unter welchen Rahmenbedingungen nach dem Jahre 2000 Milch produziert wird, entscheidet sich vielfach, ob eine Investitionsentscheidung, die heute getroffen wird, richtig oder falsch ist. Das heißt, erst durch eine frühzeitige Orientierung im Hinblick auf die Frage, wie es mit der

Milchmarktordnung weitergeht, wird es den Landwirten möglich gemacht, eine zukunftssichere Investitionsentscheidung zu treffen.

Wir haben mit Verbänden und Organisationen der Landwirtschaft und der Milchwirtschaft bis hin zum Handel eine Vielzahl von Konferenzen durchgeführt, um herauszufinden, wie sich Schleswig-Holstein im Geflecht der Interessen, die von den 16 Mitgliedstaaten der Europäischen Union ausgehen, aber auch bei den Ländern der Bundesrepublik sehr unterschiedlich sind, positionieren könnte. Dabei ist klar, daß wir nicht alleine werden handeln können, sondern daß man zunächst einmal die Interessenlagen des Bundes und der Bundesländer zusammenführen muß. Deshalb hat Schleswig-Holstein dies bereits im vergangenen Jahr auf die Tagesordnung der Agrarministerkonferenz gesetzt und eigene Vorschläge zur Weiterentwicklung des Milchmarkts eingebracht.

Wir gehen davon aus, daß wir uns dem Markt immer stärker zuwenden müssen, daß aber zumindest für die nächsten fünf, sechs Jahre die **Milchquoten** als Instrument erhalten bleiben müssen. Es sieht so aus, als ob sich diese Meinung in der Europäischen Union durchsetzt, wobei sehr strittig ist, ob die Position, die die Mehrzahl der Bundesländer und die Bundesregierung vertreten, nämlich eine Quotenkürzung vorzunehmen, akzeptabel ist; denn Agrarkommissar Fischler überlegt laut vor sich hin - was ich ihm nicht übelnehme -, ob es, statt Mengenbegrenzungen vorzunehmen, nicht sinnvoller wäre, daß unsere Landwirtschaft auch im Bereich Milch künftig einen größeren Beitrag zur Welternährung als bisher leistet. Ich halte solche Überlegungen für richtig. Wieweit sie angesichts einer neuen WTO-Runde auf dem Weltmarkt und in den Verhandlungsrunden durchsetzbar sind, ist eine ganz andere Frage.

Richtig ist, daß es noch längst keine auch nur halbwegs stabile Meinung zwischen den Bundesländern und der Bundesregierung in der Frage gibt, wie die Quote künftig ausgestaltet werden soll. Richtig ist, daß wir eine möglichst saubere und stabile Balance zwischen Angebot und Nachfrage brauchen. Wir müssen die Nachfragemacht des Handels einkalkulieren, der sich leider immer weiter konzentriert und die Märkte zunehmend vermachet und die

Lockvogelangebote für seine Kunden in der Regel in der weißen Palette sucht. Der Preiswettbewerb der Meiereien untereinander macht dem Handel eine solche Politik leicht und schadet der Milchwirtschaft im Lande.

Was die künftige Ausgestaltung der Marktmechanismen angeht, so wird - ich sagte es schon - die Milchmarktordnung in den Grundzügen sicherlich erhalten bleiben. Ob wir Hof-, Meiereiquoten, Regionalquoten, Quotenpools oder ähnliches kriegen, ist noch offen. Wir müssen die Marktinstrumente weiterhin, und zwar wirksamer als bisher, anwenden. Die Weiterentwicklung der Quote über das Jahr 2000 hinaus muß sich an vier Punkten orientieren: der stärkeren Stellung der aktiven Milcherzeuger, der Lösung der Altpachtenproblematik, der Verminderung der Werthaltigkeit der Quote und der Aufhebung der Flächenbindung.

Alle diese Ziele und Kriterien dienen im Grunde genommen einem Ziel: Bei der künftigen Gestaltung des Milchmarktes muß, auch wenn man allen alles gönnt, der Landwirt Vorrang haben, der weiter wirtschaftet beziehungsweise wirtschaften will. Dies muß Priorität haben.

(Beifall im ganzen Hause - Claus Ehlers [CDU]: Der letzte Satz war richtig!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Jensen-Nissen.

Peter Jensen-Nissen [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Herr Minister, Ihr Hinweis darauf, was denn die Beantwortung der Großen Anfrage gekostet hat und welche Materialkosten entstanden sind, war nicht ganz fair. Sie wissen, daß trotz des umfangreichen statistischen Materials, dessen Vorliegen niemand bestreitet, durch diese Große Anfrage in bezug auf den Milchmarkt und die Milchwirtschaft Perspektiven aufgezeigt worden sind, die ich begrüße und wofür ich mich insbesondere auch bei den Mitarbeitern Ihres Hauses bedanke.

(Beifall)

Ich will Ihnen ganz deutlich sagen, daß ich es für unangemessen halte, das in diesem Zusammenhang noch einmal darzustellen, da dies möglicherweise eine der populistischen Meldungen des Tages sein wird. Das wird dem Problem in der Tat nicht gerecht.

Die Milchproduktion, die **Milchwirtschaft** als solche und als Teil der Agrarwirtschaft hat in der Bundesrepublik eine herausragende Bedeutung. Ohne das, was in der deutschen Milchwirtschaft gedacht und an Zukunftsperspektiven entwickelt wird, wird aus meiner Sicht auf europäischer Ebene nichts laufen. Insofern ist das, was wir als Ergebnis der Großen Anfrage haben, die Stellung der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft, die wir in einer gemeinsamen Diskussion im Konsens mit einbringen müssen, um in der Diskussion in der Europäischen Union die Weichen gerade für die zukunfts- und wegweisenden Entscheidungen des Jahres 2000 zu stellen, für mich ausschlaggebend und von hoher Priorität.

Sie haben Zahlen genannt. Ich will heute nicht zu sehr die Statistik bemühen, da ich denke, daß es wichtiger ist, über die zukünftigen Wege nachzudenken und aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Richtig war und ist, Herr Minister, daß wir nach dem Desaster des Jahres 1991 in der Milchwirtschaft und den Problemen, die wir mit der letzten Betriebsschließung in Rendsburg haben, wo übrigens die letzte Abfüllanlage für Mehrwegflaschen, die ja von der Landesregierung gefördert worden ist, dichtgemacht worden ist, anhand des Ergebnisses der Großen Anfrage erkennen, daß auch anhand der Milchauszahlungspreise eine gewisse Stabilisierung in die Milchwirtschaft hineingekommen ist. Natürlich wird die Frage, inwieweit wir frische Produkte durch die Marktnähe und Dauermilchprodukte für die Grundabsicherung produzieren, auch in Zukunft von entscheidender Bedeutung sein. Aber es wird doch genauso von entscheidender Bedeutung sein, inwieweit sich hausgemachte Probleme, Grundwasserabgabe, Abfallabgabe, auf die Umwelt, auf die Produktion niederschlagen und inwieweit sich die **Umweltgesetzgebung** des Landesgesetzgebers auf die Produktionskosten der Betriebe niederschlägt. Auch das wird eine Rolle spielen. Ich sage Ihnen sehr deutlich, daß diese Frage im Lande immer wieder diskutiert werden muß. Ich denke, wir werden da nicht locker lassen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade vor diesem Hintergrund ist es auch wichtig, daß wir beim Betrachten der Zahlen feststellen: Die Betriebsergebnisse der schleswig-holsteinischen Betriebe sind im Bundeskonzert gar nicht so schlecht. Wir stellen fest, daß unsere Landwirte trotz der Probleme kostenbewußt wirtschaften. Wir stellen fest, daß sie sich durchaus behaupten können. Die Referenzmenge pro Betrieb mit rund 250 000 l Milch ist, gemessen am europäischen Mittel, beachtlich und vergleichbar mit derjenigen in Dänemark. Gerade dies ist auch vor dem Hintergrund der Weiterentwicklung der Europäischen Union wichtig.

Ferner hat die Große Anfrage ergeben, daß das, was die Landesregierung immer als hehres politisches Ziel postuliert, nämlich der Einstieg in den ökologischen Landbau - das sollten sich die Grünen einmal näher angucken -, gerade in der Milchwirtschaft äußerst schwierig ist. Mit 0,13 % an der Produktion beteiligt zu sein, bedeutet im Grunde genommen nicht einmal mehr eine Nische, sondern daß es schlichtweg nicht vorhanden ist. Wenn Sie sehen, wieviel Milch in welchen Betrieben verarbeitet wird, wird deutlich, wie schwierig dieser Weg ist. Gleichwohl, denke ich, sollten wir ihn auch durch politische Zielsetzungen mit begleiten, um damit letzten Endes diese Möglichkeit für Einzelbetriebe zu eröffnen. Ich denke, diese Dinge sind durchaus wichtig.

Wir sollten uns ferner damit beschäftigen - Sie haben das ja im Ansatz getan -, was dann hinsichtlich der Milchquoten möglich ist.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Matthiessen?

Peter Jensen-Nissen [CDU]:

Ja, gerne.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Bitte schön.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Jensen-Nissen, ich nehme an, Sie werden den Bericht gelesen haben.

Peter Jensen-Nissen [CDU]:

Ich habe ihn viermal gelesen!

(Beifall bei der CDU)

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Teilen Sie mit mir die Ansicht, daß 0,5 % der Milch biologisch erzeugt werden? Sie haben eben ganz andere Zahlen genannt.

- Wenn Sie hineingucken, steht da „Direktvermarktung“, Herr Kollege Matthiessen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sechsfach!)

Wir wollen das nicht miteinander verwechseln. Ich glaube, auch wenn es 0,5 % anstatt 0,13 % sind, zeigt dies die Bedeutungslosigkeit. Insofern zeigt dies deutlich - das will ich sagen -, wie realistisch Betriebsleiter ihre Chancen in dieser Frage einschätzen. Wenn wir die Kapazitäten zur Verarbeitung in den Betrieben nicht haben und dort den Absatz nicht organisieren können, weil wir an den Verbrauchern scheitern, weil sie dies nicht nachfragen,

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

dann sollten wir doch sehr deutlich machen, daß dies nur ein Nischenweg ist, aber kein Weg für die Landwirtschaft als solche.

Sie haben auch sehr deutlich gemacht, daß wir uns über die Ausgestaltung der **Milchquote** Gedanken machen müssen. Dies ist einer der entscheidenden Ansätze. Wir wissen, daß die schleswig-holsteinische Milchwirtschaft im europäischen Konzert gut dasteht, und wir wissen, daß schleswig-holsteinische Landwirte, gerade jüngere Landwirte, nach der 33. Veränderungsverordnung zur Milchgarantiemengenverordnung sehr deutlich sagen: Mit diesem System können wir nicht weiter so leben. Ich will sagen: Ein System „Weiter so“ wird es nicht geben können. Die Kommission zeigt einen Weg auf. Herr Fischler - Sie haben das schon

genannt - hat sehr deutlich gesagt: Regionale Liefermenge mit einer Mengenbegrenzung pro Hof, Preise um 20 % runter, plus Ausgleichszahlung. Herr Minister, wenn wir diesen Weg gehen und ihm eine Präferenz geben, dann sage ich Ihnen sehr deutlich, daß mir angst und bange wird, weil ich weiß, was dann letzten Endes bei flächenbezogenen Prämienzahlungen und bei tierbezogenen Prämienzahlungen an Verwaltungskosten auf uns zukommt. Dies wäre dann in der Tat kaum mehr zu bewältigen. Deshalb, denke ich, sollten wir diesen Weg aus bundesrepublikanischer Sicht nicht mitgehen.

Wenn wir einer Totalliberalisierung des Milchmarktes das Wort reden würden, dann muß man sich in diesem Kontext natürlich auch mit den Produktionskosten auseinandersetzen. Wenn ich dann in einer betriebswirtschaftlichen Vollkostenrechnung feststelle, daß ich in der Bundesrepublik rund 76 Pfennig pro Kilogramm Milch brauche, um die Gewinnschwelle zu überschreiten, während ich dafür in Irland immer noch 56 Pfennige brauche und in Neuseeland und in den USA in einer Größenordnung von etwa 35 bis 38 Pfennigen liege, dann weiß ich, welchen schwierigen Weg wir gehen würden, wenn wir dem Gedankengut einer vollkommenen Liberalisierung nachhängen würden. Ich warne jeden vor diesem Versuch. Gleichwohl müssen wir uns doch damit auseinandersetzen, weil das, was die Kommission betreibt, eine eindeutige Preisdruckpolitik ist. Die Nachfragemacht des Handels - das hatten Sie schon ausgeführt; Sie haben es ja bei der Großen Anfrage sehr deutlich angesprochen -, aber auch die Politik der Kommission

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

im zweiten Jahr der WTO zeigen sehr deutlich, daß die Exportmöglichkeiten der europäischen Milchwirtschaft nicht genutzt werden. Mit einer Ausnutzungsquote der Exportmöglichkeiten bei Käse von 74 % und bei Magermilchpulver und anderen Produkten von nur 30 % ist das schlichtweg ein mittlerer Skandal.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies muß durch eine konzertierte Aktion durch die Bundesländer und die Bundesregierung durchbrochen werden, weil nur so die Chancen der

schleswig-holsteinischen und der deutschen Milchwirtschaft gewahrt bleiben. Ich sage Ihnen deshalb ganz deutlich, daß als Konsequenz aus dieser Diskussion die nationale Handelbarkeit der Milchquoten ein Ziel schleswig-holsteinischer Politik sein muß, daß die bundesweite Saldierung aufrechterhalten bleiben muß und daß das Altpachtproblem einer endgültigen Lösung zugeführt werden muß. Wir sagen ganz deutlich: Die Milch gehört in die wirtschaftenden Betriebe.

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen nur eine Zahl nennen. Die in der Großen Anfrage genannten Vorkosten von 5 bis 6 Pfennig pro Liter Milch bedeuten, daß der Landwirtschaft Jahr für Jahr eine Wertschöpfung von rund 110 Millionen DM entzogen wird. Deshalb ist es um so wichtiger, hier anzusetzen, um die Entkapitalisierung der Milchquote zu erreichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Große Anfrage hat in weiten Teilen - ich bedanke mich auch ausdrücklich für die Darstellung der verschiedenen europäischen Quotensysteme - die Grundlage dafür geliefert, wie wir in Zukunft die Diskussion zu führen haben.

Wir werden dies kurzfristig tun müssen. Die Kommission hat angekündigt, daß sie in einem Grünbuch im Frühjahr deutlich machen wird, welche Möglichkeiten der Problemlösung anstehen. Wir müssen unsere Stellungnahme sehr deutlich erarbeiten, auch als Parlament. Dies müssen wir im Agrarausschuß unter Einbeziehung aller Möglichkeiten tun.

Ich weiß, daß dies ein für Sie schwieriges Fachthema ist. Ich bedanke mich trotzdem bei denen, die mir zugehört haben, für ihre Aufmerksamkeit und ihre Geduld.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schröder.

Sabine Schröder [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Jensen-Nissen, wir sind uns einig, daß wir uns über die Bedeutung der **Milchwirtschaft** und die politischen Perspektiven unterhalten sollten.

Dennoch habe ich überhaupt nicht verstanden, wieso Sie mit Ihrer Großen Anfrage Datenmaterial abfragen, das uns jährlich sowieso vorliegt. Hinzu kommt noch der **Rindfleischreport** der Landwirtschaftskammer. Wenn Sie beantragt hätten, daß wir aufgrund dieser Datenlage über die Perspektiven reden, hätte ich das für in Ordnung gefunden. Aber das Zusammenschreiben der vorliegenden Daten habe ich schlichtweg für unsinnig gehalten - ebenso einzelne Fragen.

Sie fragen zum Beispiel nach den aufgebenden Betrieben. Auf diese Frage kann man nur spekulativ antworten. Kein Mensch kann Ihnen sagen, wie viele das sind. Man könnte höchstens rückblickend sagen, wie viele aufgegeben haben und welche Folgen das hat. Wir sollten nicht Beschäftigungstherapie für Ministerien, die teuer genug sind, betreiben.

Ich komme zum Grundsätzlichen. Richtig ist, daß auch schleswig-holsteinische Futterbaubetriebe - letztlich auch durch die **BSE-Krise** - in Bedrängnis geraten sind. Der 70prozentige Anteil in Schleswig-Holstein zeigt die Bedeutung dieser Betriebe auf.

Man kann den Rindfleischmarkt schlecht vom Milchmarkt trennen.

Das „Bauernblatt“ berichtet in seiner jüngsten Ausgabe, daß durch die BSE-Krise nach einer Unternehmensstudie 10 000 Arbeitsplätze verloren gingen. Der Rindfleischmarkt sank um 20 bis 30 %, entsprechend der Fleischerlös. Dies führte pro Betrieb zu **Einkommenseinbußen** von durchschnittlich 22 000 DM. Das ist schlimm.

Der Preiseinbruch bei der Milch - davon haben auch Sie gesprochen - um lediglich 2 Pfennig ist relativ gering. Man muß jedoch die teureren Kraftfutterpreise gegenrechnen.

Schleswig-Holstein liegt mit seiner **Milchproduktion** über dem Bundesdurchschnitt. 1995 wurde ein Drittel des Produktionswertes in der Landwirtschaft an die Kuhhalter gezahlt. Der Abstand im Einkommen zwischen Marktfruchtbetrieben und Futterbaubetrieben hat sich Gott sei Dank verringert. Auch Sie, Herr Jensen-Nissen, sprachen von einer gewissen Stabilisierung.

Der **Strukturwandel** in der Landwirtschaft macht sich allerdings auch in den milchverarbeitenden Betrieben bemerkbar. Die Zahl der Rinder ist quotenbedingt rückläufig. Die Bestände wachsen durchschnittlich um 2,4 %. Die Anzahl der Milchkuhhalter sinkt. Die Betriebsgröße stieg von 22,5 auf 79,4 ha. Dennoch stieg die Milchproduktion. Kurz gesagt: Weniger Betriebe, größere Höfe, mehr Produktion!

Dem entspricht auch der Konzentrationsprozeß in den **Meiereien**. Gab es in Schleswig-Holstein/Hamburg 1984 noch 72 Meiereien, so sind es 1994 noch ganze 31.

Auch wenn 87 % der Milch in Schleswig-Holstein verarbeitet werden, muß festgestellt werden, daß 55 % der Milchlieferungen an ganze drei Unternehmen gehen. Der Konzentrationsprozeß ist nicht aufzuhalten.

In der **Vermarktung** bestehen - der Minister wies darauf hin - erhebliche Defizite. Immer noch werden 36 % der Milch zu Milchpulver verarbeitet, und 7,8 % - auch darauf wiesen Sie hin - gehen in die EU-Staaten. Der Export wird nicht ausreichend genutzt.

Bei der Käseproduktion überwiegt der Anteil des Schnittkäses mit drei Vierteln. Die Vielfalt des Angebots läßt zu wünschen übrig, insbesondere im Vergleich zu Frankreich.

Aber auch der **ökologische Landbau** - Herr Kollege Matthiessen! - weist in der Vermarktung erhebliche Defizite auf. 0,5 % - der Kollege Matthiessen hat recht - bedeuten, daß er entwicklungsbedürftig ist, aber aus meiner Sicht nicht bedeutungslos.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Einladung des Ministers für ländliche Räume zur besseren Vermarktung vor einem Monat zeigte nur wenig Resonanz in der Zuhörerschaft auf die vorbildliche Initiative der Meiereien Holtsee, Adelby und Ascheberg-Bordesholm. Diese drei Unternehmen haben durch private Hilfen und durch die ausgezeichnete Beratung der Landwirtschaftskammer ein kostensenkendes

Modell vorgestellt, in dem durch Kooperation die Anpassung an ISO 2000 vorgenommen wurde.

(Beifall der Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Helmut Plüschau [SPD])

Nur schwerfällig entwickeln sich **Erzeugergemeinschaften und Kooperationsmodelle** der Unternehmen. Obwohl die Leistungsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Milchwirtschaft außer Frage steht, darf sie in der Konkurrenz zu den neuen Bundesländern, aber auch zum Ausland bis hin zu Neuseeland und Australien ihre Chancen nicht verspielen. Das sieht auch die Brüsseler Kommission so. EU-Kommissar Fischler hält zwar die Abschaffung der Quote zur Zeit für undenkbar, will aber durch die Absenkung der Ausgleichszahlung um 20 % die **Milchmarktordnung** reformieren und den internationalen Wettbewerb stärken.

Die Anhebung der **Garantiemengen** hat langfristig schon das Ziel, die Quote abzuschaffen. Er will zudem die Garantiemengen in A-Quoten für den Binnenmarkt und B-Quoten für die Ausfuhr staffeln. Ausgleichszahlungen - so Fischler und nicht Matthiessen - sollen mit ökologischen Kriterien verbunden werden.

In eine ähnliche Richtung ging auch die Diskussion in der Einladungsrunde der Landesregierung zu den Milchquoten und zur Milchverarbeitung mit Landwirten, Wissenschaftlern, Politikern und verarbeitenden Betrieben. Ich ermutige die Landesregierung ausdrücklich, auf diesem Weg die Überzeugungsarbeit fortzusetzen. Dies gilt auch für den ökologischen Landbau. Die Politik kann nur Rahmenbedingungen setzen. Unternehmen müssen unternehmerisch tätig werden.

(Beifall des Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD])

Zum Schluß zitiere ich die Eckwerte des Beschlusses der **Agrarministerkonferenz**. Minister Wiesen hat auf seine Initiative hingewiesen.

Die Stellung der aktiven Milcherzeuger muß gestärkt werden. Die Altpachtproblematik in den alten Ländern ist einer sachlich und rechtlich

vertretbaren Lösung zuzuführen. Die Werthaltigkeit der Quote soll durch geeignete Maßnahmen zurückgeführt werden. Die Flächenbindung ist aufzuheben. Dabei muß zur Sicherung der Milchstandorte die Übertragbarkeit der Quoten weiterhin möglichst großräumig möglich sein. Die in den neuen Ländern geltende Übergangsregelung soll bis zum 31. März 2000 verlängert werden. Ein abrupter Systemwandel soll vermieden werden. Die Einführung eines sogenannten Poolsystems wird nicht befürwortet. Die staatlichen Lenkungsingriffe sind auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Die Eigenverantwortlichkeit des Milcherzeugers muß im Vordergrund stehen.

Die schleswig-holsteinische Milchwirtschaft hat eine gute Startposition. Sie sollte sie nutzen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Nun liegt er also vor, der Bericht, 50 Seiten mit vielen Tabellen. Ich habe ein gewisses Verständnis für die Kolleginnen und Kollegen, die jetzt nicht unter uns weilen. Wir leben eben in einer immer mehr urbanisierten Welt.

(Zurufe)

- Das ist objektiv und nachweisbar!

Gleichwohl läßt sich feststellen, daß die **Milchwirtschaft** für unsere Landwirtschaft einen enormen Stellenwert besitzt, wie es der Bericht auch zum Ausdruck bringt. Ein Drittel der gesamten Wertschöpfung der Landwirtschaft kommt aus den **Futterbaubetrieben**. Sie stellen 70 % aller landwirtschaftlichen Betriebe.

Überraschendes hat der Bericht im übrigen nicht zutage gefördert. Schleswig-Holstein liegt im main stream der EU-Agrarpolitik. Der Strukturwandel läßt die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe sinken. Die Intensität der Produktion nimmt zu, der landwirtschaftliche Erlös insgesamt sinkt, und sei es nur durch Stagnation bei steigenden Kosten. Die

Zahl der Beschäftigten geht zurück. Vergleichbares findet man für den nachgelagerten Sektor der abnehmenden Hand - also neben Bauernsterben auch Molkereiersterben. Der Bericht drückt diese Tendenzen in unterschiedlichen Gesichtspunkten immer wieder aus. Interessant sind vielleicht einige schleswig-holsteinische Besonderheiten und die in den neuen Bundesländern vorhandenen Strukturen und ihre Auswirkungen auf unser Bundesland, auf die ich noch eingehen werde.

In der Debatte steht nun wohl an, die Situation politisch zu bewerten. Daher will ich es Ihnen ersparen, aus dem Bericht besonders viel zu zitieren. Er liegt ja vor.

Man kann die Entwicklung begrüßen, hinnehmen oder - wie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN es schon immer bewertet haben - die Entwicklung verurteilen. Dabei spielt historisch die von der **EWG** vor fast vierzig Jahren eingeleitete Agrarpolitik eine entscheidende Rolle. Bis dahin wurde die Landwirtschaft in einer kleinen, vielfältigen Struktur auf vielen Bauernhöfen mit relativ geringem Betriebsmittelaufwand und hohem Arbeitsaufwand betrieben. Gleichzeitig hatte man einen hohen Grad an Selbstversorgung. Diese Struktur dümpelte ziemlich stabil, aber volkswirtschaftlich träge neben dem explodierenden Wirtschaftswunder dahin.

Vor diesem Hintergrund wurde die geniale Agrarpolitik von einer noch jungen EWG entwickelt: Förderung einer vermeintlich konkurrenzfähigen Landwirtschaft mit Subventionen, als einzelbetriebliche Förderungsprogramme, und dadurch gleichzeitig permanenter Preisdruck auf das untere Drittel des Rationalisierungsstandes der landwirtschaftlichen Betriebe. Die Politik des „Wachsens oder Weichens“ war erfunden und wurde nach außen als Versehen verkauft. Keine Generation von Agrarpolitikern, die nicht gegenüber ihren bäuerlichen Wählern ihr Bedauern über die Lage über die schlechten Preise zum Ausdruck brachte. Jeder Agrarminister wird nach Brüssel geschickt, recht hart zu verhandeln - von einem Bauernverbandsvertreter, der gleichzeitig in Aufsichtsräten, Vorständen und Gremien an dem Verkauf der bäuerlichen Landwirtschaft an Industrie und Banken mitwirkt, und in der Regel ist er gleichzeitig Funktionär einer bürgerlichen Partei,

meistens mit einem „C“. - Die Zinsen für die Kredite mindern den landwirtschaftlichen Gewinn um mehr als ein Drittel. Das heißt, jeder dritte Hektar wird für die Banken bewirtschaftet, jede dritte Kuh wird für die Banken gemolken. Dieser Strukturwandel wird als unausweichlich dargestellt, als würde er mit naturgesetzlicher Zwangsläufigkeit stattfinden, und er ist doch nur Ergebnis menschlich-politischen Handelns.

Die skizzierte Entwicklung wird vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht mitgetragen. Die **Intensivierung der Landwirtschaft** im konventionellen Sinne ist ökologisch und ökonomisch nicht tragfähig. Wie aus dem Bericht nur mittelbar hervorgeht, nimmt mit der Steigerung der Leistung der einzelnen Kühe gleichzeitig ihre Lebensleistung ab. Bei weniger als drei Laktationsperioden, also weniger als drei geborenen Kälbern im Leben einer Kuh, wird die Züchtung auf der weiblichen Seite schon aus statistischen Gründen ein Problem. Daher auch die Bemühungen, diesen Mangel mit Embryotransfer technisch auszugleichen.

Der Leistungssteigerung kann auch mit einer Erhöhung der Grundfutterleistung durch Züchtung nur in Grenzen begegnet werden. Der erhöhte Kraftfuttereinsatz ist unausweichlich. Das hat Folgen. Der Wiederkäuer, der eigentlich über seine Vormägen uns nicht zugängliche Nahrungsquellen erschließt, dieser Wiederkäuer wird zum Nahrungskonkurrenten des Menschen. Noch nie wurden in der Weltgeschichte pro Kopf so viele Nahrungsmittel erzeugt wie heute, und noch nie haben so viele Menschen gehungert. Wir importieren so viele Futtermittel, wie es einer Erweiterung unserer landwirtschaftlichen Nutzfläche um ein Drittel entspricht. Die Ernährung eines einzelnen Bundesbürgers verursacht 3200 kg CO₂ im Jahr. Die Landwirtschaft und mit ihr die Milchwirtschaft ließe sich ganz anders entwickeln. Nachhaltiges Wirtschaften, die Grundsätze der AGENDA 21, bedeuten auch Intensität und nicht Technikverzicht, aber in eine andere Richtung gedacht.

Zwei Hauptfaktoren - billige Energie in scheinbar unbegrenzter Menge und permanenter Preisverfall für landwirtschaftliche Erzeugnisse - müssen vom Prinzip des Energiesparens und angemessener Preise her abgelöst werden. Dem versuchte die Europafraktion vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu begegnen bei der **Milchmengengarantieverordnung** mit der Abstufung der Subventionen nach der Differenzmenge. Das heißt, je größer die Quote, desto kleiner sollte der Zuschuß werden. Das hätte eine Menge Bauern und Bäuerinnen vor der Verdrängung aus ihrem geliebten Beruf bewahren können. - Kein großer hätte einen kleinen Betrieb unter Mitnahme dieser Förderung wegpachten oder leasen oder kaufen können. Das ließ sich aufgrund der Mehrheitsverhältnisse nicht durchsetzen, und so bleibt der Blick auf die landespolitischen Möglichkeiten innerhalb der europäischen und nationalen Rahmenbedingungen. Da trifft der Bericht mit offenen Worten richtige Feststellungen. In Schleswig-Holstein werden aus Milch nur zu 40 % Marktprodukte hergestellt, im Bundesdurchschnitt sind es 70 %. Warum ist das so, oder besser gefragt, warum ist das so schlecht in diesem Lande? Eine tragende Rolle in dieser Entwicklung spielt die lange Zeit strukturführende Stellung unseres Bundeslandes im Vergleich. Damit setzte die Landwirtschafts- und Ernährungsindustrie einseitig auf Interventionsprodukte statt auf den Markt. Kaum wurden Spezialprodukte entwickelt, kaum Märkte erobert, Marktnischen gesucht und bedient. Letztlich führte das auch mit zur MGM-Platte.

Innerhalb der alten Bundesländer besteht die strukturführende Rolle fort, auf der man sich so lange ausgeruht hat, wie der Bericht ausweist. Die in den östlichen Bundesländern bestehenden Strukturen öffnen jedoch die Augen für die gemachten Fehler, aus deren Logik sich die Verantwortlichen nur sehr langsam zu lösen vermögen.

Der Bericht sagt auch aus, daß die Masse der **Biomilch** nicht in entsprechende Sondervermarktungskanäle fließt. Der Bericht verschweigt, daß man sich mit der Biomilchabfüllung in Rendsburg an die verkehrte Struktur gehängt hat, anstatt einer kleineren Molkerei mit einem Bioprogramm das Überleben zu sichern. So kommt es, daß wir heute im schleswig-holsteinischen Naturkostfachgeschäft Milchprodukte aus Waging am See finden. Wo liegt Waging am See?

(Zuruf: In Bayern am See!)

- Es liegt fast an der österreichischen Grenze und hat mit meinem Parteifreund Sepp Daxenberger, gelernter Schmied, Bauer und Landtagsabgeordneter, einen hauptamtlichen grünen Bürgermeister. Als ich ihn im vergangenen Jahr besuchte, besichtigten wir die Molkerei Berchtesgadener Land. Mit berechtigtem Stolz führte uns der Direktor dieser Genossenschaft durch seinen genossenschaftlichen Betrieb. Dort gibt es drei Vollsortimentsschienen mit jeweils über 100 Produkten: sogenannte Normalmilch, eine Demeter-Schiene, deren Produkte man bei uns in den Bioläden wiederfindet,

(Zuruf von der CDU: 1000 km weg!)

- genau, das bedaure ich ebenfalls, diese langen Transportwege, Peter Jensen-Nissen - und eine Bergbauern-Milchschiene, wobei sich die Bergbauern-Milch durch die Hanglage der Betriebe von den normalen Bauernhöfen unterscheidet, die nach unseren schleswig-holsteinischen Maßstäben gerechnet ebenfalls recht gebirgig liegen.

Was können wir also von Waging am See lernen?

Erstens. Bei uns fehlt hier im Land ein Betrieb zur **Verarbeitung von Biomilch**. Dabei sollte man an bestehende Betriebe anknüpfen, an bestehende Initiativen, und nicht den Fehler von Rendsburg wiederholen.

Zweitens. Man kann sich durch **Orientierung auf Marktbedürfnisse** aus der Zwangsjacke von Preisdruck und strukturellen Nachteilen befreien. Denn in winzigen Betrieben in Bayern mit 90 % Nebenerwerb - und das im Gebirge - haben die allein dreimal so hohe Erfassungskosten wie wir hier in Schleswig-Holstein.

Drittens. Es kommt nicht grundsätzlich - Peter Jensen-Nissen, hör mir zu! - auf **Qualitäten** an, die man in einem Produkt messen kann. Denn da könnte man bei der Bergbauern-Milch im Vergleich mit der sogenannten Flachland-Milch lange suchen. Damit will ich auch ein bißchen Dampf aus der Debatte um kommerzielle Bioprodukte nehmen. Nein, in Waging am See wird ein kultureller Hintergrund der bäuerlichen Produktion bonitiert. Die Münchner lieben nun mal ihre Bergbauern, und auf diesen Packungen kann man denn auch einen urwüchsigen vollbärtigen Bergbauern lächeln sehen. Und so sehe ich vor meinem Inneren einen Storch auf grüner

Wiese auf der Packung. Damit greife ich dem Thema ETS-Gebiet vor. In der Eider-Treene-Sorge-Niederung ist es doch denkbar, nach dem Motto Naturschutz und Landwirtschaft eine Region wirtschaftlich zu entwickeln nach dem Biosphärenreservat-Gedanken mit einer extensivierten Landwirtschaft in einem 60 000 ha-Betrieb

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

als natürlicher Grünlandstandort in einem kooperierenden Verhältnis mit dem Naturschutz. Diese 60 000 ha wären genug, um die Rendsburger Molkerei als Standort wiederzubeleben. Es lassen sich allerdings auch bescheidenere Projekte in Angriff nehmen. Wollen wir aber wirklich dem landwirtschaftlichen Strukturwandel, dem Molkereisterben weiter zusehen, wie er in dem Bericht der Landesregierung prognostiziert wird?

Es darf uns nicht entmutigen, daß die Milchsituation hier in Schleswig-Holstein kompliziert ist. Wir müssen solchen Produktqualitäten wie Regionalität, Tiergerechtigkeit, extensivere oder biologische Verfahren, Verfütterung einheimischer Futtermittel in der Erzeugung den Vorrang geben. Dies müssen wir glaubhaft und kontrolliert erwirtschaften und am Markt realisieren.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluß.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ein letzter Satz, Herr Präsident! Die Möglichkeiten der Landesregierung sollten dabei nicht unterschätzt werden. Auch wenn Hans Wiesen und sein Haus für die Situation in Schleswig-Holstein nicht die Hauptverantwortung tragen - er könnte und sollte aber eine wichtige Moderatorrolle für die Zukunftsentwicklung übernehmen, durch mehr Markt den Verbraucherwünschen entgegenzukommen und unsere Landwirtschaft ein Stück weit vor der EU und dem gnadenlosen anonymen Massenmarkt zu bewahren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Schade, daß hier am Rednerpult so ein Glas Milch fehlt, das ein wenig demonstrieren würde, worüber wir uns tatsächlich unterhalten, nämlich über Milch.

(Beifall)

Herr Minister, Ihre am Anfang des Berichts verhaltene geäußerte Kritik an der Großen Anfrage der CDU-Fraktion ist nicht angemessen, wenngleich gut begründet; das muß man anerkennen. Wir alle hier im Hause kennen aber auch Initiativen der Regierungsfractionen, die mit einer ähnlichen Kritik hätten bedacht werden können und bei denen wir uns eine ähnliche Anmerkung gewünscht hätten; ich erinnere an den Berichtsantrag zu den Maschinenringen, zu dem ich hier im Hause schon einmal eine Rede habe halten müssen.

Die Antwort der Landesregierung macht deutlich, daß die entscheidenden politischen **Rahmenbedingungen** in **Brüssel** gesetzt werden. Wir alle danken Herrn Peter Jensen-Nissen, daß er uns so ausführlich über diese politischen Rahmenbedingungen, die wir aus Brüssel brauchen, informiert hat.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Gleichwohl ist Herrn Matthiessen natürlich zuzustimmen, wenn er hier festgestellt hat, daß in der Beantwortung der Großen Anfrage keine Überraschungen liegen. Das ist so.

Die Milchwirtschaft ist - das wußten wir - ein wichtiges Standbein der Land- und Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein. Dies belegt nicht nur die Anfrage, dies belegt auch die von der Landesregierung ebenfalls vorgelegte Statistik der Milchwirtschaft für das Jahr 1995.

Diese umfangreichen Statistiken machen eines deutlich: Im Vergleich der deutschen Länder sind wir Spitze, im EU-Vergleich liegen wir - gerade bei der **Milchleistung** - im Mittelfeld. Das bedeutet, daß der Strukturwandel in der Landwirtschaft weitergehen wird und weitergehen muß, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe zu stärken.

Die Antwort der Landesregierung zeigt, daß das Ministerium die vorgelegten Zahlen in gleicher Weise bewertet. In diesem Punkt herrscht Einigkeit - sofern sich der Minister als Minister geäußert hat und dies nicht seine Privatmeinung war, wie wir es ja vorher gehört haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das müssen wir immer wieder fragen!)

Die grüne Idee vom „Landwirtschaftsmuseum Schleswig-Holstein“, Herr Matthiessen, scheitert an den Rahmenbedingungen; sie führt unsere Betriebe geradewegs in die Pleite.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben Sie mißverstanden!)

Schon die jetzigen Strukturen führen dazu, daß viele Betriebe von der Substanz leben. Das kann so nicht weitergehen.

Der **Milchhauszahlungspreis** ist unbefriedigend, doch kann festgestellt werden, daß gegenüber früheren Diskussionen Schleswig-Holstein nicht mehr das Schlußlicht der alten Bundesländer bildet. Allerdings ist noch immer zu spüren, daß die schleswig-holsteinische Milchwirtschaft zu lange auf die Interventionsprodukte Butter und Magermilchpulver gesetzt hat. Herr Matthiessen erwähnte es - in Schleswig-Holstein werden nur 40 % der Milchanlieferungen gegenüber 70 % im Bundesgebiet zu Marktprodukten verarbeitet. Eine Orientierung am Markt wird langfristig die Einkommen der Landwirtschaft sichern. Diese Orientierung am Markt ist in Schleswig-Holstein noch nicht weit genug fortgeschritten. Herr Peter Jensen-Nissen hat zu Recht gesagt, daß der Direktvermarktungsanteil - dies ist nicht mit Biomilch zu verwechseln - nach wie vor gering ist und gerade 0,13 % der Milchanlieferungen in Schleswig-Holstein umfaßt. Herr Matthiessen, Sie

finden diese Zahlen auf Seite 25 - damit Sie sie nachlesen können.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Dabei darf aber nicht unterschätzt werden, daß die hygienischen Anforderungen an die **Direktvermarktung** bei Milch sehr, sehr hoch sind. Sie bilden eine besondere Hürde. Daher sind die Möglichkeiten der Ausweitung als gering einzuschätzen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der Milch geht es wie uns bei den Grünen: Sie wird schnell sauer!)

Herr Matthiessen hat das Beispiel aus Bayern angeführt und hat zu Recht darauf hingewiesen, daß es nicht nur eine Frage der **Produktqualität** ist, denn die Qualität der Milch aus unseren Betrieben in Schleswig-Holstein ist hervorragend, sondern daß es bei der landwirtschaftlichen Produktion auch auf den kulturellen Hintergrund ankommt. Sie haben aber vergessen zu erwähnen, daß gerade Bayern ein Land ist, in dem dieser kulturelle Hintergrund mit einer besonderen Förderung aus EU- und Landesmitteln bedacht wird. Genau dies fehlt; genau dies wird von der F.D.P. immer wieder bemängelt, daß dieses Land nämlich nicht in der Lage ist, EU-Mittel für die Landwirtschaft in entsprechendem Maße aus den Umweltagrарprogrammen der EU in das Land zu ziehen. Genau dies wäre eine Aufgabe der Regierungsparteien BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD.

(Beifall bei der F.D.P.)

Unter diesen Umständen finde ich Ihre Anmerkungen hier im Hause doch etwas verfehlt. Tun Sie etwas! Sie haben doch die Möglichkeit dazu.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es! - Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Antwort der Landesregierung vermeidet genau wie die Große Anfrage eine Gegenüberstellung der **Gewinne in der Landwirtschaft** mit dem gewerblichen Vergleichslohn. Es ist sehr einfach zu sagen, daß es für unsere Betriebe gar nicht so schlecht aussieht, wenn man sie mit anderen landwirtschaftlichen Betrieben im Bundesgebiet

vergleicht; aber man sollte doch auch einmal den Vergleich zum gewerblichen Vergleichslohn ziehen. Dann stellen wir fest, daß im Wirtschaftsjahr 1994/1995 ein Gewinn von 43 373 DM je Familienarbeitskraft erzielt wurde gegenüber dem gewerblichen Vergleichslohn von 49 000 DM - so der Agrarreport für das Jahr 1996. Diese Gegenüberstellung macht deutlich, daß auch in den milchviehhaltenden Betrieben weniger verdient wird als in der gewerblichen Wirtschaft.

Vor diesem Hintergrund ist es sehr wenig verständlich, daß der Umweltminister dieses Landes bei jeder sich bietenden Gelegenheit zur Umsetzung seiner Naturschutzvorstellungen von der Landwirtschaft finanzielle **Sonderopfer** fordert,

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

so geschehen beispielsweise im Kreis Herzogtum Lauenburg. Seit wann ist es Politik der Sozialdemokraten - das muß ich Sie dann wirklich doch einmal fragen -, von denen, die wenig verdienen, besondere Leistungen zu fordern, die anderen nicht aufgebürdet werden?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Jawohl!)

Diese Politik ist unsozial auch wenn es um Landwirtschaft geht - es ist unsozial.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wie kann eine Regierung bei Betrieben, die von der Substanz leben, auf die Sozialpflichtigkeit des Eigentums pochen? Eigentum ist dazu da, zunächst einmal die eigene Existenz zu sichern. Das Verhalten der Landesregierung ist absurd und zeigt wirtschaftspolitische Verantwortungslosigkeit.

Die Grundlage der Beantwortung der Großen Anfrage ist in Teilen die kürzlich vorgelegte 68seitige Statistik der Milchwirtschaft. Beim Studieren des umfangreichen Zahlenwerks - ich gebe zu, ich habe das nicht viermal gemacht; ich finde, einmal reichte auch -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

lohnt es, darüber nachzudenken, ob der Nutzen dieser von Betrieben und Ministerium geleisteten

Arbeit in einem vernünftigen Verhältnis zum Aufwand steht. Ich bezweifle das, ganz unabhängig davon, welcher Gesetzgeber diesen Zahlensalat - wenn er auch wohl geordnet ist - fordert. Ich glaube, daß man einmal darüber nachdenken müßte, wie Behörden und Betriebe von dieser Mammutarbeit entlastet werden könnten.

(Beifall bei F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Gerckens.

Peter Gerckens [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Große Anfrage zur Situation der Milchwirtschaft zeigt sehr deutlich den voranschreitenden Konzentrationsprozeß in der Landwirtschaft unseres Landes. Den **Strukturwandel**, den die Milchwirtschaft in den letzten zehn Jahren durchgemacht hat, kann man in der Tat als dramatisch bezeichnen. Die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe, die Milch verarbeiten, fällt laufend. Die durchschnittliche jährliche Verarbeitungsmenge pro Betrieb steigt an. Zwar gibt es hier große Schwankungen, doch die Milchkuhbestände pro Betrieb steigen ständig, wobei Schleswig-Holstein hier im generellen Trend liegt, sowohl bundesweit als auch - mit regionalen Unterschieden - europaweit.

Bei den **Meiereien** sieht es kaum anders aus. Die Zahl der Betriebe hat in den letzten zehn Jahren um über die Hälfte abgenommen. Nur noch vier Fünftel der jährlichen Milchanlieferungen werden von schleswig-holsteinischen Meiereien selbst verarbeitet. Viele landwirtschaftliche Betriebe liefern ihre Milch bereits heute an Meiereien in Mecklenburg-Vorpommern oder in Niedersachsen. Das wissen wir ja. Wir erleben also in diesem Bereich die gleiche Entwicklung wie bei den schleswig-holsteinischen Schlachtereien. Man muß befürchten, daß wir in Zukunft nur noch sehr wenige Betriebe im Lande haben werden.

In der Antwort auf die Große Anfrage sagt das die Landesregierung sehr deutlich.

Und ein kleiner Ausblick zu den **Schlachtereien**: Wir begrüßen ausdrücklich, daß der Husumer

Annuss-Betrieb von Westjydske Slagterier übernommen wurde. Hier sichert man wieder Arbeitsplätze, Herr Minister. Darüber sind wir uns ja wohl einig.

(Beifall beim SSW)

Es gibt aber auch positive Ergebnisse der Milchwirtschaft zu vermelden. Ein Drittel des Produktionswertes der gesamten Landwirtschaft in Schleswig-Holstein wird von der Milchwirtschaft erzeugt. Die durchschnittliche **Milchleistung** je Kuh und der Eiweiß- und Fettgehalt sind in den letzten Jahren nachweislich gestiegen. Bei den Betrieben, die den Strukturwandel überlebt haben, sind in den letzten fünf Wirtschaftsjahren steigende Gewinne zu verzeichnen. Doch auch hier gilt, meine Damen und Herren: Je größer das Unternehmen und die Milchquote, desto größer der Gewinn. Das bedeutet, daß sich der bisher vollzogene Strukturwandel auch künftig fortsetzen wird.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist das gut oder schlecht? Das muß man doch bewerten, nicht nur feststellen!)

Nur könnte durch die Große Anfrage der CDU der Eindruck entstehen, daß dieser Trend erst seit Einführung der **Milchquotenordnung** durch die EU 1984 eingesetzt hat. Das ist natürlich nicht der Fall, meine Damen und Herren. Die jährlich vom Landwirtschaftsministerium herausgegebene Statistik der Milchwirtschaft zeigt, daß es diesen Trend zur Konzentration in der Landwirtschaft und auch in der Milchwirtschaft mit Unterbrechungen schon seit den sechziger Jahren gibt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Seit 30 Jahren!)

Auch im „Flensburger Tageblatt“ von heute können wir lesen, daß sich die Zahl der **Bauernhöfe** in Schleswig-Holstein in den letzten 30 Jahren halbiert hat. Der Zwang zu Rationalisierung und Konzentration zu größeren Einheiten liegt im Wesen der Industrialisierung der Landwirtschaft. Diese Entwicklung ist durch den Binnenmarkt der EU und die Globalisierung der Weltwirtschaft in den letzten Jahren erheblich verstärkt worden.

Leider hat man die Ziele, die sich die EU mit der **Garantiemengenregelung** 1984 gesteckt hatte, nur teilweise erreicht. Das wichtigste Ziel, die Überproduktion der Milch in der gesamten EU zu reduzieren, ist erreicht worden. Das für den SSW genauso wichtige Ziel, die Preise stabil zu halten und somit die Situation der kleineren Landwirte zu verbessern, hat man aber nicht erreicht. Trotz Garantiemengenregelung sind die Preise für Milch stetig gefallen. Die Folge ist, daß viele kleinere und mittlere Betriebe in den letzten Jahren aufgeben mußten.

Insgesamt hat die Einführung und Handhabung der Milchquotenordnung viel Unmut und Zwietracht bei den betroffenen Landwirten erzeugt. Daher gibt es sehr viele Landwirte, die aufgrund der gemachten Erfahrungen eine Abschaffung der Milchquotenordnung befürworten. Für kleinere Pächter von Milchreferenzmengen würde die Abschaffung der Milchquote vielleicht sogar ein Vorteil sein, da sie nicht mehr die Pacht für die Quoten zahlen müßten. Insgesamt ist es richtig, daß die bisherigen Erfahrungen mit der Milchquotenregelung nicht immer positiv waren. In den vielen Bereichen der Quotenordnung besteht Änderungsbedarf. Eine voreilige Abschaffung der Regelung ist allerdings auch problematisch. Das würde ohne Zweifel die Milchpreise schneller fallen lassen und den heutigen **Konzentrationsprozeß in der Milchwirtschaft** noch einmal enorm steigern.

Der SSW unterstützt deshalb die Bestrebungen, ein besser geeignetes Modell zu finden und die bestehende Regelung nur in modifizierter Form beizubehalten. Der SSW hat sich immer für die kleinen bäuerlichen Familienbetriebe stark gemacht, auch weil diese Betriebe die Voraussetzung für die wirtschaftlichen Möglichkeiten des ländlichen Raumes insgesamt sind. Deshalb trifft die Entwicklung der Landwirtschaft in besonderem Maße die Lebensgrundlagen für die Bewohner des ländlichen Raumes. In der Vergangenheit hat man es leider auch versäumt, den Familienbetrieben durch neue außerlandwirtschaftliche Erwerbsmöglichkeiten ein zweites Standbein zu verschaffen. Viele davon sind ja auch durch den Abzug der Bundeswehr verlorengegangen, zu unserem Bedauern natürlich.

Wie auch in der Fleischwirtschaft sind die Möglichkeiten einer Regionalisierung der Milchproduktion und -verarbeitung unter den

heutigen Voraussetzungen sehr gering. Trotzdem hält der SSW daran fest, daß die Regionalisierung der Landwirtschaftsproduktion und -verarbeitung langfristig eine vernünftige Option ist. Sowohl strukturellpolitisch, aber auch umweltpolitisch sind die Vorteile hinreichend bekannt. Darauf gehe ich nicht ein. Wir müssen weiter neue Wege gehen, und wir müssen weiter darüber nachdenken, wo neue Wege zu schaffen sind.

Herr Kollege Jensen-Nissen, Sie haben natürlich recht, wenn es um betriebswirtschaftliche Ergebnisse der Betriebe geht, dann spielen auch die Abgaben eine Rolle. Interessanterweise liegen mir heute verlässliche Zahlen vor - Sie sprachen die Grundwasserabgabe an -, daß von den eingenommenen 28 Millionen DM 1995 12 Millionen DM für Verwaltung ausgegeben wurden.

(Zuruf bei der CDU: Hört, hört!)

Dazu werden wir demnächst hier eine Anfrage stellen.

(Zuruf bei der CDU: Sehr gut! -
Beifall bei SSW, CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Das Parlament hat den Bericht zur Kenntnis genommen. Anträge liegen nicht vor. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Um 15.00 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt. Guten Appetit!

(Unterbrechung: 13.05 bis 15.02 Uhr)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wiedereröffnet. Ich rufe den Tagesordnungspunkt 3 auf:

Musikunterricht und Musikerziehung in Schleswig-Holstein - Entwicklung seit 1988 und Perspektiven

Große Anfrage der Fraktion der CDU

Drucksache 14/164

Antwort der Landesregierung
Drucksache 14/388

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/416

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich erteile zur Beantwortung der Großen Anfrage Frau Ministerin Böhrk das Wort.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Mit der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion zum Musikunterricht und zur Musikerziehung in unserem Land legen wir eine umfassende Datenlage vor. Sie ist eine Zusammenfassung all dessen, was wir im Ministerium schon wußten, was durch zahlreiche ergänzende Umfragen im Land und durch Gespräche mit Aktiven und Verbänden zusammengekommen ist. Es haben also sehr viele Menschen an diesem umfangreichen Bericht mitgewirkt. Ich will Ihnen die sehr materialreichen Antworten auf die 56 Einzelfragen, die wir bearbeitet haben, nicht referieren. Ich empfehle Ihnen vielmehr, diese Antwort selbst nachzulesen, auch wenn Sie nicht als Sprecher oder Sprecherin für diesen Fachbereich unmittelbar betroffen sind.

Ich will aber das deutlich machen, was wir nicht schriftlich ausgeführt haben - es wurde auch nicht erfragt -, zum Beispiel, daß Förderung und Erziehung von der Frühförderung bis zur Spitzenausbildung an der **Musikhochschule in Lübeck** mit sehr hoher Qualität durchgeführt werden. Die Musikhochschule ist über die Grenzen unseres Landes hinweg anerkannt.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ernst
Dieter Rossmann [SPD], Sabine
Schröder [SPD] und Dr. Ekkehard
Klug [F.D.P.]

Die Antwort gibt weiter keine Auskunft darüber, in welchem Umfang Musik privat praktiziert wird oder sogar rezipiert wird. Wir haben den Bürgerinnen und Bürgern nicht in die Wohnzimmer geschaut, und wir wissen nicht, in wie vielen schallgedämpften Reihenhauskellern sich

Autodidakten mit alten Instrumenten und modernen elektronischen Apparaturen um alte und neue Klänge bemühen. Der Schwerpunkt der Anfrage und damit der Antwort liegt auf der Darstellung der Bemühungen zur Hinführung von Jugendlichen zur Musik und zur aktiven Teilnahme an ihr, auf die die öffentliche Hand einwirken kann, also auf dem, was unsere politische Aufgabe ist.

Jeder Art des aktiven Musizierens gehen Interesse und Freude an der Musik voraus. Wenn diese nicht vom Elternhaus geweckt werden, müssen sie verstärkt von der **Schule** gefördert werden. Schulen übernehmen damit zwei wichtige Aufgaben: Zum ersten, Freude an der Musik zu wecken, und zum zweiten, Kenntnisse über die Musik zu vermitteln.

Über den fachlichen Aspekt hinaus vermittelt Musikunterricht soziale Tugenden, soziale Kompetenzen, die rar zu werden scheinen. Das sind nämlich die Fähigkeit zuzuhören, die Fähigkeit, aufeinander zu achten - auch in diesem Hohen Haus ist sie nicht immer ausgeprägt -, und die Fähigkeit eines abgestimmten aufmerksamen Miteinanders beim Handeln. Wenn man sieht, wie Orchester und kleine Klangkörper beim Musizieren zusammenarbeiten und aufeinander eingehen müssen, um ein gutes Ergebnis zu erzielen, erkennt man, daß dies Qualitäten sind, die nicht nur für das Musizieren mit hoher Qualität von Bedeutung sind.

Musische und ästhetische Erziehung hat einen bedeutsamen Platz in der Gesellschaft. Sie hat auch einen Wert für sich, steht aber in der Schule in Konkurrenz zu den Fächern, die mehr „verkopft“ sind. In der Konkurrenz zu diesen Fächern hat Musik nicht immer den Stellenwert, den ich mir wünschen würde. Ästhetische Erziehung ist Schulung der Wahrnehmung mit allen Sinnen, bedeutet Finden von Qualitätsmaßstäben und Kommunikation. **Musikalische Bildungsarbeit** hat ebenso viele verschiedene Orte im Gemeinwesen wie die Kommunikation selbst. Sie findet in Familien und im Freundeskreis statt, mit selbständigen Musikpädagogen, im musikalischen Verein oder in Ensembles, in öffentlichen Bildungseinrichtungen, in allgemeinbildenden Schulen, Volkshochschulen, Musikschulen, Akademien und in Musikhochschulen. Darüber gibt der Bericht Auskunft.

Wir leben aber nicht in einem Märchenland. Ästhetische Erziehung oder eher musikalische

Beeinflussung findet, ob wir wollen oder nicht, nicht nur in der Schule oder im Elternhaus statt, sondern durchaus auch in der Disco. Musikalische Beeinflussung, möglicherweise auch Erziehung, findet durch Klangteppiche in Konsumtempeln statt. Sie können heute gar nicht mehr einkaufen gehen, ohne ständig berieselt zu werden. Beeinflussung findet außerdem durch den musikalischen Brei der Radiosender statt. Ich frage mich mitunter, wie sich ein Bewußtsein für musikalische Qualität entwickeln soll, wenn man selbst bei Telefonverbindungen „pling, pling, pling“ mit der Kleinen Nachtmusik berieselt wird.

(Beifall bei der SPD - Angelika Volquartz [CDU]: Pling, pling, pling ist auch die Rede!)

Wo gibt es noch Familien, die gemeinsam musizieren, wenn schon das gemeinsame Mittagessen zum raren Kulturgut wird? Die ästhetische Erziehung ist also auch mit Problemen konfrontiert, die aus dem gesellschaftlichen Wandel resultieren? Es gibt dennoch keinen Anlaß zum **Kulturpessimismus**.

Ich will aus der umfangreichen Antwort nur einige wenige Punkte hervorheben. Die Antwort auf die Große Anfrage gibt auch Anlaß zu Optimismus. Gerade die Nachfrage bei jungen Leuten ist erfreulich. Wir haben insbesondere im Bereich der Populärmusik gute Erfolge erzielt. Seit 1991 hat der **Landesmusikrat** einen hauptamtlichen Referenten für Populärmusik. So haben wir eine Anlaufstelle für Jazz-, Rock- und Popmusikerinnen und -musiker geschaffen. Zu den speziellen Fördermaßnahmen gehören MUGRUFF, das ist das Musikgruppenförderforum, und BULFF, das Band- und Liedermacherförderforum. Seit 1991 wurden insgesamt 153 Gruppen mit mehr als 1500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus allen Teilen des Landes unterstützt.

Als weitere Stichworte können das Landesrockfestival und der John Lennon Förderpreis „Talent Award“, unterstützt von RSH und der Itzehoer Versicherung, genannt werden. In diesen Aktivitäten verbinden sich schulische und außerschulische Arbeit. Lehrkräfte sind oft auch begeisterte Förderer von Freizeitmusik. Ich danke allen Lehrkräften, die sich über ihre Unterrichtszeit hinaus engagieren, sehr herzlich.

(Beifall bei der SPD)

Neben den voll ausgebildeten Musikerzieherinnen und Musikerziehern unterrichten gegenwärtig 2818 Lehrkräfte Musik als Neigungsfach. Das heißt, mehr als 10 % aller Planstellen, die wir haben, werden von Lehrkräften besetzt, die Musik als Neigungsfach unterrichten. Das spricht für Engagement und Musikbegeisterung. Um noch vorhandene Engpässe im Fach Musik zu beseitigen, stellen wir die Lehrkräfte auf Wunsch auch mit voller Stelle ein, nicht nur mit einer Dreiviertelstelle. So werden wir im Wettbewerb um Musikpädagoginnen und Musikpädagogen nicht gehandicapt.

Nun einige wenige Worte zu den außerschulischen Angeboten. Auffällig ist, daß in einer Zeit, in der sich Parteien, Gewerkschaften, sozial ausgerichtete Einrichtungen und Vereine über Mitgliederschwund und abnehmende Bereitschaft zum Engagement beklagen, die Teilnehmerzahlen im Musikbereich insgesamt nicht gesunken sind, sondern stabil sind. Die **Musikschulen** haben zum Beispiel trotz rückläufiger öffentlicher Förderung ihr Angebot verbessern können. Das wurde durch Umstrukturierungen und neue Unterrichtskonzepte möglich. Die neuen Unterrichtskonzepte entsprechen einer Entwicklung, die ich begrüße, nämlich Rückgang des Individualunterrichts zugunsten kleiner instrumentaler Lerngruppen. Kinder und Jugendliche empfinden den tradierten Einzelunterricht am Instrument eher als eine einsame Beschäftigung und ziehen den Unterricht in kleinen Gruppen vor.

Die Landesregierung wird auch in Zukunft die Vielfalt der musikalischen Aktivitäten im Land durch finanzielle Unterstützung dort, wo und in welchem Umfang immer dies möglich ist, aber auch durch ideelle und organisatorische Unterstützung fördern. Wir wollen möglichst vielen Menschen den Zugang zum aktiven Musizieren ermöglichen. Wir wollen die Breite und Vielfalt des musikalischen Lebens in Schleswig-Holstein erhalten und aus dieser Breite und Vielfalt heraus auch Spitzenleistungen ermöglichen. Wer sich im Lande umtut, der kann feststellen, welch hohes Qualitätsniveau Musikunterricht und Musikerziehung in unserem Lande erreicht haben.

Das, was mit der Großen Anfrage nicht erfaßt werden kann, ist die Qualität der vielfältigen Chöre

und Orchester, die wir in unserem Lande vorfinden. Wir haben eine äußerst lebendige Musikszene. Unser Land klingt und singt, und auch wer selbst nicht aktiv ist, kann sich beteiligen - nicht nur durch Zuhören.

Ich möchte die Gelegenheit dieser Erörterung nutzen, diejenigen, die vielleicht einen Raum zum Üben haben, zu bitten, ihn für junge Leute zur Verfügung zu stellen. Junge Musikerinnen und Musiker brauchen Räume zum Üben, ohne daß die Nachbarn mit dem Besenstiel an die Decke klopfen. Als ich neulich im Nordkolleg gewesen bin und dort festgestellt habe, wie engagiert junge Leute musizieren und arbeiten und sich weiterbilden, wurde die Klage an mich herangetragen, daß die Möglichkeiten zum Üben nicht sehr groß sind. Wer also eine Werkstatt, eine Fabrikhalle als Spielraum zur Verfügung stellen kann, möge sich bitte beim Landesmusikrat in Flensburg melden. Dort weiß man junge Abnehmer dafür, die auch dazu beitragen können, daß das Musikleben in unserem Lande vielgestaltiger wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

„Die Musik spricht für sich allein“, sagte Yehudi Menuhin einmal, vorausgesetzt, wir geben ihr eine Chance. Das wollen wir als Landesregierung auch weiterhin mit Unterstützung vieler Lehrkräfte tun, mit Unterstützung der Vereine und Verbände in Unterricht und Freizeit und mit Hilfe vieler Elternhäuser.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Auf der Tribüne begrüße ich jetzt Besucherinnen und Besucher des Marineabschnittkommandos Nord, Kiel, des 13. Luftwaffenausbildungsregiments I, Heide, und des Marinefernmeldestabs 70 auf Fehmarn. Herzlichen willkommen, meine Damen und Herren!

(Beifall)

Das Wort hat jetzt die Frau Abgeordnete Volquartz.

Angelika Volquartz [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Böhrk, Musikschulen haben natürlich deshalb einen so starken Zulauf, weil der Musikunterricht in den Schulen zunehmend fehlt. Das ist der Grund.

Was die Pläne der rot-grünen Landesregierung für die musikalische Bildung in Schleswig-Holstein bedeuten, ist vor wenigen Tagen schlaglichtartig sichtbar geworden: Die angesehene und einzige Musikhochschule des Landes in Lübeck sieht sich angesichts der rücksichtslosen Kürzungen in ihrer Existenz bedroht. Daß jetzt ein Nachschlag angekündigt wird, ist keine Beruhigung. Und der Intendant des Schleswig-Holstein Musik Festivals, bei dem die Landesregierung ja gern in der ersten Reihe sitzt, erklärte: Eine Sache wie das Musikfestival werde sinnlos, wenn die Kultur nicht an junge Leute vermittelt werde.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Die schöpferische Seite der Kinder werde kaum noch angesprochen. - So sieht der Intendant des Musikfestivals das.

Die vor der Wahl vollmundig in der Regierungsbroschüre angekündigte Weiterentwicklung der geistigen Infrastruktur des Landes besteht offenbar zunächst einmal aus geist- und einfalllosen Kürzungen mit gefährlichen Folgen für das Ganze.

Meine Damen und Herren, auch und gerade in Zeiten knapper Haushaltsmittel kommt es auf Konzepte an. Es kommt darauf an zu erkennen, wo es Defizite gibt, wo leistungsfähige Einrichtungen gefährdet sind und wo Akzente gesetzt werden müssen. Das ist es, was wir in der Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage zu Entwicklung und Perspektiven von Musikunterricht und **Musikerziehung** in Schleswig-Holstein schlicht und ergreifend vermissen.

Da heißt es auf die Frage nach dem Stellenwert des Musikunterrichts:

„Ein sinnerfüllter Umfang mit Musik und vor allem das aktive Musizieren zählen zu den besonders prägenden

und intensiven Formen menschlicher Daseinsgestaltung und sind deshalb ein essentieller Bestandteil der allgemeinen Bildung und ästhetischen Erziehung der Menschen.“

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Donnerwetter, sagt der Leser, da muß ja einiges kommen! Wenn man dann nachsieht, welche Konsequenzen aus dieser Erkenntnis gezogen werden, dann ist es genauso wie beim Gerede vom schlanken Staat: Nichts!

Jeder weiß, daß Musiklehrer fehlen. Aber auf die Frage, wie viele Lehrkräfte für das Fach Musik in den nächsten acht bis neun Jahren, also für die Zeitspanne beispielsweise eines Hauptschuljahrgangs, in den Schuldienst aufgenommen werden, heißt es: „Eine konkrete Zahl kann nicht genannt werden.“

Und dann kommt es noch schlimmer:

„Aus der Altersstruktur der Musiklehrkräfte ergibt sich für den angegebenen Zeitraum ein Abgang aus Altersgründen von rund 200 Lehrkräften. Es ist davon auszugehen, daß mindestens im gleichen Umfang Bewerbungen berücksichtigt werden.“

Kein Wort also zu den enorm steigenden Schülerzahlen, die für alle Fächer mehr Lehrer verlangen; kein Wort auch zum Ausgleich der schon bestehenden Defizite. Da kann man sich vorstellen, was aus der musischen Erziehung für Hauptschüler wird, für die es in der Klassenstufe 7 bis 9 ohnehin nur jeweils eine Stunde geben soll.

Für die anschließende Berufsschulzeit heißt es in der Antwort: „Die Landesregierung beurteilt diese Situation als ausreichend, da keine Erwartungshaltung für eine Ausweitung dieses Angebots besteht.“

Solche Erklärungen haben mit verantwortlicher politischer Gestaltung nichts mehr zu tun.

(Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD] - Glocke des Präsidenten)

- Ich habe leider nur sehr wenig Zeit, weil meine Kollegin und ich sich die Redezeit teilen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Diese Landesregierung gibt einen **Musiklehrplan** in die Anhörung, bei dem das Lernen des Notenlesens als verbindlich festgeschriebenes Thema in der Unterstufe fehlt. - Herr Rossmann, regen Sie sich doch zu Hause auf; hier bringt es nichts!

Die Landesschülervertretung war es, die auf diese und andere Mängel hingewiesen hat.

Es geht nicht darum, ob ein Entwurf Mängel hat. Aber wer zur Musikerziehung so anspruchsvolle Erklärungen abgibt wie die Landesregierung, der verliert die Glaubwürdigkeit, Herr Kollege Rossmann, wenn dann solche elementaren Forderungen ignoriert werden.

Meine Damen und Herren, was aus dem Musikunterricht an Schleswig-Holsteins Schulen seit 1988 geworden ist, zeigt die Antwort auf die Frage 2: Wie hoch war der Unterrichtsausfall im Fach Musik?

Der **Unterrichtsausfall** hat sich in der Grundschule von 1988 bis zum Schuljahr 1993/94 mehr als verdreifacht und in der Hauptschule annähernd verdoppelt. Bei den Realschulen werden Musik und Kunst zusammen erfaßt, und es ergibt sich ein sechsmal so hoher Unterrichtsausfall; beim Gymnasium ist es annähernd eine Verdoppelung. Das sind Zahlen, die vor allem eines belegen: Die sozialdemokratischen Regierungen der zurückliegenden Jahre haben die Musikerziehung links liegenlassen. Sie haben dieses für die Bildung so wichtige Fach sträflich vernachlässigt.

Wenn wir dann fragen, wie die Entwicklung seit dem Schuljahr 1993/94 aussieht, dann werden wir mit der berühmten flankierenden Arbeit der SPD-Fraktion - so sieht sie nämlich aus, Herr Rossmann - für die Regierung konfrontiert. Es ist nicht zu glauben, aber wahr: In der Antwort auf unsere Große Anfrage heißt es zur weiteren Entwicklung: „Eine entsprechende Erhebung ist auf Beschluß des Bildungsausschusses ab Schuljahr 1994/95 entfallen.“ - Ich betone hier: Gegen die

Stimmen der CDU, aber mit den Stimmen der SPD, weil diese nicht daran interessiert ist, Fakten auf den Tisch zu legen. Sie will sie vertuschen und nichts anderes.

Da in diesem Land nicht sein kann, was nicht sein darf, werden den Bürgern diese Fakten vorenthalten. Wir Abgeordneten sollten gemeinsam dafür streiten, daß hier wieder Vernunft einkehrt.

Dem Antrag der F.D.P. stimmen wir zu. Meine Kollegin Kläre Vorreiter wird sich mit der Musikerziehung in den Musikschulen auseinandersetzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. von Hielmcrone.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vielleicht sollte ich diesen Redebeitrag singend vortragen;

(Beifall)

denn wir haben aus der Antwort auf die Große Anfrage zu Musikunterricht und Musikerziehung gelernt, daß die Männerstimmen in schleswig-holsteinischen Chören fehlen. Vielleicht sollten Sie sich da auch einmal melden. Allerdings fürchte ich, daß der Erfolg eines solchen Vortrages gering wäre; denn für mich gilt: Friesia non cantat.

Dabei ist es natürlich immer wieder das alte Lied: Immer dann, wenn dem Staat tatsächlich das Geld ausgeht, muß er dort sparen, wo er sparen kann, und das ist leider häufig bei der Kultur. Das ist keine besondere schleswig-holsteinische Eigenart, sondern das gilt weltweit.

Nun ist aber das Verhältnis von Staat und Kunst immer ein ambivalentes. Kunst und Kultur müssen sich unabhängig und unbeeinflußt vom Staat bilden und entfalten können. Sie können es doch wieder nicht; denn sie sind auf den Staat als Geldgeber und Mäzen angewiesen. Immerhin hat Europa seine vielfältige Kultur dem Staat und seiner jahrhundertealten Tradition der Kulturförderung zu

verdanken. Die Gesellschaft ist nicht schlecht gefahren. **Kulturförderung** ist auch immer wieder Förderung der geistigen Kräfte einer Nation, ist Förderung von Phantasie und Kreativität. Diese braucht die Gesellschaft, um mit den Herausforderungen der Zeit fertig zu werden, um sie zu meistern. Das gilt für die bildende Kunst, und das gilt auch für die Musik.

All jene, die sich landauf, landab mit Musik beschäftigen, die damit zu tun haben, Musikliebe und -pflege bei den Menschen des Landes auf eine breite Basis zu stellen, leisten eine bedeutsame Arbeit für uns alle und für die Gesellschaft. Ich habe heute vermißt, daß ihnen Dank für ihre Arbeit gesagt wird. Das sollte an der ersten Stelle unserer Beiträge stehen.

(Beifall bei der SPD)

Es sind viele Menschen, so viele, daß sie gar nicht zählbar sind. Allein im **Landesmusikrat** sind 150 000 Bürgerinnen und Bürger zusammengeschlossen. Alle diese Menschen machen Musik zu ihrer Freude, zur Freude ihrer Mitmenschen. Sie tragen zu Ausbildung und Bildung des Menschen bei. Auf ihre Arbeit können wir nicht verzichten. Dank geht übrigens auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses, die dieses umfangreiche Zahlenmaterial zusammengetragen haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Bei diesen wichtigen und positiven Feststellungen, die auch in der Antwort der Regierung zu finden sind, kommen wir nicht umhin festzustellen, daß die Musikerziehung im Land tatsächlich ihre Probleme hat. Wir müssen leider feststellen - ich vertusche das nicht; das läßt sich auch gar nicht vertuschen -, daß nicht genügend **Musikunterricht** in unseren Schulen gegeben werden kann, daß viele Stunden ausfallen müssen, daß wir nicht genügend Musiklehrer haben und daß das Fach häufig von Lehrern unterrichtet wird, die selbst nicht Musik studiert haben, die das aus Engagement und Liebe zu den Kindern tun. Auch ihnen sollte man endlich einmal für ihre Arbeit Dank sagen. Das ist in der Polemik bisher untergegangen.

Die Probleme im Zusammenhang mit schulischer Musikerziehung sollten im Ausschuß eingehend

behandelt werden. Hier im Landtag können sie nur - meistens noch polemisch - angerissen werden. Deswegen beantrage ich, den Antrag der F.D.P. an den Ausschuß zu überweisen.

Wir müssen leider auch feststellen, daß fast alle Institutionen der Musikpflege - vom Verband der Musikschulen bis zur LAG Jugendmusik - Kürzungen hinnehmen müßten - wie andere Institutionen übrigens auch.

Es sieht natürlich auch mit der Projektförderung nicht gut aus. Das ist sehr bedauerlich; denn durch den hohen Ausbildungsstand und die breite Basis der schleswig-holsteinischen Musiklandschaft kann sich diese nicht so darstellen, wie sie es eigentlich verdient, und zwar auch nach außen hin, in den nordeuropäischen Raum hinein. Die Tatsache, daß Schleswig-Holstein gerade im skandinavischen Raum und im Ostseeraum heute einen positiven Namen hat - das war nicht immer der Fall -, ist zum Teil auch auf die gute Musikarbeit des Landes zurückzuführen. Ich nenne hier ganz bewußt *Ars Baltica* oder die Hansephilharmonie, die eine große Bedeutung haben.

Probleme gibt es auf dem Gebiet der **Musikschulen**. Auch hier liegt - das muß zugegeben werden - der Landeszuschuß knapp unter dem Bundeszuschuß. Auch hier gibt es, insbesondere bei den kommunalen Musikschulen, Schwierigkeiten, da der Landeszuschuß von 1 Million DM eben nicht an die Schulen weiter durchgereicht wird. Dies ist ein sehr altes Problem, über das immer wieder geklagt wird, das endlich gelöst werden muß und das ebenfalls nicht nur Sache des Landes ist.

Probleme gibt es auch bei den kommunalen Gebietskörperschaften, die ihre Aufgabe hinsichtlich der Kulturpflege und auch der Musikerziehung höchst unterschiedlich wahrnehmen. Auch das ist nicht nur ein Problem des Landes.

Dabei sind wir uns alle darüber im klaren, daß vor allem auch die Musikschulen für die Erziehung unserer Kinder eine große Rolle spielen. Sie könnten eine noch größere Rolle spielen, wenn es bessere Möglichkeiten gäbe, etwa mehr Kinder aus sozialschwachen Familien oder aus Ausländer- oder Asylantenfamilien aufzunehmen. Hier könnte Musik weiter integrierend ihre Wirkung entfalten.

Gerade weil dies so ist, macht uns auch die Gebührenentwicklung an den Musikschulen Sorgen.

In dieser Situation, die ich nicht beschönigen will, gibt es natürlich mehrere Möglichkeiten. Die eine Möglichkeit ist die der gegenseitigen Schuldzuweisung. Das haben wir eben wieder vorbildhaft von Ihnen, Frau Volquartz, gehört. Wenn Sie auf der rechten Seite des Hauses heute mit Schuldzuweisungen gegen die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen kommen, dann wird man deutlich zurückfragen müssen, woher die Landesregierung denn angesichts immer weitergehender Umverteilungskämpfe in Bonn das Geld nehmen soll.

(Angelika Volquartz [CDU]: Mir kommen die Tränen!)

Kommen Sie mir jetzt bitte nicht mit dem Lesben- und Schwulenbeauftragten. Mit den Mitteln, die für ihn veranschlagt sind, soll nun offenbar alles finanziert werden. Sie sind es doch, die in Bonn immer neue Instrumente erfinden, damit den Ländern noch weniger Geld zukommt. Hier im Landtag werden Tränen vergossen, und in Bonn wird der Geldhahn zugedreht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entweder sind das Krokodilstränen, die Sie hier weinen, oder Sie leiden unter einer gespaltenen Wahrnehmung.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben noch nie ein Krokodil gesehen!)

Ich denke, auf diese Weise werden wir die anstehenden Probleme tatsächlich nicht lösen. Wir müssen uns an sachliche Wege herantasten. Da wäre etwa der Weg - das soll heute mit der Diskussion möglicherweise auf die Bahn gebracht werden -, die Musikschulen und die Musikerziehung gesetzlich zu verankern oder in die Verfassung des Landes aufzunehmen. Das ist eine Forderung - das ist nichts Neues -, die von den Musikschulen selbst erhoben wird.

Das sind sicherlich verständliche Ansätze, über die nachgedacht werden muß. Aber ich kann nicht verhehlen, daß ich diesen Gedanken - jedenfalls derzeit - skeptisch gegenüberstehe. Durch ein

Gesetz wird kein neues Geld geschaffen. Aber genau das wäre nötig. Das gleiche gilt auch für die Verfassungsänderung. Eine Verfassungsänderung ist nur dann sinnvoll, wenn damit auch die Verfaßtheit des Landes geändert werden kann. Sonst bleiben diese Postulate auf dem Papier stehen. Das ist eine problematische Situation. Wir haben es bei der Friesischprofessur erfahren.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sehr richtig!)

Die Verfaßtheit eines Landes zu ändern, ist eine Frage des Bewußtseins und der Mittel, und diese Mittel haben wir derzeit nicht.

Es bleibt dabei: Es gibt keinen Königsweg. Wir alle müssen den steinigen Weg weiter beschreiten, die Kultur und auch die Musikerziehung im Bewußtsein der Menschen, aber auch in der Politik zu verankern. Das ist ein mühsamer Weg - gewiß -, aber es lohnt sich, ihn zu beschreiten. Es ist ja nicht so, daß wir keine Erfolge vorweisen könnten. Es gibt durchaus Positives.

Wir haben eine große, bunte Musikszene im Lande. Wir haben eine große Bedeutung der Volkshochschulen und der Musikschulen als wichtige Vermittler zwischen Musikkultur und den Schulen generell. Wir erkennen das stärkere Gewicht von Populärmusik und Gruppenunterricht. Wir sehen die intensive Förderung des Nachwuchses auch im Rock- und Popbereich. Wir sehen die solide Möglichkeit der Aus- und Weiterbildung von Chorleitern und Dirigenten. Auch den Musikschulen ist durch den Musikschultaler im Rahmen des Festivals geholfen worden.

Damit wird die **Musikkultur** fest und dauerhaft im Lande verankert, und das ist auch etwas Positives. Das gilt auch für die allgemeinbildenden Schulen, die vielfach im Rahmen ihrer eigenverantwortlichen Unterrichtsgestaltung musikpädagogische Schwerpunkte gesetzt haben. Ich freue mich, daß gerade meine eigene Heimatstadt, Husum,

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

mit einem ausgeprägten Angebot an Musikprofilen von der Grundschule über die Realschule bis zum

Gymnasium als Beispiel gelten kann und in der Antwort auf die Große Anfrage ausdrücklich erwähnt wird. „Frisia cantat“ kann es also heißen; wenn es bei mir heißt „non cantat“, liegt das einfach daran, daß ich nicht in den Genuß einer guten sozialdemokratischen Schulpolitik gekommen bin.

(Heiterkeit - Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das können wir nachholen!)

In diesem Zusammenhang einen herzlichen Dank an die engagierten Lehrerinnen und Lehrer im ganzen Lande; so schlecht ist die Bilanz nicht, wie Sie sie reden möchten.

(Beifall bei der SPD)

Das bedeutet: Kontinuierliche Arbeit aller Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker auf dem Feld der Musikerziehung lohnt sich, und sie ist weiter gefordert - eine Arbeit, bei der man sich nicht abschrecken lassen darf das Ziel unbeirrt, dauerhaft und mit Idealismus verfolgen muß, trotz aller Widrigkeiten.

Es bleibt dabei: Politik ist das ständige Bohren dicker Bretter. Wir sollten in den Ausschüssen weiter bohren.

Damit ich es nicht vergesse: Immerhin leistet auch die schleswig-holsteinische Landesregierung persönlich und aktiv einen Beitrag auf diesem Gebiet, denn wir haben einen stimmungswaltigen Minister, der Präsident des Sängerbundes ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wo man singt, da laß dich ruhig nieder, böse Menschen haben keine Lieder. - Das war das erste, was mir einfiel, als ich mich mit der Großen Anfrage beschäftigte. Ich bin der CDU dankbar,

daß sie diese Große Anfrage gestellt hat. Das sage ich, um einer Legendenbildung vorzubeugen; ich finde sie sehr interessant zu lesen, ich finde die Antworten zum Teil recht ermutigend, zum Teil allerdings auch ein bißchen deprimierend und ernüchternd.

In einer schlaflosen Nacht habe ich über diesen Satz nachgedacht, und da ist mir eingefallen, wer sich alles schon Musik zunutze gemacht hat. Dann habe ich gemerkt, daß der Satz nicht so ganz stimmt, daß er aber vielleicht doch ein Einstieg dafür ist, sich damit zu beschäftigen, was Musik eigentlich ist. Ich glaube, **Musik** ist wie keine andere **Kunstform** eine, die äußerst ambivalent ist, die zum Beispiel die Kleine Nachtmusik hervorgebracht hat, die aber mißbraucht werden kann zum Gedudel in jedwedem Telefonhörer, die andere Schönheiten hervorgebracht hat, die aber zu unsäglicher Hintergrundsäuselei abgeflacht werden können. Man kann wiederum aber auch sagen: Wer könnte uns die Ambivalenz von Musik besser lehren als zum Beispiel Mozart, der das Lachen unter Tränen oder das Wechselspiel zwischen Männern und Frauen in der Liebe

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

oder das zornige Auseinanderklaffen von realer und Geisterwelt wie kein anderer dargestellt und wie kein anderer damit auch Wirklichkeit geschildert hat, Wirklichkeit, wie wir sie sonst außerhalb der Musik so einfach nicht darstellen könnten.

(Unruhe)

- Ich finde, Sie sollten ruhig einen Augenblick zuhören; schließlich beschäftige ich mich ja mit den Antworten auf Ihre Fragen. Ich habe das Gefühl, daß Sie überhaupt kein Interesse daran haben. Das finde ich schade.

(Angelika Volquartz [CDU]: Sie müssen jetzt mal etwas sagen zur Anfrage! Dann höre ich zu!)

- Frau Volquartz, als ich die Antwort auf die Frage zum **Musikunterricht** in der **berufsbildenden Schule** gelesen habe, dachte auch ich zunächst: Hoppla, es gibt keine Erwartungshaltung dafür. - Aber genau an der Stelle hätte ich von Ihnen ein engagiertes Eintreten für die allgemeinbildende Qualität von Musik erwartet und hätte auch ein

engagiertes Eintreten dafür erwartet, daß wir genau deswegen einen ausreichenden Berufsschulunterricht brauchen, um solche Möglichkeiten in der Berufsschule zur Verfügung zu stellen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Heinz-Werner Arens [SPD] - Martin Kayenburg [CDU]: Quatsch!)

Daß Sie das allerdings nicht getan haben, sondern hier bloß mit den üblichen Versatzstücken gearbeitet haben, zeigt mir, daß Sie es so ernst mit Ihrer Anfrage nicht meinen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Die Lehrlinge sollen arbeiten und nicht singen!)

Ich finde es schon richtig, daß die Landesregierung in der Antwort auf die Große Anfrage der CDU die Bedeutung des Musikunterrichts für Teambereitschaft, für soziales Verhalten und Konzentrationsfähigkeit betont. Es wäre sonst unsere Aufgabe gewesen, das hier im Landtag deutlich zu machen, vielleicht nicht gerade singend.

Der **Stellenwert gemeinsamen Musizierens** ist sicherlich sehr hoch anzusetzen, gerade in einer Gesellschaft, die sich zunehmend vereinzelt und der das Gefühl für Gemeinschaft und die Notwendigkeit von Gemeinschaft droht abhanden zu kommen. Es ist natürlich unsere gemeinsame Aufgabe, auch in Zeiten knapper öffentlicher Mittel darauf zu achten, daß die Musikerziehung nicht zu kurz kommt.

Da ist mir als engagierte Kommunalpolitikerin natürlich immer schon im Kopf gewesen, wie man eine Verbesserung in dem Bereich erreichen kann, daß wir Musikschulen auf der einen Seite sichern und auf der anderen Seite mit einer auch aus meiner Wahrnehmung wahrscheinlich nicht ganz befriedigenden Situation des Musikunterrichts an den Schulen verschränken. Dazu gäbe es eine ganze Menge mehr Ideen aus meiner eigenen Erfahrung. Ich habe als Schülerin im Schulorchester mitgespielt, und das wurde nicht als Arbeitsgemeinschaft gewertet, sondern es war ein Arbeitsaufwand, den ich zusätzlich in der Schule zu erbringen hatte.

(Meinhard Füllner [CDU]: Was haben Sie für ein Instrument gespielt?)

- Querflöte in der Schule und auch im Orchester der Kreismusikschule!

(Beifall)

Der Bericht liefert Anhaltspunkte dafür, daß wir in Schleswig-Holstein nachzubessern haben. Die Angaben zum Stundenfehl in den unterschiedlichen Schularten können uns an dieser Stelle zwar bedenklich stimmen; trotzdem finde ich es richtig, das Stundenfehl nicht weiter zu berechnen und werde darum dem Antrag der F.D.P. an dieser Stelle nicht zustimmen. Einer Flexibilisierung von Schulunterricht und einem Auflösen des starren Studentaktes dient es nämlich nicht, wenn man sich in den statistischen Angaben darüber verzettelt, wie das **Stundenfehl** in den einzelnen Fächern aussieht. Man kann sich darüber unterhalten, welche Formen von Evaluation man vielleicht findet und an den Schulen möglich macht. Das ist aber eine andere Frage. Ich bin überhaupt nicht gegen eine Erfolgskontrolle an der Schule, aber das muß sich nicht auf einzelne Stunden und auf die Auflistung des Fehls in diesem Bereich beziehen. Das führt uns zurück und nicht nach vorn.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir müssen Anstrengungen unternehmen, die **Hauptschule** besser mit Musikunterricht zu versorgen, obwohl es sicherlich in diesem Bereich ganz besonders schwierig ist.

(Angelika Volquartz [CDU]: Aber ganz besonders wichtig!)

Denn wie kein anderes Fach und wie keine andere Kunstrichtung ist Musik auch - das hat mit der Ambivalenz zu tun - etwas sehr Intimes. Sie werden sich sicherlich, wenn Sie an der Schule Erfahrungen machen konnten und sich Ihrer eigenen Jugendzeit besinnen, erinnern, wie peinlich es einem war, wenn man vorsingen mußte. Das hat etwas damit zu tun, daß das Erklingen der eigenen Stimme vor den anderen etwas ist, was mit der eigenen Schamgrenze zu tun hat. Das müssen wir uns klarmachen, das müssen sich auch Lehrerinnen und

Lehrer klarmachen, wenn sie Jugendliche an den Musikunterricht heranführen wollen.

(Unruhe bei der CDU)

- Sie hören das alles nicht gern, aber das ist etwas, was Sie sich anhören sollten, weil es in das Bild hineingehört.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Martin Kayenburg [CDU]: In Ihr Bild!)

- Selbstverständlich in mein Bild; wir sitzen hier ja zusammen, um die unterschiedlichen Bilder austauschen - keine Frage. Auch ich höre Ihnen ja meistens ziemlich geduldig zu.

Ich komme nun zum sogenannten **Neigungsfach**. Ich finde es sehr verdienstvoll, daß Lehrerinnen und Lehrer, die in diesem Bereich keine Fachausbildung haben, Musikunterricht erteilen. Ich glaube, daß es möglich ist, daß jeder Mensch Musik lernen kann. Wer eine Liebe zu diesem Fach hat, kann es auch anderen vermitteln. Das finde ich richtig. Trotzdem sollte man sich natürlich auf solchen über das Soll hinaus erbrachten Leistungen nicht ausruhen. Mir kommt die Schwerpunktsetzung für das gymnasiale Lehrerstudium gegenüber dem Grundschullehrerstudium in Musik an dieser Stelle sachgerechter vor. Im Hinblick auf das, was ich Ihnen gerade vorher geschildert habe, glaube ich, daß das anspruchsvollere Niveau der Gymnasiallehrausbildung mit Philosophie, Pädagogik und Musikpädagogik als dazugehörige Fächer - vielleicht könnte man Psychologie hinzunehmen - ganz wichtig ist, damit man sich darüber klar wird, welchen Stellenwert Musik im Leben von Menschen haben kann.

Wir sollten den Problemen der **Ausbildungssituation** noch einmal im Ausschuß nachgehen. Ich habe meine Zweifel, ob vor diesem Hintergrund - ich zitiere jetzt aus dem Bericht - den Anforderungen an einen zeitgemäßen Musikunterricht in allen Schularten wirklich entsprochen wird. Ich lasse mich aber an dieser Stelle gerne vom Gegenteil überzeugen. Ich werde auch entsprechend mit allen Menschen, die ich in diesem Lande in dieser Beziehung treffen kann, Gespräche führen.

Wie es mit der Erwartungshaltung der beruflichen Schulen in diesem Bereich aussieht, würde ich in diesem Zusammenhang gern genauer prüfen und hoffe dann auf Ihre Bereitschaft, Frau Volquartz, an dieser Stelle auch zu Veränderungen zu kommen.

Was die **Musikförderung des Landes** angeht, so hat sie sich offensichtlich bereits positiv ausgewirkt. Ich möchte unterstützend bemerken, daß es einen hauptamtlichen Referenten für Populärmusik beim Landesmusikrat gibt. Genau das führt uns aus der engen Sackgasse von einerseits U-Musik und andererseits E-Musik heraus, was ich schon immer für eine völlige Fehlsteuerung gehalten habe. Alle unsere großen Klassiker, Hayden, Mozart, noch viel mehr Telemann und die Bach-Söhne, sind Unterhaltungsmusiker im allerbesten Sinne gewesen. Wir sollten nicht auf solche kleinlichen Einteilungen hereinfallen. Damit gehen wir wieder einen Weg auf Jugendliche zu, die nämlich heutzutage das Musikmachen sehr stark in ihre eigenen Hände nehmen. Ich habe zwei Söhne, die darauf hinzielen. Der eine ist Schlagzeuger - Sie können sich vorstellen, was das hinsichtlich der Nachbarschaft manchmal bedeuten kann. Da wünsche ich mir in dieser Gesellschaft auch eine Akzeptanz dafür, daß Jugendliche an solchen Stellen auch wirklich erproben dürfen. Der andere wird Bassist; das ist etwas verträglicher.

(Meinhard Füllner [CDU]: Hat man Ihnen auch das Auf-die-Pauke-Hauen beigebracht?)

- Ich erzähle jetzt keine Sachen aus meinem Privatleben, aber ich halte es manchmal für ganz wichtig, auch zu merken, wo denn auch bei Jugendlichen die Reise hingeht. Sie geht ganz deutlich in die Richtung, daß sie ihre eigene Musik entwickeln wollen. Das ist natürlich an der Schule schwer unterzubringen; das ist keine Frage. Sie wollen an dieser Stelle wenig mit Kontrolle zu tun haben, aber sie müssen sich natürlich - das meine ich auch - mit dem auseinandersetzen, was es in der Musik auch an Regeln und festgelegten Bestandteilen gibt. Nur so sind Lernen und Kreativität auch wirklich möglich.

Der Bericht selber benennt die Gefahr - jetzt komme ich zur außerschulischen Musik -, daß **Musikschulen** nicht mehr **allen Bevölkerungsschichten** zugänglich sind. Das halte ich auch selbst für eine ganz bedenkliche Situation.

Wir sollten sehr stark darauf aufpassen, daß es nicht in die falsche Richtung geht. Noch steigen die Anmeldungen trotz zurückgehender öffentlicher Förderung. Der Bedarf an öffentlichen Mitteln muß aber genauestens berechnet werden.

Zudem müssen die Möglichkeiten der **Zusammenarbeit der schulischen und außerschulischen Musikerziehung** verbessert werden. Dazu laufen ja laut Bericht bereits Modellprojekte. Dies würde ich dann auch gern - ich komme damit zum zweiten Teil des F.D.P.-Antrages - nicht in Form einer Anhörung, aber vielleicht in Form einer Arbeitsgemeinschaft aller Beteiligten aufnehmen, damit eine bessere Vernetzung von schulischer und außerschulischer Musikerziehung erreicht werden kann. Hier liegt sicherlich eine bislang zu wenig genutzte Reserve.

Der Musikschultaler - ich muß zum Schluß kommen - ist jedenfalls von erkennbarem Nutzen. Ohne ihn sähe es in diesem Bereich ganz finster aus. Ich glaube, Marianne Tidick hat ihn sich seinerzeit ausgedacht. Man kann ihr für diese gute Idee nur dankbar sein.

(Beifall bei der SPD)

Alles in allem ist der Bericht, den wir bekommen haben, sicher kein Grund zur Freude, sondern eher ein Anlaß zur Sorge um die Musikerziehung in Schleswig-Holstein. Wir müssen dafür sorgen, daß sich hier einiges verbessert. Dazu brauchen wir nicht nur Geld, sondern dazu brauchen wir auch Modelle. Musik sowohl in der Schule als auch in der Gesellschaft lebt ganz wesentlich von ihrer Akzeptanz und der Allgemeinverständlichkeit ihrer Botschaft. Deshalb kommt es hier wie in vielen anderen Lernbereichen besonders auf das Modell an - ich sagte es bereits. Vielleicht würden wir unserem hier vertretenen Anliegen, Frau Volquartz, aber auch uns selber einen guten Dienst erweisen, wenn wir zum Beispiel neben dem FC Landtag einen gemischten Chor aus Abgeordneten aufbauten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Bestimmt stärkt das unsere gemeinsame Debattenkultur.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Abgesehen von ein paar kritischen Anmerkungen hat sich Frau Kollegin Fröhlich meines Erachtens in ihrer Rede eben doch sehr stark an dem Vorbild des Münchners im Himmel orientiert: auf der Wolke sitzen, Halleluja singen und frohlocken,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

jedenfalls in punkto Situation des Musikunterrichts und der Musikerziehung in Schleswig-Holstein. Ich möchte deshalb doch auf die **Schulwirklichkeit** und die Situation des Faches Musik in Schleswig-Holstein zurückkommen.

Musikunterricht wird in diesem Land an den Schulen nicht im vorgesehenen Umfang erteilt; teilweise fällt er sogar ganz aus. Musik ist heute weithin ein Mangelfach. Die Bildungspolitik ist deshalb aufgefordert, darauf hinzuwirken, diese **Mangelsituation** in den kommenden Jahren, in denen ja wegen einer höheren Zahl an Pensionierungen auch wieder mehr Lehrkräfte eingestellt werden können, auch durch zusätzliche Stellen zu beseitigen. Ich kündige hier an: Wir werden im Haushalt 1997 mehr Lehrerstellen beantragen - und diese finanziell auch solide absichern -, als es die Koalition will. Wir werden zeigen, daß die Möglichkeit besteht, bei entsprechender Schwerpunktsetzung die Schulen, gezielt zur Beseitigung von Mangelsituationen, in bestimmten Fächern besser mit Lehrkräften auszustatten.

In der Antwort der Landesregierung heißt es doch so schön, daß der Musikunterricht - Zitat - gegenüber den Herausforderungen der modernen Gesellschaft als **geistig-soziale Quelle** genutzt werden könne, die über die individuelle Daseinsgestaltung hinaus kreativ - zukunftsweisende Potentiale freisetze - auf Seite 13 ist das sehr schön ausgedrückt, für den Leser aber vielleicht etwas zu kompliziert formuliert. Wenn diese schönen Worte aber nicht Wortgeklingel

bleiben sollen, dann müssen wir uns mit der Wirklichkeit an den Schulen auseinandersetzen. Deshalb stelle ich einmal ein Zitat aus einem Brief einer Schulleiternbeiratsvorsitzenden, nämlich derjenigen der Herder-Schule in Rendsburg, entgegen, die im Januar uns Abgeordneten und auch dem Ministerium mitgeteilt hat, daß seit der zweiten Hälfte des Schuljahres 1994/1995 an dieser Schule in zehn Klassen kein Musikunterricht stattfand, daß sich das dann seit 1996 zwar auf sieben Klassen, in denen es keinen Musikunterricht gibt, verringert hat, dafür aber sechs Musikstunden fachfremd erteilt werden. Das ist leider kein Einzelfall. Man hört immer wieder von solchen Engpässen und Problemen an den Schulen in Schleswig-Holstein. Viele Schulen fürchten heute um den Erhalt des letzten und einzigen Musiklehrers, den sie bisher noch haben. Das ist die Realität im Lande.

Da die letzte Stundenfehlstatistik - das ist schon angesprochen worden - nun drei Jahre alt ist und die SPD vor drei Jahren mit ihrer alleinigen Mehrheit im Landtag die **Erhebung des Stundenfehls** abgeschafft hat, können wir der Ministerin jedenfalls hier keine repräsentativen Daten für das Land entgegenhalten. Wir wissen aber aufgrund von Schulbesuchen vor Ort und von Informationen durch die Elternvertreter und die Lehrer, wie schlimm es tatsächlich vielfach um den Musikunterricht an den Schulen bestellt ist. Deshalb erwarten und fordern wir, daß es jedenfalls einmal punktuell für dieses Schuljahr eine **spezielle Erhebung** zur Unterrichtssituation im Fach Musik geben sollte, um wirklich die gravierenden Engpässe in bestimmten Bereichen genauer erfassen zu können, um damit auch Anhaltspunkte dafür zu bekommen, wo die Landespolitik gezielt ansetzen muß, um die Unterrichtsversorgung in Zukunft zu verbessern.

Im Land gibt es bemerkenswerte Unterschiede in den Schularten hinsichtlich der **Ausstattung mit ausgebildeten Musiklehrern**. Legt man die Schülerzahlen der einzelnen Schularten nach der statistischen Vorlage zum Haushaltsentwurf 1997 zugrunde und dividiert dann diese Zahlen durch die auf Seite 5 der Antwort auf die Große Anfrage genannten Zahlen der Lehrkräfte, der Fachlehrer mit einer Ausbildung als Musikpädagoge, dann ergibt sich folgendes Bild - ich habe das einmal ausgerechnet -: An den Grund- und Hauptschulen befindet sich im Durchschnitt für 202 Schüler ein ausgebildeter Musiklehrer im Landesdienst. Bei den

Gesamtschulen sind es 230 Schüler pro Musiklehrer, bei den Gymnasien rund 250 und bei den Realschulen sogar 342 Schüler, für die im Durchschnitt zur Zeit ein ausgebildeter Musiklehrer an diesen Schulen tätig ist. Für jene, die nachrechnen wollen, noch ein Hinweis: Ich habe die jeweils beurlaubten Lehrkräfte aus dieser Berechnung ausgenommen, weil sie ja tatsächlich nicht für den Unterricht zur Verfügung stehen.

Eines wird hier deutlich: An den **Realschulen** im Lande gibt es eine **besonders geringe Ausstattung** mit fachlich für diesen Unterricht ausgebildeten Pädagogen. Ich will damit keineswegs den Einsatz jener Lehrkräfte in Abrede stellen, Kollege von Hielmcrone, die das Fach Musik als Neigungsfach, also ohne eine spezielle Ausbildung, sondern eventuell nur nach einer Fortbildung unterrichten. Das ist natürlich vielfach eine Hilfe, um überhaupt ein Musikunterrichtsangebot sicherstellen zu können. Wir sind uns doch sicherlich darin einig, daß das Ziel darin bestehen müßte, eine möglichst hohe Ausstattung mit fachlich dafür ausgebildeten Lehrkräften zu erreichen.

Ich weise noch einmal darauf hin: Hier sitzen die Realschulen am Ende der Fahnenstange. Das hängt natürlich damit zusammen, daß diese Schulart in den letzten zehn Jahren praktisch kaum Lehrernachwuchs bekommen hat, daß viele Lehrerstellen aus dem Realschulbereich - ob Sie das nun hören wollen oder nicht - in den Gesamtschulsektor übertragen worden sind. Ergebnis ist eben eine Situation, wie wir sie zum Beispiel in Neumünster haben. Ich habe das Beispiel gerade vom Verband der Realschullehrer bekommen. Von den vier Realschulen dort ist nur eine einzige Schule mit einer halben Lehrerstelle eines ausgebildeten Musikpädagogen ausgestattet - das ist dort der Schulleiter -, die drei anderen Realschulen verfügen über keinen ausgebildeten Musiklehrer. Das sage ich, um die Durchschnittszahlen, die ich eben genannt habe, einmal mit einem konkreten Beispiel zu unterfüttern.

So ergibt sich dann auch aus den Antworten der Ministerin Böhrk auf die Große Anfrage, daß das Angebot an **Arbeitsgemeinschaften und Chören** an den Realschulen in den letzten acht Jahren besonders stark zurückgegangen ist, nämlich bei den Arbeitsgemeinschaften von 290 auf 249, bei den Chören von 107 auf 82. Die anderen Schularten

haben den Bestand an Arbeitsgemeinschaften und Chören in der Summe mehr oder weniger halten können. Ich meine deshalb, daß auch bei der Einstellungspolitik der Landesregierung für ausgebildete Musiklehrer die Schulart Realschule in der Zukunft besonders berücksichtigt und unterstützt werden muß. Sie ist - das ist vielleicht auch eine Erklärung für die Situation - mit einer Übergangsquote von 35 % in die weiterführenden Schulen die von der Nachfrage her sozusagen beliebteste Schule im Lande. Sie ist auch - wenn man sich die Schülerströme, die Schulartempfehlungen im Lande anguckt, stellt man das fest - der stärkste Konkurrent der integrierten Gesamtschulen im Lande, was die Aufnahme von Schülern angeht. Es mag natürlich auch mit dieser Tatsache zusammenhängen, daß Realschulen in den letzten Jahren bei der Fachlehrerausstattung deutlich benachteiligt worden sind.

Die Landesregierung hat in ihrer Antwort hinreichend erläutert, worin die **erzieherische Funktion des Faches Musik** besteht und welche Bedeutung dieses Fach für die Entwicklung kreativer Potentiale hat, aber auch für die Entwicklung sozialer Kompetenzen besitzt. Gerade vor dem Hintergrund dieser Bewertung sind wir Liberalen der Ansicht, daß Musikunterricht nicht nur vollständig, sondern auch möglichst durchgehend erteilt werden sollte.

Unter diesem Aspekt sollte etwa die Stundentafel der **Gymnasien** auf mögliche Verbesserungen hin überprüft werden. Die zur Zeit bestehende Möglichkeit, in der 8. und 9. Klassenstufe statt Musik- Kunstunterricht anzubieten, das heißt zwei Schuljahre hindurch überhaupt keinen Musikunterricht zu erteilen, führt nach meiner Einschätzung vielfach zu einem erlaßkonformen Verschwinden des Faches Musik aus der Mittelstufe der Gymnasien, jedenfalls dieser Klassenstufen. Es ist nämlich eine Realität, daß angesichts der Knappheit der Lehrkräfte eher Kunsterzieher vor Ort da sind als Musiklehrer. Hier sollte man auch in Anbetracht der Tatsache, daß an Gesamtschulen in diesen Klassenstufen, etwa 8. Klasse, immerhin insgesamt fünf Wochenstunden für den Bereich Musik, Textiles Werken und Kunst zur Verfügung stehen, bei den Gymnasien etwas nachbessern.

Ich bin sehr damit einverstanden, Frau Fröhlich, Frau Volquartz, einmal darüber nachzudenken, beim Musikangebot an den **Hauptschulen** etwas

nachzubessern. Über diese Fragen - das ist unsere Anregung - sollten wir im Ausschuß diskutieren, aber auch mit den im Musikbereich engagierten Gruppen, Institutionen einen Dialog eröffnen. Frau Fröhlich, da ist nun einmal im parlamentarischen Verfahren die Anhörung das gegebene Instrumentarium, die Möglichkeit, in einer Ausschußsitzung mit Vertretern der Betroffenen das Gespräch zu führen und daraus heraus konkrete Handlungsüberlegungen auch für die Landespolitik zu erarbeiten.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich glaube nicht, daß das eine einmalige Geschichte ist!)

Das kann man nicht in einer sozusagen unstrukturierten Form außerhalb der üblichen parlamentarischen Arbeitsmethoden machen, sondern dafür ist die Anhörung das gegebene Instrument.

In der Antwort der Landesregierung werden die Musikschulen im Lande zu Recht gewürdigt, ebenso wie die Angebote der Volkshochschulen und vieler Vereinigungen und Verbände. Der Vorsitzende des Sängerbundes ist ja jetzt auf seiner Abgeordnetenbank, Kollege Wiesen. Wir Liberale möchten dieses **breite gesellschaftliche Engagement**, die freiwilligen Leistungen der Kommunen auch in Zukunft im erforderlichen Umfang fördern.

Ich sage ausdrücklich dazu: Beim **Zugang zu Musikschulangeboten** muß gewährleistet bleiben, daß auch Kinder aus Familien mit geringerem Einkommen nicht durch zu hohe Gebühren von diesem Angebot an kultureller Bildung abgeschreckt werden. Kulturelle Bildung darf in Zeiten knapper Kassen nicht unter die Räder kommunaler oder staatlicher Sparpolitik gelangen.

Daß es unter den gegebenen finanziellen Rahmenbedingungen schwierig ist, neue Einrichtungen zu schaffen - wie etwa die vom Landesmusikrat geforderte Musikakademie -, ist bedauerlich. Aber wir Kulturpolitiker sollten hier nicht mehr versprechen, als in absehbarer Zeit zu halten ist.

Wir halten es allerdings für notwendig, über die weitere Entwicklung im Bereich Musikunterricht und Musikerziehung mit den Betroffenen in einen

intensiveren Dialog einzutreten. Ich bitte Sie sehr herzlich, unseren Vorschlag, hierzu eine Anhörung durchzuführen, zu unterstützen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Einerseits kann man von der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion etwas enttäuscht sein. Sie ist teilweise recht vage und nicht sonderlich erschöpfend. Andererseits kann man Antworten aber nur auf Fragen erhalten, die man gestellt hat. Wir hätten uns hier eine breitere Perspektive gewünscht.

Wie Sie wissen, wage ich gern den Blick über die nördliche Grenze. Da geht man eine **Bestandsaufnahme** anders an. **Sønderjyllands Amt** zum Beispiel hat in einer Art Zukunftswerkstatt zum Thema Kultur beispielsweise eine Broschüre unter dem Motto „Kultur in den neunziger Jahren - Perspektiven, Ideen, Status“ herausgegeben. Diese Broschüre dient verschiedenen Zwecken. Bürgerinnen und Bürger erhalten die Möglichkeit, sich über das vorhandene Angebot zu informieren. Außerdem sind in der Broschüre Verbesserungsvorschläge für die Kulturpolitik enthalten. Sie sagt auch etwas darüber aus, was Kulturpolitik aus der Sicht der Politiker sein sollte.

So kann man zum Beispiel im Bereich Musik den Vorschlag einer besseren Zusammenarbeit der Musikschulen finden. Oder man findet etwas darüber, daß die Zusammenarbeit zwischen den Professionellen und Amateuren im Musikbereich verbessert werden müßte.

Wir meinen, daß im Zusammenhang mit einer Bestandsaufnahme das **Aufzeigen von Perspektiven** immer wichtig ist. Sicher kann das nicht im Rahmen der Beantwortung einer Großen Anfrage geschehen. Dies wäre aber ein guter Ausgangspunkt für eine fruchtbare Auseinandersetzung mit dem Musikunterricht und der Musikerziehung hier in unserem Land. Diese

Auseinandersetzung muß unserer Meinung nach unbedingt geführt werden.

Zu dem Stellenwert des Musikunterrichts in den Schulen kann keine Aussage in Form einer Schwarzweißmalerei gemacht werden. Auf der einen Seite kennen wir alle Beispiele von gut funktionierendem Musikunterricht, wissen wir - das belegen die Statistiken -, daß es Probleme gibt.

Der SSW ist der Auffassung, daß den kreativen Fächern zukünftig auf der anderen Seite grundsätzlich eine größere Bedeutung zukommen sollte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei sollte der Musikunterricht nicht isoliert als eine reine Vermittlung von kulturellem Wissen betrachtet werden. Um sich in einer Gesellschaft ausdrücken zu können, muß der Mensch bestimmte Ausdrucksformen erlernen. Kulturelle Techniken können die hierzulande üblichen Kommunikationsformen bereichern. Zu diesen Kulturtechniken gehören Theater, Musizieren, Gesang und Tanz.

Andere Kulturen haben diese Ausdrucksformen längst als natürliche Bestandteile in die Erziehung aufgenommen. Von Bekannten habe ich gehört, daß angehende Musiklehrer seit Jahren nach Ungarn fahren, um dort an Ort und Stelle zu erleben, wie die **Einbeziehung der Möglichkeiten musischen Denkens** den gesamten Schulunterricht fördert und niveaumäßig anhebt. Im Unterricht an allgemeinbildenden Schulen - so sagt man mir - erhalten die Schüler täglich zwei Stunden Musik- und Gesangsunterricht. Instrumentalisten erhalten mehrere Unterrichtswochenstunden. Bei uns liegt der Durchschnitt bei 45 Minuten in der Woche.

Vor allem in der Grundschule ist die Reduzierung des Musikunterrichts auf einen so geringen Zeitraum bedenklich. Sie mag noch bedenklicher erscheinen, wenn Lehrkräfte hauptsächlich neigungsbedingt unterrichten. Solche Lehrkräfte haben das Engagement - etwas anderes unterstelle ich ihnen auch nicht -, aber ihnen fehlt vielleicht die qualifizierte Ausbildung.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Schreckensmeldungen über die motorischen

Störungen vieler Kinder könnte unter anderem Musik im Zusammenhang mit rhythmischen Übungen ein geeignetes Mittel zur Verbesserung dieses Zustandes sein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Musik ist also mehr als die Vermittlung kultureller Güter. Das große Gespenst, gegen das wir alle ankämpfen müssen, ist das Vorurteil, Musik diene lediglich der Unterhaltung.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele
Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Wir leben in einer Konsumgesellschaft, vergleichbar einem großen kalten Büfett; jeder nimmt sich das, was er möchte. Das Wort Kreativität hat hier einen niedrigen Stellenwert. Gerade Kreativität aber ist eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, daß wir unsere Gesellschaft sinnvoll erneuern und fortlaufend weiterentwickeln können. Kreativität erfordert Phantasie und die Fähigkeit, träumen zu können. Diese Fähigkeit haben viele Menschen verloren; sie lassen sich lieber passiv berieseln.

Noch etwas: Neulich gab mir ein Neurologe zum Erlernen von Kulturtechniken zu bedenken, daß dieses seiner Meinung nach sehr wohl etwas mit Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik zu tun habe. Denn der Streß des Arbeitsmarktes heute bei denjenigen, die Arbeit haben, sei so hoch; man sehe nur die Produktivitätssteigerung. Der Streß ist also eine so tödliche Krankheit für uns, daß wir, nur wenn wir Kulturtechniken frühzeitig in der Schule erlernen, darüber hinwegkommen können. Seine These ist, daß wir als Menschheit letztendlich zugrunde gehen werden, wenn wir Kulturtechniken versäumen. Ich finde, das ist schon eine wesentliche Betrachtungsweise.

Fast alle in der Antwort auf die Große Anfrage vermerkten Musikschulen verlangen nach besseren Instrumenten, besser ausgebildeten Lehrern, besseren Räumlichkeiten und vielem mehr, verständlich. Wir hoffen deshalb, daß die Landesregierung dem Thema künftig einen höheren Stellenwert beimessen wird, zum Beispiel in den Schulen. Gleichzeitig sind wir vor dem Hintergrund mehrerer Großer Anfragen im kulturpolitischen Bereich der Meinung, daß wir die angeschnittenen

Themen einer breiteren Diskussion zuführen sollten. Wenn alle Antworten auf Große Anfragen in diesem Bereich vorliegen, könnte es unser Meinung nach sinnvoll sein, diese noch einmal vereint zu diskutieren. Das könnte im Landtag passieren, aber natürlich auch im Ausschuß.

Weil wir dafür eintreten, den Musikunterricht und die Musikerziehung einer breiteren Betrachtungsweise zuzuführen, halten wir den Antrag der Fraktion der F.D.P. nicht unbedingt für sinnvoll. Was nützen uns im Endeffekt genaue Daten zum Unterrichtsfehl im Fach Musik? Ist es nicht sinnvoller, daß wir uns mit gemeinsamen Kräften darum bemühen, etwas zu tun, als uns parteipolitisch gegenseitig zu bekriegen? Damit verhelfen wir dem Musikunterricht in Schleswig-Holstein jedenfalls nicht zu mehr Qualität.

(Beifall bei der SPD - Dr. Ekkehard
Klug [F.D.P.]: Das wissen wir!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Vorreiter.

Kläre Vorreiter [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Frau Ministerin! Wir hatten ganz bewußt eine Große Anfrage gestellt, und zwar unterteilt in die Bereiche Musikunterricht und Musikerziehung, Entwicklung seit 1988 und Perspektiven, um auch eine umfassende Antwort zu erhalten. Das Ergebnis entspricht allerdings mehr der Antwort auf eine Kleine Anfrage, sprich: ausgesprochen mager.

(Beifall bei der CDU)

Interessanterweise ist bereits in der Vorbemerkung zu lesen, daß nur in Einzelfällen hinreichend quantitatives Datenmaterial vorliegt. Zusätzliches Datenmaterial konnte nur insoweit beschafft werden, wenn der erforderliche Aufwand vertretbar erschien.

Sehr geehrte Frau Ministerin, wir sind über diese Feststellung mehr als erstaunt. Wenn künftig nach der Melodie verfahren wird: „Der Aufwand ist zu groß, also beantworten wir die gestellten Fragen gleich gar nicht“, ist dies ein ungeheuerlicher

Vorgang, den eine Opposition sich nicht gefallen lassen muß.

(Beifall bei der CDU)

Ich werde auf den Teil Musikerziehung und **Musikschulen** eingehen. Meine Kollegin Angelika Volquartz hat bereits den schulischen Bereich behandelt.

Nach dem Motto „Musik gehört dazu“ ist erfreulich festzustellen, daß eine große Pluralität bei den Freizeitangeboten im Bereich Musik in unserem Land vorhanden ist, die auch alle auf breite Resonanz stoßen. Allerdings haben alle Anbieter eines gemeinsam: Die finanzielle Ausstattung, ob es nun eine institutionelle Förderung oder eine projektbezogene Bezuschussung ist, reicht nicht aus, wie mein Kollege Dr. von Hielmcrone sehr richtig festgestellt hat. Das hat zur Folge, daß die Teilnehmerbeiträge, die erhoben werden müssen, um überhaupt das Angebot aufrechterhalten zu können, angehoben worden sind, und zwar in erheblichem Umfang. Das wiederum macht die Musikausübung für viele musikalische Kinder und Erwachsene unerschwinglich. Nach der wiederholten Anhebung der Kursgebühren war unter anderem in der Presse zu lesen - und da wundert mich die Aussage der Frau Ministerin -, Musikschulen müßten Austritte verkraften, Musikschüler kündigten nach erneuter Gebührenerhöhung.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Solche Aussagen sind, wie ich meine, gefährlich. Da wir aber alle wissen, daß Singen und musizieren nicht nur einen hohen kulturellen Wert haben, sondern damit auch in hohem Maße Gemeinschaft gefördert und ein hoher Beitrag zum allgemeinen kulturellen Leben erbracht wird, muß es auch in Zeiten knappen Geldes möglich sein, seitens des Landes ausreichend zu fördern. Musik darf nicht zum Stiefkind verkommen.

(Beifall bei der CDU)

Bereits zum Haushalt 1996 sollten die Mittel nach dem Willen der damaligen Regierung fast um die Hälfte gekürzt werden. Nur der Druck der Öffentlichkeit, des Landesmusikrates und der vehemente Einspruch der CDU-Fraktion haben zu einem Einlenken geführt.

(Beifall bei der CDU)

Nicht ein zweites Mal darf es zu so einer Verunsicherung der Einrichtungen kommen. Planungssicherheit ist oberstes Gebot, man kann auch sagen: Die politischen Prioritäten müssen entsprechend gesetzt werden.

(Beifall bei der CDU)

Da nützt es wenig, Kollege Dr. von Hielmcrone, immer die Schuldzuweisung in Richtung Bonn zu machen. Nicht umsonst hat die Kollegin Frau Heinold sicherlich die Anfrage nach der Finanzierung der Musikschulen in kommunaler Trägerschaft gestellt. Leider war der Antwort zu entnehmen, daß es auch hier unkalkulierbar ist, wieviel Geld den Musikschulen aus der FAG-Masse zur Verfügung gestellt wird. Der Hinweis, daß die Kommunen ihre Musikschulen stärker fördern sollten, ist sicher ein frommer Wunsch, wenn man weiß, daß die Kreise heute schon bis zu 800 000 DM und mehr für ihre Einrichtungen ausgeben. Bleibt also auch hier die Frage: Ist Musikschule noch bezahlbar? Sollte es zu weiteren Einschnitten kommen, wäre wieder besonders der ländliche Raum betroffen. Denn gerade hier, wo es kein vielfältiges Angebot für Kinder und Erwachsene gibt wie in den Zentralorten oder Ballungszentren, würde ein Stück Lebensqualität verlorengehen. Kulturpolitik bedeutet die Weiterentwicklung der geistigen Infrastruktur eines Landes; sie ist damit eine Investition, die sich allemal mehrfach auszahlt.

Wenn ich dann noch einen Blick in den Bündnisvertrag von Rot-Grün werfe und lese, daß das Land die Weiterentwicklung der traditionellen und der zeitgenössischen Musiklandschaft auch künftig unterstützen wird sowie die eigenständige Arbeit des Landesmusikrates weiter fördern will, dann spitzen wir mal die Ohren und lauschen den Tönen, die da hoffentlich kommen werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 hat Herr Abgeordneter Wiesen.

Hans Wiesen [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Antwort auf die vielfältigen Fragen vorweg: Der Präsident des Sängerbundes läßt singen, er muß nicht singen. Er tut es aber trotzdem gern, aber nicht hier und heute. Mir liegt wirklich daran, ein paar Worte zu dem zu sagen, was wir als Chorgemeinschaft, als Sängerbund Schleswig-Holstein im Lande versuchen zu organisieren.

Der **Sängerbund** Schleswig-Holstein mit Kinder-, Jugend-, Frauen-, Männer- und gemischten Chören - aktuell 438 an der Zahl -, mit 30 000 aktiven Mitgliedern ist eine der größten Kulturbewegungen in diesem Lande.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Caroline Schwarz [CDU])

Wer mich und meinen Typus in der täglichen Arbeit betrachtet und sich fragt: „Was hat der denn eigentlich mit Kultur zu tun?“, der sollte - das ist meine Anregung - einmal seine Definition von Kultur überprüfen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Du bist ein einsamer Sternsinger!)

Aus meiner Sicht, Wolfgang Kubicki, ist Kultur noch etwas anderes als Nolde oder Storm - das auch, aber Kultur ist auch das, was sich aus dem Zusammenleben der Menschen besonders intensiv in den ländlichen Räumen als Ausdruck von Lebensgefühl - Freude, Tod, Liebe, Freundschaft - ergibt; es ist etwas, was sich aus einem Gemeinschaftsgefühl ergibt. Dies wird besonders im Chorgesang deutlich, in dem sich ja nicht nur das gemeinsame Produzieren von Kunst vermittelt, sondern auch die Chorgemeinschaft selbst als soziales Wertgefühl und in dem das gemeinsame Gestalten wirklich mehr für die Lebensgemeinschaft in einer Region, in einem Dorf, in einer Gemeinschaft mit sich bringt, als es diese Menschen in ihrer großen Zahl jeweils singular täteten.

Der Sängerbund Schleswig-Holstein ist dem Hohen Hause für die Förderung sehr dankbar, die er alljährlich erfährt. Dabei ist wahr, daß wir schon eine Einschränkung von jährlich durchschnittlich etwa 66 000 DM auf 56 000 DM haben in Kauf nehmen müssen. Wir haben diese Kürzungen durch

Eigenbeiträge unserer Mitglieder aufgefangen. Ich möchte den Landtag herzlich bitten, darüber nachzudenken, wie auch bei knappen Kassen - nicht für 1997, aber vielleicht für die kommenden Jahre - wieder ein bißchen mehr Spielraum gegeben werden kann. **Musikerziehung** darf sich nicht auf eine besonders positive und liebenswerte Sparte der schulischen Musikerziehung verengen, sondern Musik als Ausdruck von Lebensgefühl und Chormusik als Ausdruck von Lebensgefühl und Gemeinschaftsgefühl müssen diesem Hohen Hause nach meiner Meinung auch weiterhin ein Anliegen sein.

Wenn der Kollege Klug vorhin gesagt hat, wir könnten ja auch einmal überlegen, ob wir neben dem FC Landtag auch einen Chor gründen könnten - -

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war ich! - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das war nicht ich, das war Frau Fröhlich!)

- Bitte?

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Der Vorschlag kam von Frau Fröhlich!)

- Ach, Frau Fröhlich! Richtig, Frau Fröhlich!

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Richtig, wenn Sie gesagt haben: „Machen wir hier doch mal einen Chor!“

(Thomas Stritzl [CDU]: Einen gemischten!)

Ich wäre durchaus dafür, wenn wir denn die Zeit hätten, mindestens einmal die Woche abends - wie es ja bei den Chören im Sängerbund üblich ist - in der Freizeit zweieinhalb bis drei Stunden zu proben, und zwar ohne Alkohol,

(Widerspruch - Zurufe: Oho!)

sondern wirklich zu arbeiten in der Kunst, etwas gemeinschaftlich vorzubringen. Ich wäre sehr dafür.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter Wiesen, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. von Hielmcrone?

Hans Wiesen [SPD]:

Danke, gern!

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]: Herr Abgeordneter Wiesen, sind Sie bereit, den nordfriesischen Dichter Theodor Storm in Ihren Kulturbegriff einzubeziehen, wenn Sie erfahren, daß Theodor Storm ein langjähriger Chorleiter war und sein Chor in Husum heute noch existiert?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Er hat ihn doch gar nicht ausgeschlossen!)

- Vielen Dank, Herr Kollege von Hielmcrone. Das akzeptiere ich sehr gern. Ich wollte damit nämlich meine Ausführungen beenden, weil ich Theodor Storm vorhin schon einmal genannt habe und mir gedacht habe: Jeder bucht ihn als Dichter, aber die Kunst ist doch umfänglicher. Wir sollten die Kultur, die unsere Vorfahren ins Land getragen haben, weiter pflegen. Ich halte dies jedenfalls für eine schöne Gemeinschaftsaufgabe. Für das Hohe Haus böte sich dazu der Wahlspruch an: Die Gedanken sind frei!

(Beifall bei SPD, F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Rossmann.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist ja auch so ein einsamer Sängerknabe!

- Hans Wiesen [SPD]: Ich bin aber nicht einsam! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das weiß ich!)

Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst ist es mir einfach ein Bedürfnis, aus der Sicht eines Parlamentariers zu sagen: Ich finde es

gut - man hört ja auch viel eher zu -, wenn sich Frau Fröhlich oder Frau Spoorendonk hier nicht nach dem bekannten Schema „Opposition - Regierung“ mit einer Anfrage auseinandersetzen, sondern ein paar eigene Gedanken äußern. Vielleicht kann ja auch die CDU einmal akzeptieren, daß man hier vorn versucht, sich ein wenig in Kreativität auszusprechen, statt das an Ritualen abzuwickeln, was wir hier so unendlich pflegen.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß selbst, daß Sie sagen werden: Dann soll er sich an die eigene Nase fassen! Und man soll auch persönlich Besserung geloben.

Frau Volquartz, deshalb nur eine Bemerkung! Wenn Sie denn eine Überraschung bringen, dann doch aber nicht so. Jetzt von den Berufsschulen zu erwarten, daß sie auch noch Musikunterricht geben, nachdem wir doch in der letzten Debatte festgestellt haben, daß gerade von Ihrer Seite in bezug auf die Berufsschulen gefragt wurde, ob nicht die 480 Jahreswochenstunden eigentlich viel zuviel seien,

(Demonstrativer Beifall bei der SPD)

und wir darum streiten, daß es zumindest eine halbe Stunde Sportunterricht gibt - Frau Volquartz, für Überraschungen sollten wir immer gut sein, aber Sie sollten sich nicht von Sitzung zu Sitzung immer so ausdrücken, wie es denn gerade beliebt.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte deshalb auf Ihr Insistieren hin, welches denn die Erwartungen, die Perspektiven in bezug auf den **Musikunterricht** in der Schule sind, aus unserer sozialdemokratischen Sicht noch drei Dinge hervorheben. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß der Ersatzbedarf bis zum Jahre 2004 mit mindestens 200 Musikschulpädagogen gedeckt werden muß. Wenn Sie in die Antwort auf die Große Anfrage hineinschauen, dann werden Sie feststellen, daß dort auch das Wort „mindestens“ steht, und wir sollten dann gemeinsam darauf achten, daß die Rate noch größer wird.

Eine neue Entwicklung sehen wir darin, daß diese Rate ausbaubar ist, denn auch Sie werden in der Antwort gelesen haben, daß es zunehmend - auch im Zuge von Profilen an Schulen - Musikzweige gibt. Darüber sollten wir gemeinsam mehr

nachdenken, ob die Steigerung von vier auf sieben, die sich schon jetzt dokumentiert, nicht noch so weit erhöht werden kann, daß zumindest in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt am Ende eine weiterführende Schule jeder Schulart mit einem Musikzweig ausgestattet werden kann. Dann hat man eine Grundversorgung an jeder Schule und zugleich im Rahmen von Profilbildung auch ein weiterführendes Angebot in einem regionalen Umfeld. Das ist eine Perspektive, die auch weiter trägt. Vielleicht kann dies auch eine gemeinsame Perspektive sein.

(Beifall bei der SPD)

Der dritte Hinweis: Natürlich sehen wir, wenn wir in die Statistiken hineinschauen - und das ist ja eigentlich auch unsere Aufgabe -, daß es selbst in bezug auf die Berufsschulen eine Steigerung der Zahl von Chören und der Zahl von Arbeitsgemeinschaften dort gibt. Das ist gut. Diese Entwicklung können wir auch an den Gymnasien beobachten, aber wir müssen uns doch fragen, ob solche Profile, wie wir sie jetzt vom Ernst-Barlach-Gymnasium in Kiel bis zur Elsa-Brandström-Schule in Elmshorn finden - und alle dazwischen auch -, nicht mehr Unterstützung erhalten können, indem wir nicht nur immer auf die schulmusikalisch ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer reflektieren, Herr Klug, sondern auch ein Potential darin sehen, daß es begnadete Chorleiter gibt, Kirchenmusiker und andere, die über Arbeitsgemeinschaften - vielleicht nach dem Muster „mit Geld Qualifikation in die Schule holen“ - stärker mobilisiert werden könnten. Ich denke, dies wird die dritte Linie sein müssen.

Ein weiterer Punkt, den ich hier nur kurz ansprechen will, um meine Redezeit nicht zu überdehnen, und von dem ich meine, daß er eine Gemeinschaftsleistung quer durch das Haus werden kann: Ich fand, die Ministerin hat sehr treffend gesagt, daß das, was jungen Leuten fehlt, Räumlichkeiten sind, in denen sie Musik ausüben können. Ich frage mich manchmal, ob das Kultursponsoring von uns bisher in bezug auf die Wirtschaft - von den IHK bis zum Handwerk - nicht immer nur zu sehr unter dem Blickwinkel des Geldes gesehen worden ist, ob es nicht eine gemeinschaftliche Initiative sein kann, auch zu fragen: Ihr habt doch häufig auch Gebäude, nicht genutzte Gebäude, nur in einem bestimmten

Rahmen genutzte Gebäude, die ihr zur Verfügung stellen könntet.

(Angelika Volquartz [CDU]: Schulen gibt es zum Beispiel auch! - Weitere Zurufe von der CDU)

Ich wollte nur anregen zu überlegen, ob dies nicht etwas Gemeinschaftliches sein kann, von der politischen Seite her Betriebe und die Kammern allgemein darauf hinzuweisen, daß es ein Realsponsoring geben könnte, mit dem man auch junge Leute unterstützen könnte. Dies ist manchmal viel leichter, als Unterstützung nur in Form von Geld zu leisten.

Dies sollte eine Anregung sein. Unterstützen Sie sie doch bitte auch quer durch das ganze Haus!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann schließe ich die Beratung.

Ich lasse zunächst abstimmen über die Antwort der Landesregierung. Es ist beantragt worden, diese an den Bildungsausschuß zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Dann lasse ich abstimmen über den Antrag der F.D.P.-Fraktion.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Auch Ausschußüberweisung!)

- Auch Ausschußüberweisung, gut. Wer dafür ist, daß auch dieser Antrag dem Bildungsausschuß überwiesen wird, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 5:

Möglichkeiten zur getrenntgeschlechtlichen Unterbringung in Wohnheimen für Frauen mit körperlichen und/oder geistigen Behinderungen

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/383

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich das Wort der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich gleich zu Beginn, da mir das wichtig erscheint nach den Reaktionen, die ich gehört habe, deutlich machen, worum es mir nicht geht.

Die Initiative der F.D.P.-Fraktion will keinesfalls eine Abkehr von der gemeinsamen Unterbringung von Frauen und Männern mit Behinderungen bewirken. Es geht ausschließlich darum, für Bedarfsfälle auch die Möglichkeit zur getrenntgeschlechtlichen Unterbringung zu schaffen. Diesen Bedarf gibt es, wie ich aus vielen persönlichen Gesprächen weiß. Und diesem dringenden Bedürfnis besonders schutzbedürftiger Menschen kann zur Zeit in Schleswig-Holstein nicht entsprochen werden, weil die **gemischtgeschlechtliche Unterbringung**, die wir - ich will das noch einmal betonen - grundsätzlich für richtig halten, derzeit ein Dogma zu sein scheint. Auch wir, Frau Ministerin Moser, sind davon überzeugt, daß sich das Prinzip der gemischtgeschlechtlichen Unterbringung bewährt hat. Natürlich führt diese Form der Belegung immer wieder zu Problemen, die zumeist innerhalb der Einrichtungen, das heißt ohne Eingriffe von außen, lösbar sind.

Aber, meine Damen und Herren, **sexueller Mißbrauch** von Frauen mit Behinderungen, die in solchen Einrichtungen leben, ist eben kein Problem, das sich mal eben mit einem guten Gespräch aus der Welt räumen läßt. Ich bitte Sie in diesem Zusammenhang, versetzen Sie sich einmal in die Lage einer Mutter, die ihre behinderte Tochter auch nur vorübergehend in einer Einrichtung der Behindertenhilfe unterbringen muß! Stellen Sie sich unter der Tochter eine junge Frau Mitte zwanzig vor, die unter einer schweren geistigen Behinderung leidet. Sie ist schwerstpflegebedürftig und bedarf der ständigen Beaufsichtigung, spricht nur wenige Worte und ist von ihrem geistigen Entwicklungsstand her mit einem kleinen Kind zu vergleichen. Meine Damen und Herren, eine Realität und kein Einzelfall!

Frau Moser, ich stimme mit Ihnen völlig darin überein, daß es zunächst einmal darauf ankommt, daß das Personal entsprechende Situationen rechtzeitig erkennt, damit sexuelle Übergriffe auf solche Frauen und Mädchen möglichst ausgeschlossen werden. Sie können aber nicht ausgeschlossen werden, und nicht in jedem Fall sexueller Mißhandlung handelt es sich beim Täter um Mitbewohner, sondern in manchen Fällen leider auch um das Personal.

Aus diesem Grunde appelliere ich heute an Sie: Lassen Sie uns gemeinsam nach Lösungen suchen, die sowohl dem Wunsch vieler betroffener Eltern entsprechen, als auch modernen therapeutischen Erfordernissen gerecht werden!

(Beifall bei der F.D.P.)

Für mich steht eine zeitgemäße Behinderten- und Frauenpolitik keineswegs im Widerspruch zu der Möglichkeit, daß Mädchen und Frauen mit schweren Behinderungen getrenntgeschlechtlich untergebracht werden können. Im August dieses Jahres habe ich mich in dieser Angelegenheit sowohl an die Sozial- als auch an die Frauenministerin gewandt. Frau Birk sicherte mir in ihrer Antwort vom 24. September zu, zu prüfen - ich zitiere mit Genehmigung der Frau Präsidentin -, „ob es künftig in Schleswig-Holstein für Frauen mit geistiger Behinderung auch ein nur für Frauen offenes Unterbringungsangebot geben sollte.“

Sechs Wochen später führte ich ein Gespräch mit dem Verein für Mädchen und Frauen mit und ohne Behinderungen „Mixed Pickles“. Dabei erfuhr ich von der großen Sympathie der Frauenministerin für ein solches Projekt. Natürlich hätte ich mich gefreut, wenn Sie, Frau Birk, sich auch mir gegenüber so deutlich geäußert hätten. Aber in der Sache gibt es offensichtlich Gemeinsamkeiten, die wir im Interesse der betroffenen Mädchen und Frauen nutzen sollten, um eine Lösung zu finden. Es ist völlig unbestritten, daß Menschen mit Behinderungen nicht nur den Wunsch, sondern auch das Recht auf Zuneigung, Liebe und Sexualität haben. Sie haben ebenso das grundgesetzlich garantierte Recht auf freie persönliche Entfaltung, körperliche Freiheit und Unversehrtheit. Und, meine Damen und Herren, das schließt das Recht auf Schutz vor sexueller Belästigung ein.

Die schwierigste Frage in diesem Zusammenhang ist doch, inwieweit Mädchen und Frauen mit schweren geistigen Behinderungen überhaupt ihr Recht auf Selbstbestimmung, also auch auf **sexuelle Selbstbestimmung** ausüben können. Dabei ist mir bewußt, daß selbst bei getrenntgeschlechtlicher Unterbringung sexuelle Übergriffe nicht völlig ausgeschlossen werden können. Aber die Gefahr ließe sich doch erheblich verringern, und ein solches Angebot würde nicht nur dem ausdrücklichen Wunsch von Eltern, sondern auch dem von Heilpädagogen und Therapeuten entsprechen.

Ich wünsche mir daher, daß wir im Ausschuß die Möglichkeit haben werden, uns vorbehaltlos sowohl mit der Durchführbarkeit als auch mit der konkreten Ausgestaltung eines solchen Angebotes auseinanderzusetzen, und beantrage daher Ausschußüberweisung.

Gestatten Sie mir ein letztes Wort! Sie alle werden die Stellungnahme der Lebenshilfe zu diesem Antrag bekommen haben. Ich habe sie auch bekommen. Ich bedanke mich ausdrücklich dafür. Ich hoffe, daß durch meinen Debattenbeitrag heute klargestellt ist, in welche Richtung wir bei diesem Thema gedacht haben. Es ist für uns selbstverständlich, daß wir uns ernsthaft und natürlich unter Anhörung der entsprechenden Verbände mit diesem Thema auseinandersetzen wollen.

(Beifall bei F.D.P. und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Baasch.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Möglichkeiten zur getrenntgeschlechtlichen Unterbringung in Wohnheimen für Frauen mit körperlichen und/oder geistigen Behinderungen. In der Begründung des Antrages heißt es: „Jedoch sind sexuelle Übergriffe auf Mädchen und Frauen mit Behinderungen keine Seltenheit. Insbesondere für Frauen, die aufgrund schwerster geistiger Behinderung gar nicht in der Lage sind, ihr Selbstbestimmungsrecht frei auszuüben, sollte aus diesem Grunde die Möglichkeit zur

getrenntgeschlechtlichen Unterbringung in Einrichtungen der Behindertenhilfe geschaffen werden.“

Eine Aussage, die in ihrer Logik nicht nur nachvollziehbar, sondern auch Gebot für ein Leben in Selbstbestimmung sein müßte. Allerdings widersprechen die meisten, auch von mir befragten Einrichtungen der Behindertenhilfe beziehungsweise die Interessensverbände dieser Logik. So hat der von Frau Aschmoneit-Lücke schon zitierte Landesverband der Lebenshilfe Schleswig-Holstein in einer Stellungnahme zum vorliegenden Antrag mitgeteilt - ich zitiere -:

„Der Antrag der F.D.P.-Fraktion im Landtag geht in seiner Logik davon aus, daß es in Einrichtungen der Behindertenhilfe eine besondere Gefährdung für Frauen mit körperlicher und/oder geistiger Behinderung gibt, Opfer sexueller Übergriffe zu werden. Dieser Logik muß sehr deutlich widersprochen werden.“

Ich denke mir, daß ein wenig mehr dahintersteckt als in dem sehr dünn formulierten Antrag der F.D.P.-Fraktion. Deswegen bin ich Ihnen dankbar, Frau Aschmoneit-Lücke, daß Sie das hier ergänzt und klargestellt haben. Ich halte es auch für richtig, daß wir uns im Ausschuß gezielt mit der Frage beschäftigen, diese Fragen unvoreingenommen angehen und mit Stellungnahmen der Betroffenen und der Verbände erörtern, diskutieren und nach Lösungen suchen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Sexuelle Übergriffe in Einrichtungen der Behindertenhilfe sind hier ebensowenig wie an einem anderen Ort zu tolerieren oder gar zu verharmlosen. Es gibt aber nach Aussage der Lebenshilfe in derselben Stellungnahme keinen geschützteren Rahmen für behinderte Menschen als die Einrichtung der Behindertenhilfe. Auch wenn nicht hundertprozentig auszuschließen ist, daß es in Einrichtungen der Behindertenhilfe zu Übergriffen gegen das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung kommt. Die Lebenshilfe formuliert dies in ihrer Stellungnahme so - ich zitiere noch einmal aus der Stellungnahme -:

„Letztlich gibt es jedoch realistisch keinen geschützteren Rahmen als in einer

Einrichtung der Behindertenhilfe, in denen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit hoher Professionalität arbeiten, sich gegenseitig in der Arbeit beraten und unterstützen und sich damit auch in der Ausübung der Tätigkeit kontrollieren können.“

Zur Frage der **Wohnformen für behinderte Menschen** formulierte die Lebenshilfe in ihrer Stellungnahme:

„Zum Standard in den Wohneinrichtungen von Menschen mit Behinderungen gehört in heutiger Zeit das Leben in Einzelzimmern. Darüber hinausgehende geschlechtshomogene Wohnformen sind durchaus möglich, wenn es hierfür Bedarf gibt. Grundsätzlich sind die Wohnmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung dem Bedarf im Einzelfall anzupassen. Die individuelle Beurteilung der Einzelfälle präjudiziert auch die Entscheidung darüber, ob ausschließlich weibliche Kräfte in der Betreuung und Pflege der Menschen mit Behinderung zum Einsatz kommen sollen. Um im Einzelfall einer Notwendigkeit geschlechtshomogenen Wohnens nachzukommen, bedarf es keiner landesrechtlichen Regelung. Zur Professionalität der Arbeit mit behinderten Menschen gehört heute auch die Berücksichtigung solcher Aspekte.“

Ich glaube, gleichwohl können wir nicht ausschließen, daß es **sexuelle Übergriffe** auch auf **Frauen mit Behinderung** gibt, daß das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung auch in den Einrichtungen für Behinderte verletzt werden kann. Das aber abschließend mit dem vorliegenden Antrag zu beantworten, wäre nicht ausreichend. Wir sollten den Antrag daher im Ausschuß beraten - ich habe das bereits gesagt - und dort auch in eine intensive Diskussion mit den Verbänden, mit den Einrichtungen der Behindertenhilfe, mit Eltern, Betreuern, aber auch mit Menschen mit Behinderungen selbst eintreten, ihre Stellungnahmen einfordern und um fachliche Stellungnahmen bitten. Ich glaube, dann könnten wir zu einem runden Ergebnis kommen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Hunecke das Wort.

Gudrun Hunecke [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Aschmoneit-Lücke, vielen Dank für Ihren Beitrag mit der Klarstellung zu einem Mißverständnis, das sich eingeschlichen hatte. Wir hatten ja zwischenzeitlich auch schon einmal miteinander telefoniert. Damit steht auch der Zustimmung seitens der CDU-Fraktion in der Sache überhaupt nichts entgegen. Mein erster Eindruck beim Lesen war eben, daß Sie das flächendeckend verändern wollten, und dem hätten wir sicherlich nicht zustimmen können.

Ich bin - ich sage das vielleicht zu meiner Ehrenrettung - auch nicht die einzige gewesen, die das so aufgefaßt hatte; wir hatten es ja auch aus dem Mund der „Lebenshilfe“ gehört, daß man dort sofort in diese andere Richtung gedacht hatte.

Ich kann nur sagen: Dieses Problem, das Sie aufgreifen, und Ihr Anliegen und das Anliegen der dahinterstehenden betroffenen Frauen und ihrer Angehörigen wird von uns voll getragen und ebenfalls problematisiert.

Wenn Sie nun noch in Ihrem Antrag nicht nur formulieren würden - im Originalantrag in der dritten Reihe - „in Einrichtungen der Behindertenhilfe“, sondern vielleicht schreiben könnten „in einigen ausgesuchten Einrichtungen“, dann könnten wir sogar heute schon in der Sache abstimmen und brauchen - so wichtig eine Ausschußberatung auch ist - damit nicht in den Ausschuß zu gehen; wir brauchen dann nur an das Ministerium den Auftrag zu geben, um einmal zu hören, wie dort die praktische Umsetzung gesehen wird.

Wenn wir der Lebenshilfe folgen, dann haben wir in Schleswig-Holstein bereits Möglichkeiten - abhängig von der Situation des Einzelfalles - der geschlechtshomogenen Unterbringung, der Versorgung und des Wohnens. Ich kann allerdings nicht nachkontrollieren, ob das der Fall ist. Aber ich denke, auch dieser Aussage müßten wir nachgehen.

Leider ist es in der Tat richtig, daß es zu **sexuellen Übergriffen** auf Mädchen und Frauen gekommen ist und wohl auch immer kommen wird und daß erprobt werden muß, ob eine Unterbringung nur unter Frauen und eine Pflege und Betreuung nur durch Frauen die richtige Form der **Gewaltprävention** ist. Die Antwort liegt für mich nahe und bejaht diese Frage auch, wenn auch ein hundertprozentiger Schutz natürlich in diesem Bereich nicht möglich sein kann.

Sehr verehrte, liebe Kolleginnen und Kollegen, mir ist es aber an dieser Stelle wichtig, ganz ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß in jedem Fall und in jeder Rede, bei jeder Begegnung auch darauf geachtet werden sollte, daß nicht durch Einzelfälle bedingt der Eindruck entsteht, daß es die Gesellschaft hier mit einem weitverbreiteten Phänomen zu tun habe. Ich möchte bitte nicht mißverstanden werden: So schlimm, entsetzlich und verabscheuungswürdig Einzelfälle sind, so sehr ist es geboten, das **Pflegepersonal** bei seiner nicht leichten Arbeit nicht mit einer verallgemeinernden Diskussion, die sich daraus ganz schnell ergibt und die wir gar nicht wollen, zusätzlich zu belasten.

Ob man formulieren kann, daß sexuelle Übergriffe auf Mädchen und Frauen mit Behinderungen keine Seltenheit mehr sind, wage ich deshalb zu bezweifeln. Das würde ja im Umkehrschluß bedeuten, daß sie oft vorkommen.

(Widerspruch bei der F.D.P.)

Das ist ein Riesenvorwurf, der eindeutiger Beweise bedarf. Die Formulierung „keine Seltenheit“ wäre anders übersetzt „oft“. Wenn es nicht selten ist, ist es oft.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein!)

- Gut, das ist mein Verständnis von Semantik und von Inhalt. Wir können das aber im Ausschuß einmal vertiefen.

Ich wollte hier eigentlich nur auf dieses Problem hinweisen, das sich sprachlich dann ganz schnell einschleicht.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Es darf nämlich nicht dazu kommen, daß sich Pfleger ernsthaft überlegen, ob sie überhaupt die Pflege von Frauen übernehmen sollen. Das hätte auf anderen Gebieten fatale Folgen.

Es ist gut, daß wir über dieses Problem, das für die meisten Menschen immer noch im Tabubereich liegt, sprechen, daß wir sensibilisieren und die Verbesserung der Lebenssituation von Mädchen und Frauen mit Behinderung als dringenden und brennenden politischen Auftrag auffassen und begreifen.

Diese Frauen sind ja im sogenannten **Behindertenbericht**, der im vergangenen Jahr erstattet wurde, viel zu kurz gekommen. Wenn die Frau Ministerin jetzt zusammen mit dem Verein „Mixed Pickles“ ein Modellprojekt für Frauen mit Behinderungen plant, stehen wir dem natürlich sehr aufgeschlossen gegenüber und hoffen, daß die Erfahrungen, die in anderen Bundesländern gesammelt wurden, mit einfließen werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ganz besonders wichtig ist mir, daß nicht nur die Erfahrungen eines Vereins berücksichtigt werden, sondern auch die ganze Palette derer, die sich bereits jetzt für diese Frauen einsetzen und die bisher ganz aktiv Unterstützung und Hilfe geleistet haben.

Weil Sie selbst Ausschußüberweisung beantragt haben, schließen wir uns dem gern an.

(Beifall bei CDU, F.D.P. und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich würde diesem Antrag in der Sache sofort meine Zustimmung geben können. Ich glaube aber, die Begründung macht ziemlich deutlich - die Rede von Frau Hunecke hat das noch einmal zusätzlich bekräftigt -, daß wir hier doch einen erheblichen Diskussionsbedarf haben. Ich komme ja

aus der Arbeit mit psychisch Behinderten, und ich finde es ganz wichtig, daß wir hier so etwas nicht eben einmal schnell beschließen, sondern daß wir uns wirklich sehr klar darüber werden, was wir an dieser Stelle eigentlich wollen.

Dabei - das muß ich schon sagen - irritiert mich ein bißchen das Folgende. Ich finde die Forderung nach einer **getrenntgeschlechtlichen Unterbringung** von Frauen mit schweren körperlichen und/oder geistigen Behinderungen richtig. Ich meine aber, daß die **psychisch behinderten Frauen** unbedingt mit dazugehören. Für die gibt es aber nach dem Psychiatriebericht *expressis verbis* diese Möglichkeiten schon.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Deshalb brauchen wir das auch nicht zu fordern!)

- Gut, man sollte trotzdem die Belange der psychisch Behinderten an dieser Stelle mit einbeziehen, weil das eine uralte Frauenforderung ist

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- lassen Sie mich doch erst einmal ausreden, Herr Kubicki; es ist wirklich schwierig, wenn Sie immer alles besser wissen -, daß Frauen in jedem Fall - egal mit welcher Begründung - für sich das Recht haben müssen zu sagen: Ich möchte einen Raum, in dem ich mich für mich allein entwickeln kann.

Wenn Sie jetzt noch einmal einen Blick in den **Behindertenplan** werfen, dann werden Sie feststellen, daß das für behinderte Frauen in ganz besonderem Maße gilt, weil sie einer doppelten Benachteiligung unterliegen. Das heißt also, nicht erst im Hinblick auf irgendwelche bestehenden oder nicht bestehenden sexuellen Übergriffe - ich will das hier gar nicht vertiefen - muß ein solches Recht zugestanden werden, sondern das Recht haben Frauen *eo ipso*.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist aber nun gar nicht so einfach. Wie gesagt: Ich habe in diesem Bereich gearbeitet, und wir haben versucht, psychisch behinderten Frauen eigene Räume vorzuhalten. Das bedeutet aber, daß

der Träger der Einrichtung zum Beispiel auf lange Zeit in Kauf nehmen muß, daß Zimmer freizuhalten sind, die im Moment mit Frauen nicht besetzt werden können, die aber ganz schnell mit Männern besetzt werden könnten. Dann haben Sie in Nullkommanichts eine Einrichtung, in der Männer überrepräsentiert sind und in der Frauen alles andere als die Möglichkeit haben, auch für sich allein Räume zu schaffen.

Das ist natürlich auch gefordert, und das haben Sie ganz sicher auch so mit einbezogen, daß die Frauen an dieser Stelle - so jedenfalls auch gemäß Behindertenplan - ein ganz eigenständiges Recht auf Gestaltung der eigenen Räume sowie auch auf das Leben in ihnen haben sollen. Deswegen ist das hier ein etwas komplexeres Problem.

Außerdem finde ich es auch etwas merkwürdig - wenn ich das noch einmal sagen darf -, daß es in der Begründung heißt, das Prinzip der gemischtgeschlechtlichen Unterbringung habe sich grundsätzlich bewährt. Dann kommt plötzlich der Satz: „Menschen mit Behinderungen haben denselben Anspruch auf Liebe, Zuneigung und Sexualität.“ Was hat das denn damit zu tun? Wie komme ich denn auf Liebe, Zuneigung und Sexualität? Wenn es um sexuelle Übergriffe geht, geht es überhaupt nicht um Liebe und Zuneigung und Sexualität, sondern dann geht es um bloße Machtgier. Das muß man deutlich voneinander trennen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Um Sexualität geht es da doch auch!)

- Das hat nichts mit Sexualität, sondern mit mißverstandener Sexualität zu tun. Herr Kubicki, lassen Sie sich das von mir als alter Feministin ruhig einmal sagen. Davon haben Sie vielleicht nicht so viel Ahnung.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dann geht es in diesem Duktus weiter.

Ich finde, da es an dieser Stelle um das **Selbstbestimmungsrecht von Frauen** geht, egal mit welcher Art von Behinderung, müßten wir uns im Ausschuß mit dieser ganzen Geschichte noch etwas ausführlicher beschäftigen, auch weil das

nicht zuletzt an die Kostenträger besondere Anforderungen stellt.

Ich will kurz noch einen Satz zur Stellungnahme der „Lebenshilfe“ hinzufügen. Ich kann verstehen, daß die „Lebenshilfe“ erst einmal ganz schnell pro domo spricht und sagt, es ist zwar nicht mit hundertprozentiger Sicherheit auszuschließen, daß in ihren Einrichtungen derartige Übergriffe passieren. Erst einmal muß leider gesagt werden: Im Bereich **Psychiatrie** hat fast jede Frau Erfahrungen mit sexueller Gewalt, fast jede. Ich glaube, bei jeder Therapie stellt sich im nachhinein heraus, daß es solche Geschichten gibt. Ich vermute, das gibt es im Bereich geistiger und körperlicher Behinderung genauso, weil sich an dieser Stelle die normale Diskriminierung, die normale Gefährdung von Frauen in dieser Welt natürlich potenziert. Deswegen ist es wirklich ein kompliziertes Geflecht und Gefüge, und ich kann verstehen, daß sich die „Lebenshilfe“ erst einmal vehement vor ihr Modell stellt und deutlich macht: Bei uns ist das nicht möglich. Ich freue mich natürlich, daß das vernetzt und verwoben werden kann mit einem Modell, das „Mixed Pickles“ vorstellt und das vom feministischen Ansatz herkommt.

Deswegen glaube ich, daß es richtig ist, daß wir uns jetzt darauf verständigen, den Antrag in den Ausschuß zu verweisen.

(Beifall der Abgeordneten Monika
Heinold [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Als wir im August die **Widerspruchslösung** als Bestandteil der Neuordnung des **Vergewaltigungstatbestandes** debattierten, sprach sich die F.D.P. gegen den Änderungsantrag des SSW aus. Wir hatten uns für eine Angleichung der Strafraumen der Tatbestände eingesetzt, wie Sie noch wissen, damit künftig nicht nur die Vergewaltigung Nichtbehinderter, sondern auch die Vergewaltigung Behinderter als Verbrechen eingestuft wird. Die Ungleichbehandlung

Behinderter im Strafgesetzbuch halten wir nach wie vor für diskriminierend.

In dem nun vorliegenden Antrag der F.D.P. steht, **sexuelle Übergriffe auf Frauen mit Behinderungen** seien keine Seltenheit. Das stand auch in der Pressemitteilung der Frauenministerin, in der die Zusammenarbeit mit dem Verein „Mixed Pickles“ für das kommende Jahr angekündigt wurde. Allerdings wurde in dieser Pressemitteilung der Frauenministerin auch festgehalten, daß in jedem Einzelfall genau abgewogen werden müsse, ob eine Unterbringung nur unter Frauen eine sinnvolle Form der Gewaltprävention sei.

Diesem Anspruch wird der Antrag der F.D.P. aus unserer Sicht nicht gerecht. Jetzt weiß ich, daß es ein Mißverständnis gegeben hat, das mit Hilfe von Frau Hunecke aufgeklärt worden ist.

Für den SSW wie mittlerweile hoffentlich für alle steht fest: Sexuelle Gewalt findet behinderten Frauen gegenüber statt. Die Frage, die in diesem Zusammenhang bei ernster Auseinandersetzung mit dem Thema aber nach einer Antwort verlangt, ist die, wo Mißbrauch anfängt, wo er stattfindet und was Mißbrauch eigentlich ist. Ist beispielsweise das Waschen und Duschen von Patienten durch Pfleger des anderen Geschlechts unbedenklich, oder liegt hier bereits eine Grenzsituation vor? Ich bezweifle, daß wir als Parlamentarier die nötige Kompetenz besitzen, um das beurteilen zu können.

Wie kann Frauen mit Behinderung geholfen werden, die sexuell mißbraucht worden sind? Das ist doch die Frage. Vielleicht ist es im konkreten Fall sinnvoll, daß die Frau die Möglichkeit erhält, entweder vorübergehend oder auf Dauer woanders zu wohnen. Ob eine getrennte Unterbringung in einem solchen Fall immer erstrebenswert ist, muß unserer Meinung nach eine Frage des Einzelfalls bleiben. Wir sollten nicht vergessen, daß lange dafür gekämpft worden ist, die Geschlechtertrennung aufzuheben.

Letztlich wäre auch die Frage nach der **Finanzierung** zu stellen. Will man betroffene Frauen nicht auf Dauer isolieren, sondern ihnen lediglich für einen Zeitraum die Möglichkeit einräumen, in einer reinen Fraueneinrichtung unterzukommen, dann müßten doch mindestens drei Fachfrauen ständig zur Verfügung stehen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Frage wäre dann, ob eine Anbindung an ein Frauenhaus oder an eine andere Fraueneinrichtung nicht sinnvoller wäre.

Insgesamt ist uns der Antrag der F.D.P. zu vage. Wir treten daher auch für eine Ausschußüberweisung ein.

Ich möchte aber an dieser Stelle schon betonen - das ist auch in den anderen Redebeiträgen angeklungen -, daß wir die „Lebenshilfe“ in ihrer Forderung unterstützen, gegebenenfalls eine Anhörung der Verbände der Behindertenarbeit durchzuführen.

Also: Ausschußüberweisung, damit wir uns gründlich mit dieser Sache befassen können!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst einmal zum Ausdruck bringen, daß ich mich darüber freue, daß wir in der Sache offensichtlich übereinstimmen, nachdem Mißverständnisse ausgeräumt worden sind.

Bei Frau Spoorendonk hatte ich zum Schluß allerdings nicht mehr ganz diesen Eindruck, weil ich glaube, daß sie den Unterschied zwischen Vergewaltigung und Pflege und zwischen **Repression** und **Prävention** - unser Antrag ist präventiv gemeint; das ist doch ganz deutlich - bedauerlicherweise überhaupt nicht nachvollzogen hat.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und Caroline Schwarz [CDU])

Im übrigen möchte ich noch einmal darauf hinweisen, daß es bei der Prüfung, ob das im Einzelfall notwendig ist oder nicht, nicht darauf ankommen kann, daß die Landesregierung, die Sozialministerin oder die Frauenministerin sagt: Das ist notwendig, oder: Das ist nicht notwendig. Es muß die Möglichkeit geben - ich sage das noch einmal ausdrücklich -, dem Wunsch zu entsprechen, auch dem Wunsch der Angehörigen zu entsprechen. Es soll nicht überall, nicht flächendeckend sein; Frau Hunecke hat das richtig gesagt; ganz klar. Die Einzelheiten können wir im Ausschuß weiter besprechen.

Ich möchte aber noch auf eines hinweisen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Als Juristin bin ich gewohnt, mich unmißverständlich auszudrücken. Deswegen habe ich nicht verstanden, daß bei Ihnen wie bei der „Lebenshilfe“ und offensichtlich auch bei anderen diese Mißverständnisse entstanden sind. Wenn ich sage „in Einrichtungen der Behindertenhilfe“, heißt das nicht „in den Einrichtungen der Behindertenhilfe“, sondern in einzelnen Einrichtungen. Dann habe ich gesagt „zu ermöglichen“. Das heißt nicht, es muß geschehen, sondern es soll die Möglichkeit gegeben werden. Ich denke, daß diese Ausdrucksweise jedenfalls vom Juristischen her außerordentlich eindeutig ist.

Liebe Frau Hunecke, wenn Sie sagen, die Ausdrucksweise in der Begründung, es sei „nicht selten“, bedeute für Sie, es sei „häufig“, dann möchte ich Ihnen sagen, daß auch da in der Wissenschaft und im juristischen Bereich völlig klar ist, was der Unterschied ist: „Nicht selten“ heißt „weniger wahrscheinlich“, während „häufiger und oft“ „überwiegend wahrscheinlich“ heißt. Wenn Sie das so nehmen, dann, glaube ich, ist mein Antrag ziemlich präzise gefaßt worden. Aber diese Mißverständnisse sind heute ausgeräumt worden und werden in der Ausschußberatung sicherlich keine Rolle mehr spielen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Ministerin Moser.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Trotz der sehr differenzierten Debattenbeiträge habe ich Zweifel, ob sich dieses Thema einer politisch-parlamentarischen Debatte wirklich ausreichend erschließt. Die einzelnen Rednerinnen haben sich nicht entschieden, ob sie das Thema unter dem Gesichtspunkt „Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen“ betrachten wollen, ob sie es einbetten wollen in allgemeine frauenpolitische Betrachtungsweisen oder ob sie es unter sozialhilferechtlichen Aspekten betrachten wollen. Letzteres käme aus meiner Sicht an dieser Stelle am wenigsten in Frage. Es ist kein Kostenproblem.

Ich denke, wir sind uns politisch grundsätzlich darin einig - das habe ich jedenfalls so wahrgenommen -, daß zu diesen Grundsätzen gehört: Der **Umgang mit Menschen mit körperlicher und geistiger Behinderung** hat nach dem Normalitätsprinzip zu erfolgen, was im Klartext heißt: Diese Menschen sollen ihr Leben möglichst so führen können, wie dies auch Menschen ohne Behinderung tun können. Dazu gehört - auch das ist selbstverständlich - die Fähigkeit, Beziehungen zu Menschen auch des jeweils anderen Geschlechts aufzunehmen und gestalten zu können. Die hier in Frage kommenden Einrichtungen sind gerade deshalb seit einigen Jahren grundsätzlich gemischtgeschlechtlich organisiert. „Grundsätzlich“ heißt nicht, daß dies ein Dogma ist und daß es nicht im Einzelfall anders sein kann und auch anders sein muß.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

Ich glaube, es besteht auch Konsens darüber, daß Menschen mit Behinderung einen Anspruch auf Zuneigung, Liebe und Sexualität haben. Ich möchte dafür plädieren, daß wir es als eine Aufgabe der entsprechenden Einrichtung definieren, die Entstehung entsprechender Kontakte eher wohlwollend zu begleiten und sie zu fördern.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Fröhlich?

Heide Moser, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Ja.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frau Ministerin, stimmen Sie mir darin zu, daß im Behindertenplan zur Wohnsituation ausgeführt wird, daß Wohngruppenplätze, davon sechs Einzelzimmer und ein Doppelzimmer, zugrunde gelegt werden sollen? - Ich sehe, daß Sie mir soweit zustimmen. Stimmen Sie mir des weiteren darin zu, daß es eine Kostenfrage ist, wenn ich in einer solchen Wohngruppensituation Plätze freihalten möchte, damit es einen Frauenbereich gibt?

- Selbstverständlich ist es eine Kostenfrage, wenn ich es so mache.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Alles ist eine Kostenfrage!)

Ich bin aber nicht sicher, ob es sinnvoll ist, das so zu machen. Ich komme darauf noch zu sprechen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gut!)

Ich möchte mit meinen Ausführungen fortfahren. - Zu den Aufgaben der Einrichtungen und des dortigen Personals gehört es auch, zu gucken, ob diese an sich wünschenswerten **sexuellen Kontakte** von einer Seite abgelehnt werden, und diese dann zu unterbinden und die Betroffenen zu schützen.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kenne kaum einen Bereich, in dem der Zielkonflikt zwischen dem Schutz einerseits und dem **Recht auf Selbstbestimmung** andererseits so diffizil ist, wo er so schwer zu lösen ist. Ich glaube, auch darin sind wir uns einig.

Die Grenzüberschreitung und ihre Intensität zu erkennen und in der jeweiligen Reaktion der zu betreuenden Menschen dann auch zu erfassen, das erfordert von dem **Personal** der Einrichtungen ein besonders hohes Maß an Sachkenntnis und Einfühlungsvermögen. Vielleicht gelingt es uns ja,

die Träger zu veranlassen, zu diesem Bereich Fortbildungsveranstaltungen zu machen, was ich sehr hilfreich fände.

Ich glaube, wir haben es hier in der Sache mit einem Einzelfallproblem zu tun. Es geht nicht um eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit, aber in Teilen vielleicht doch um eine Strukturfrage. Ich glaube, die Ultima ratio kann sein, in einer Einrichtung eine reine Frauengruppe einzurichten. Dies wird immer schwierig sein. Ich finde, eine Alternative besteht darin, einzelne Menschen von einer Wohngruppe in die andere zu verlegen. Eine weitere Alternative ist natürlich das Vorhalten spezifischer Angebote, die nur für Frauen zugänglich sind.

Dies alles sollten wir in aller Sorgfalt miteinander, vor allem aber auch mit den Fachleuten bereden, und dann sollten wir uns dieses Thema mit seinen vielen Aspekten und Facetten im Ausschuß vielleicht noch einmal vornehmen. Ich glaube, es ist wichtig - auch wenn wir uns letztlich schon jetzt alle einig sind -, daß wir uns da hineinknien und im Sinne von Bewußtseinsbildung hieran arbeiten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist Überweisung an den Sozialausschuß beantragt worden. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich begrüße jetzt auf der Tribüne die Besuchergruppe der Seniorenpaßaktion Kiel herzlich.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Vereinfachung des Mietrechts

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/398

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Franzen.

Ingrid Franzen [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion des Schleswig-Holsteinischen Landtages unterstützt die Bundesregierung bei der Umsetzung eines Zieles aus ihrem Koalitionsvertrag vom 14. November 1994.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist ganz was Neues!)

Ist das nicht eine Einleitung, meine Damen und Herren von der Opposition,

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

die Sie sich des öfteren wünschen? Es geht dabei - im Ernst - um die **Vereinfachung der Mietrechtsbestimmungen**. Der Grund ist folgender: Das Mietrecht bildet für den überwiegenden Teil der Bevölkerung - es ist bekannt, daß wir im europäischen Vergleich eine geringe Eigentumsquote haben - die Grundlage für ein elementares unverzichtbares Bedürfnis, nämlich das Wohnen. Wollten sich allerdings die Mieterinnen und Mieter, die ja nicht gerade Juristerei studiert haben müssen, über das Mietrecht informieren, so wäre es ihnen wohl nahezu unmöglich; denn das Mietrecht ist ein Teil des Bürgerlichen Gesetzbuchs, das allerdings zigmal geändert worden ist. Es ist unübersichtlich. Es gibt keinen eigenen Teil für das Mietrecht. Das bedeutet, daß andere Paragraphen oft nur analog anzuwenden sind und so weiter.

Ferner finden sich wichtige **Mietrechtsvorschriften** in anderen Gesetzen, wie zum Beispiel die über die Möglichkeit von Mietrechtserhöhungen oder die Sozialklausel bei Umwandlung von Mietwohnungen in Wohneigentum. Hier besteht also dringend Handlungsbedarf. Es muß für beide Mietparteien mehr Transparenz und Rechtssicherheit geschaffen werden, was vielleicht sogar weniger Prozesse zur Folge hat.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert die zuständige Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und

Städtebau auf, im zuständigen Fachausschuß, dem Innenausschuß, die Ergebnisse einer zu diesem Themenbereich eingerichteten **Bund-Länder-Arbeitsgruppe** unter der Leitung des Bundesjustizministers zeitnah vorzutragen.

Ist der SPD-Antrag also ein Selbstläufer? - Im Prinzip, ja. Aber leider hat es zu dieser begrüßenswerten Gesetzesinitiative in Bonn eine öffentliche Begleitmusik gegeben, die Böses - das geht bis hin zum Mißbrauch des ursprünglichen Ansatzes der Mietrechtsvereinfachung - erwarten läßt. Meine Damen und Herren von der Opposition, es wäre ja nicht das erste Mal, daß unter einer eingängigen und werbewirksamen Gesetzesüberschrift in den Paragraphen zum Teil genau das Gegenteil dessen festgeschrieben wird. Das aktuelle Beispiel dafür liegt noch auf dem Tisch: Das ist das zur Zeit in der Beratung befindliche **Arbeitsförderungsreformgesetz**, das, wenn man genauer hinschaut und es sich von Fachleuten erklären läßt, in Wirklichkeit ein reines Streichkonzert zu Lasten Arbeitsloser und eine Beschneidung der Bundesanstalt für Arbeit in der Weise beinhaltet, daß es dem Gesetzgeber eigentlich die Schamröte ins Gesicht treiben müßte, was es aber nicht tut; da braucht man gar keine Hoffnungen zu haben.

Insbesondere die F.D.P.-Bundestagsfraktion meint, sich als Klientelpartei bei der Mietrechtsvereinfachung mit Vorschlägen profilieren zu müssen. Ich nenne Ihnen einige Beispiele.

Gefordert wird von der F.D.P.-Bundestagsfraktion zum Beispiel der **Wegfall der Kappungsgrenze für Mieterhöhungen**

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Zu Recht!)

- Sie sind gleich dran, Herr Kubicki -, die zur Zeit, bezogen auf drei Jahre, 20 % beträgt. Nach dem Motto „Freie Fahrt für freie Vermieter“ soll hier zugelangt werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau!)

Hat die F.D.P. bereits vergessen, daß die Mieten in den letzten sechs Jahren um fast 30 % gestiegen sind und die Bundesregierung das Wohngeld zeitgleich nicht um 1 % angehoben hat?

(Beifall bei der SPD)

Merkt die F.D.P. eigentlich wirklich nicht, daß die Mietlast bei der Bevölkerung zum Teil bis an 40 % bis 50 % ihres Realeinkommens heranreicht, das - im Gegensatz zu den Mieten - überhaupt nicht mehr steigt? Die SPD-Landtagsfraktion folgt hier der Einschätzung der Präsidentin des Deutschen Mieterbundes, Anke Fuchs, die solche Vorschläge als Kahlschlag im Mietrecht bezeichnet hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Völlig parteilos!)

- Sie ist wie ich Sozialdemokratin und damit eine durchaus respektable Frau.

(Beifall bei SPD und SSW)

Sozial besonders pervers ist der gleichzeitige Vorschlag, § 5 des Wirtschaftsstrafgesetzes - **Mietwucher** - zu streichen. Dieser könnte beispielsweise greifen, wenn die Miete die Vergleichsmiete um über 20 % übersteigt. Die Begründung der F.D.P. dazu: Der Paragraph wird kaum angewendet. Folgt man einer Untersuchung des Hamburger Mieterbundes, liegt das eindeutig nur daran, daß erstens vielen Mietern die Grundkenntnis über die Vergleichsmiete fehlt und zweitens sich die Mieter in Zeiten der Wohnungsnot - die haben wir in den letzten Jahren ja unbestritten gehabt - gegen jedwede überhöhte Forderung kaum wehren können, weil alternativer Wohnraum gar nicht zur Verfügung steht. Es gilt also, die Mieter und Mieterinnen aufzuklären und vielleicht auch die Justiz zu sensibilisieren, aber es gilt allemal nicht, Schutzstrafrechte abzuschaffen.

Ein weiteres Beispiel der F.D.P.: Die **Eigenbedarfskündigung** soll auf den Kreis Nichtverwandter, zum Beispiel auf den Kreis von Arbeitnehmern einer Firma ausgeweitet werden können. Das wäre natürlich eine sehr billige Form der Vertreibung von Mietern aus dem eigenen Wohnbereich. Dazu paßt die Forderung nach weitgehendem Wegfall des Kündigungsschutzes bei Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Statt hier durch eine Änderung des Wohnungseigentumsgesetzes eine durch Rechtsprechung aufgerissene Lücke zugunsten der Mieter und gegen die Umwandlungswellen zu schließen, die auch Schleswig-Holstein,

insbesondere den Hamburger Randbereich, ergriffen haben, legt die F.D.P. noch ein Brikett sozialen Sprengstoff dazu. Das wird im Hamburger Randbereich insbesondere die Scientologen freuen, die zu einem Großteil Eigentümer von Mietwohnblöcken sind, die sie in Wohneigentum umgewandelt haben. Herzlichen Glückwunsch zu Ihrem Vorschlag, meine Damen und Herren von der F.D.P.!

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das einzig Beruhigende an den Bestrebungen der F.D.P.-Bundestagsfraktion ist, daß sich zwischenzeitlich die CDU-Bundestagsfraktion, insbesondere aber auch manche B-Länder, unter anderem - man höre und staune - Bayern, davon deutlich distanziert haben. Es fragt sich, wo die schleswig-holsteinische F.D.P. steht - die Zwischenrufe machen das schon deutlich - und wie sich der für die Mietrechtsvereinfachung zuständige Bundesjustizminister verhält, der der F.D.P.-Fraktion angehört, die diesem Papier zugestimmt hat.

Um der F.D.P.-Fraktion nicht zuviel Ehre anzutun und der SPD-Landtagsfraktion und mir nicht den Vorwurf der Einseitigkeit einzuhandeln, möchte ich abschließend in Richtung der Wohnungswirtschaft, hier in Richtung des Gesamtverbandes der Wohnungswirtschaft und dessen Vorsitzenden Jürgen Steinert, deutliche Worte sagen. Von dort wurde unter anderem die Forderung nach einem **Mietrecht auf Probe** für sogenannte Problemmieter aufgestellt. Was das ist, kann man sich unschwer vorstellen. Man nennt sie im Mietrecht die sogenannten „A-Gruppen“: Alkoholiker, Ausländer, Asylbewerber, Alleinerziehende, Alte, und was Ihnen noch mit „A“ einfällt. Hier sollte der Vermieter im ersten Jahr ohne viel Federlesen, das heißt ohne Frist und Form, das Probemietverhältnis, insbesondere beim Auftauchen von Problemen bei der sozialen Integration, auflösen können.

Die SPD sagt hierzu ein klares Nein. So, wie es kein Leben auf Probe gibt, kann es auch für die grundlegenden Bedürfnisse, zum Beispiel für das Wohnen, kein Proberecht geben. Die mir vor kurzem in einer Diskussion von Vermieterseite

nachgereichte Begründung, es gebe doch auch anderweitig Bewährung - gemeint war wohl im Strafrecht -, kann mich nicht überzeugen, denn das Leben darf doch nicht als Straftat bewertet werden.

(Beifall der Abgeordneten Klaus-Peter Puls [SPD] und Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Die SPD-Landtagsfraktion wird die Entwicklung der sogenannten Mietrechtsvereinfachung in Bonn genau beobachten und nach dem Muster „wehret den Anfängen“ den weiteren **Abbau des Sozialstaates** auch im Mietrecht zu verhindern wissen, auf allen Ebenen und mit allen Verbündeten, die wir finden können. Sie sind dazu herzlich eingeladen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Storjohann.

Gero Storjohann [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Vorbereitung eines Gesetzentwurfs zur **Vereinfachung der Mietrechtsbestimmungen** hat der Bundesminister der Justiz eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingerichtet. Es ist kein Geheimnis, daß die mietenpolitischen Vorstellungen zwischen der Bundesregierung und den SPD-geführten Ländern im Bundesrat durchaus voneinander abweichen. Grundsätzlich ist festzustellen, daß die A-Länder den Versuch unternehmen, die Rechtsstellung der Vermieter zu verschlechtern.

Die Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes vom 3. und 10. Dezember bescheinigen für Schleswig-Holstein trübe Aussichten für die Baukonjunktur und die Zahl Baugenehmigungen. Darin heißt es wörtlich:

„Die Aussichten auf zusätzliche Nachfrage nach Bauleistungen sind für die Betriebe des Bauhauptgewerbes in Schleswig-Holstein vorerst als wenig günstig einzuschätzen... Weniger Baugenehmigungen für Mehrfamilienhäuser. 22 % weniger als in den ersten 10 Monaten des Vorjahres.“

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Vor diesem Hintergrund halte ich es aus schleswig-holsteinischer Sicht für durchaus geboten, uns keine Denk- und Diskussionsverbote für Verbesserungen der Investitionsbedingungen im Mietwohnungsbau aufzuerlegen. Die Bauwirtschaft ist dringend auf private Investitionen angewiesen. Neben einem ganzen Bündel von Rahmenbedingungen ist auch die **Ausgestaltung des sozialen Mietrechts** ein wichtiger Entscheidungsfaktor, der besonders in Marktrückgangsphasen zum Tragen kommt. Wir haben in den letzten Jahren durchaus eine Boomphase gehabt; jetzt in der Marktrückgangsphase muß einiges anders bewertet werden.

Das deutsche Mietrecht ist in den letzten Jahren häufig geändert worden und dabei immer komplizierter geworden. Deshalb begrüße ich es - wie auch Frau Franzen - ausdrücklich, daß sich die **Bonner Koalition** auf den Weg gemacht hat, das Mietrecht zusammenzufassen, zu vereinfachen und für alle verständlicher zu machen.

(Beifall des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Ich begrüße auch, daß die **Länder** frühzeitig in den Diskussionsprozeß eingebunden worden sind.

Der beste Mieterschutz ist immer noch ein breites Angebot an Wohnungen und hier besonders im unteren Preissegment.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Das geltende Mietrecht schreckt Investoren häufig ab. Die Kapitalmobilisierung von Privaten, zum Beispiel zur Alterssicherung, ist ein wichtiger Beitrag im Wohnungsbau, und ein überschaubares Mietrecht wird dazu ein Hauptmotiv für die Investitionsentscheidung sein. Eine grundlegende Verschlechterung des Mieterschutzes und des Kündigungsschutzes wird es mit der CDU nicht geben. Die soziale Schutzfunktion des Mietrechtes bleibt auch zukünftig erhalten.

Die SPD begrüßt mit ihrem Antrag die geplante Mietrechtsvereinfachung und fordert die Landesregierung auf, das Ergebnis der **Bund-**

Länder-Arbeitsgruppe, das bereits vorliegt, auf den Tisch zu legen und es im Ausschuß zu beraten. Dem können wir uns anschließen.

Im zweiten Teil des Antrages stellen Sie einen Ablehnungskatalog auf, mit dem wir unsere Probleme haben. Der wird im Landtag zum jetzigen Zeitpunkt nicht die Zustimmung der CDU finden können. Zum Beispiel die Umstellung alter Brutto-Mietverträge! Es existieren immer noch zahlreiche Mietverträge, bei denen die Betriebskosten nicht separat umgelegt werden. Kommunalpolitiker wissen, was wir uns in der letzten Zeit an Kostenerhöhungen in Satzungen haben einfallen lassen. Da kommen so manche Kosten auf die Vermieter zu. Wenn sie die nicht umlegen können, ist die Investition in den Mietwohnungsbau nicht mehr rentabel. Hier halten wir eine Änderung für durchaus sinnvoll.

Die Erweiterung der **Eigenbedarfskündigung** durch Vertrag auch für Nichtverwandte! Auch darüber lohnt es sich durchaus nachzudenken.

Wir hatten im Oktober schon einmal einen SPD-Höflichkeitsantrag - so nenne ich das einmal - zum bereits festgezurrten Landeswohnungsbauprogramm. Jetzt wird durch die SPD wieder der Versuch gemacht, die Haltung der Landesregierung im nachhinein festzuzurren, obwohl die Beratungen in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe bereits abgeschlossen sind. Wir sollten erst einmal abwarten, wie der Regierungsentwurf zur Mietrechtsvereinfachung endgültig ausfallen wird. Dann ist der Zeitpunkt gekommen, über konkrete Punkte zu sprechen. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag in der jetzigen Form ab.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Immer noch herrscht Wohnungsmangel. Diesem Umstand muß jede Änderung des Mietrechtes Rechnung tragen. Weil die Stellung der Mieter vor diesem Hintergrund

noch lange Zeit die des schwächeren Marktpartners bleiben wird, müssen die Mieterrechte verstärkt geschützt werden. Dem steht eine Vereinfachung des Mietrechtes nicht entgegen.

Die Vorschläge der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Mietrechtsvereinfachung hält die F.D.P. für viel zu zaghaft. Das Konzept dieses liberalen Totalitarismus ist leicht durchschaubar. Sie wollen unter dem Deckmäntelchen der Vereinfachung lediglich den Kündigungsschutz schwächen beziehungsweise abschaffen und wollen dem Mietwucher Tür und Tor öffnen. In ihren Zielvorstellungen gehen die Liberalen dermaßen unverblümt vor, daß wir in der Ablehnungsfront sogar die CDU als Mitstreiter begrüßen dürfen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Ziel einer **Mietrechtsnovellierung** muß natürlich sein, mehr Klarheit zu schaffen und unnötigen Streit zu vermeiden. Wie schon in der Energierechtsnovelle vorexerziert, streben die Liberalen in ihren Bemühungen, den Standort Deutschland zu stärken, faktisch lediglich eine Stärkung des Gerichtsstandortes Deutschland an. Liberalität und Marktwirtschaft machen im Mietrecht aus unserer Sicht nur dort einen Sinn, wo beide Marktpartner zum gegenseitigen Nutzen ein Win-win-Geschäft abschließen können. Ein Beispiel dafür ist der erleichterte Abschluß von **Zeitmietverträgen**. Wir befinden uns da in einem gewissen Gegensatz zu den Vorstellungen des Mieterbundes. Aus unserer Sicht können Zeitmietverträge, wenn sie denn echte Zeitmietverträge sind, das Zustandekommen eines Mietverhältnisses erleichtern. „Echt“ bedeutet in diesem Zusammenhang - da sind wir mit der Bund-Länder-Arbeitsgruppe einer Meinung - zum Beispiel der tatsächlich geplante Verkauf einer Immobilie. Damit erschöpfen sich aber auch schon unsere Übereinstimmungen hinsichtlich dessen, was Liberalität im Mietmarkt bedeuten kann, Herr Kubicki.

Wir begrüßen es außerordentlich, daß zum Beispiel Zinserhöhungen nach der Bund-Länder-Kommission in Zukunft nicht mehr auf die Mieter umgelegt werden dürfen. Es ist ja auch absurd, daß ein unwirtschaftliches Agieren auf dem Kapitalmarkt auf Mieter abgewälzt werden kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist auch ein Wettbewerb, dem wir gern die Tür öffnen wollen.

Auch eine höhere Flexibilität in alten Mietverträgen, die keine separate Ausweisung von **Betriebskosten** vorsehen, ist zu begrüßen, Herr Storzjohann, hören Sie hin. Damit wird einerseits den Vermietern die Anpassung an die gestiegenen Betriebskosten erleichtert, gleichzeitig wird aber auch - das ist der ökologische Effekt - eine Motivation für Mieter und Vermieter geschaffen, die Betriebskosten durch geeignete Maßnahmen zu senken.

Von den Vorschlägen der Bund-Länder-Kommission hat für uns auch sehr große Bedeutung, daß zukünftig nach dem Tod eines Mieters nicht nur Familienangehörige, sondern auch Partner dauerhafter Lebensgemeinschaften berechtigt sein sollen, in den Mietvertrag einzutreten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Das trägt den tatsächlichen Lebensverhältnissen breiter Bevölkerungsschichten, darunter auch den gleichgeschlechtlichen Partnerschaften, Rechnung.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

Das haben Sie bisher in diesem Parlament öfter bemüht, Herr Dr. Hennig.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Was habe ich bemüht?)

- Die gleichgeschlechtlichen Lebensverhältnisse.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Die habe ich noch nie bemüht!)

Mietrechtsvereinfachung heißt eben Klarstellung und Zusammenfassung der breit gestreuten Regelungen zum Mietrecht in einem Gesetzeswerk. Dies heißt aber nicht Veränderung oder Verschlechterung der Rechtsposition der Mieter, wie es die Bonner Koalition in Teilen denkt. Besonders das **Mietrecht auf Probe** für sogenannte Problemmieter ist schnell in die

politische Arena gestellt, aber ich frage Sie ernsthaft: Wie soll bitte schön ein Problemmieter definiert sein? Mir scheinen sich diese Überlegungen in das Verständnis von Liberalität einzureihen, das uns neulich aus Hamburg bekannt wurde, wo die einen die Bettler und andere sogenannte Problempersonen aus den öffentlichen Räumen der Stadt verbannen wollten und die anderen, in diesem Fall der F.D.P.-Landesvorsitzende, ihnen wenigstens das Bettelgeld per Steuer aus der Tasche ziehen wollten. Ich sage Ihnen eines ganz deutlich, Herr Kubicki: Auch Bettler sind Mitbürger, auch sie haben bei all ihren Problemen dieselben Bürgerrechte wie jeder andere auch, und dazu gehört die Benutzung öffentlicher Räume,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und dazu gehört ein diskriminierungsfreier Zugang zum Mietmarkt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das müssen Sie mir doch nicht sagen, sondern den Sozialdemokraten! Die waren das doch!)

Was wollen die sogenannten Liberalen noch alles: Der **Mietwucherparagraph** soll abgeschafft werden - Frau Franzen hat das ausgeführt -, **Eigenbedarfskündigungen** sollen erleichtert werden. Zum Beispiel soll die Möglichkeit eröffnet werden, Mitarbeitern, egal wie peripher sie sind, Eigenbedarf einzuräumen. Da soll vielleicht Tante Friedas Cousin oder sein Enkel auch noch in die Auswahl für Eigenbedarfskündigungen kommen. Der Kündigungsschutz bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen soll abgeschafft werden. Ich frage Sie: Auf welchem Stern leben Sie von der Partei der Besserverdienenden denn eigentlich?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Solche Schrottdebatten!)

Ich sage Ihnen: In den Zeiten der sozialen Destabilisierung müssen wir gerade die Rechte der potentiell Schwächeren in unserer Ellenbogengesellschaft schützen. Wir werden keine Aushöhlung von Mietrechten unter dem Deckmantel der Vereinfachung dulden. Ich frage mich auch, wozu die Bundesregierung eine solche Bund-

Länder-Arbeitsgruppe einrichtet, wenn deren Arbeitsergebnisse, so sie denn nicht genehm sind, von der Koalition in Bonn gleich wieder kassiert werden sollen. Dieses Verhalten verdient die umgangssprachliche Bezeichnung Veräppelung, um kein anderes Wort zu benutzen, Frau Präsidentin, mit dem ich die Grenze des parlamentarischen Sprachgebrauchs überschreiten würde. Wir werden dem Antrag der SPD zustimmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute morgen hat die Ministerpräsidentin dieses Landes Herrn Steenblock den Ehrentitel „Möllemann des Nordens“ verliehen. Ich werde mich jetzt darum bemühen, den Titel zurückzugewinnen. Ich frage jetzt einmal in die Reihen der SPD-Fraktion und der Grünen-Fraktion hinein, was denn eigentlich der sinnhafte Inhalt des vorliegenden Antrages ist. Soll nun die Bund-Länder-Arbeitsgruppe weitertagen, oder sollen wir feststellen, wie das gerade Herr Matthiessen gemacht hat, daß es sich dabei um eine Veräppelung handelt und man damit aufhören soll? Was sollen wir denn nun tun? Man kann ja nur das eine oder das andere tun.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

- Frau Franzen, ich komme gleich noch zu Ihnen.

Die F.D.P.-Fraktion begrüßt natürlich die Initiative der Regierungskoalition in Bonn und des Bundesrates, das **Mietrecht** schnellstmöglich zu ändern. Allerdings können wir Ihrem Antrag, der mich doch sehr an einen weihnachtlichen Wunschzettel erinnert, nur in einzelnen Teilbereichen zustimmen. Wir beantragen deshalb die Ausschußüberweisung, um vielleicht noch eine gemeinsame Position erreichen zu können.

Dem ersten Abschnitt dieses Antrages könnte meine Fraktion durchaus vorbehaltlos zustimmen. Auch wir wollen ein leichter verständliches

Wohnraummietrecht in einem eigenen Abschnitt des BGB. Die einzelnen Paragraphen sollten erläuternde Überschriften erhalten, und die Reihenfolge sollte dem Ablauf eines Mietverhältnisses entsprechen. Allerdings treten wir für eine vollständige Überprüfung aller zwingenden Vorschriften des Mietrechts dahin gehend ein, diese nur dann beizubehalten, wenn wirklich ein Schwächerer vor einem Stärkeren geschützt werden muß. Ich frage mich aber, was Sie mit der Nummer 4 des ersten Abschnittes Ihres Antrages bezwecken. Trauen Sie der Ministerin für Wohnungsbau nicht einmal mehr zu, daß sie die Information, die für das Parlament von Bedeutung sein könnte, unmittelbar an dieses weiterleitet, sondern daß es einer Aufforderung des Parlaments an die Ministerin bedarf? Die logische Konsequenz wäre eigentlich, Frau Franzen, einen Mietrechtsänderungsbeauftragten in der Staatskanzlei zu etablieren, der der Ministerin auch diese Arbeit abnehmen könnte, nachdem wir ja da bereits einen Kinderbeauftragten haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so sehr ich auch noch dem ersten Teil Ihres Antrages zustimmen kann, Frau Franzen, um so mehr Probleme habe ich dann mit dem zweiten Abschnitt. Diese Auflistung Ihrer Weihnachtswünsche soll von Anfang an jedwede Diskussion in dem einen oder anderen Fall verhindern. Lassen Sie mich dies an zwei Punkten verdeutlichen. Zum einen möchte ich kurz auf die von Ihnen abgelehnte Streichung der **Kappungsgrenze für Mieterhöhungen** eingehen. Ich darf Sie daran erinnern, daß der Deutsche Bundestag bereits 1982 einmal eine Kappungsgrenze für Mieterhöhungen beschlossen hat. Die Konsequenz war, daß der Mieterhöhungsindex regelmäßig deutlich stärker gestiegen ist als die Lebenshaltungskosten. Zwischen 1983 und 1993 kletterten die Mieten durchschnittlich um 3,63 %, die Preise aber nur um 2,3 %, da die Vermieter konsequenterweise regelmäßig die gesetzlichen Kappungsgrenzen vollständig ausgenutzt haben. Viel sinnvoller wäre nach Ansicht meiner Partei ein Mietspiegelgesetz, sofern es die Preise am Markt wirklich abzubilden hilft und nicht als Mieterhöhungsverhinderungsgesetz konzipiert wird.

Frau Franzen, ich bin wirklich froher Hoffnung, daß Herr Lippe und andere aus der Wohnungswirtschaft Ihre Redebeiträge und die des Kollegen Matthiessen vernommen haben. Es sind nämlich nicht nur

Liberales, die bestimmte Forderungen stellen, es sind auch Leute aus Ihrer eigenen Partei, die in dem Bereich tätig sind, die entsprechende Forderungen erheben. Deshalb sage ich: Es scheint innerhalb der SPD offensichtlich doch einige Leute zu geben, die etwas von der Sache verstehen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ebensowenig kann ich nachvollziehen, weshalb Sie sich so vehement gegen die Abschaffung der **Verlängerungsklausel bei Zeitmietverträgen** aussprechen. Warum nennt man diese Mietverträge noch Zeitmietverträge, wenn der Mieter durch eine einseitige Mitteilung an den Vermieter das Recht hat, den Vertrag in einen Vertrag auf unbestimmte Dauer umzuwandeln?

(Ingrid Franzen [SPD]: Da müssen Sie die Parteien in Bonn fragen!)

Damit wird das gesamte Instrument des Zeitmietvertrages entwertet. Wo bleibt bei Ihrer Interpretation noch der mündige Bürger? Wer einen Zeitmietvertrag abschließt, weiß, daß am Ende des Vertragsverhältnisses das Mietverhältnis endet. Punkt. Schluß.

Auf jeden Fall muß im Rahmen der Mietrechtsreform das soziale Wohnraummietrecht einfacher und verständlicher ausgestaltet werden. Das geltende Recht ist derart umständlich formuliert, daß der Eindruck entstehen muß, es sei als ein Arbeitsbeschaffungsprogramm und als Existenzgrundlage für aufgeblähte Interessenvertretungen gedacht gewesen. Herr Kollege Puls, ich weiß als Anwalt wirklich, wovon ich rede.

Außerdem brauchen wir wieder mehr private **Vertragsfreiheit**. Auf der Grundlage eines einfacheren und verständlicheren Mietrechts kann sich der freie Wille der Vertragsparteien deutlicher entfalten. Nun werden Sie mir gleich wieder entgegenhalten, daß wir den Abbau von Schutzvorschriften

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

für Mieter beabsichtigten. Dies ist aber gar nicht das Problem. Es geht vielmehr darum, daß solche Regelungen unter Erwachsenen und mündigen

Staatsbürgern mittels eines privaten Vertragsabschlusses festgelegt werden können.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die kämpfen doch nicht mit gleichen Waffen, Herr Kubicki! Das wissen Sie doch!)

- Aber, Herr Matthiessen, noch einmal: Manchmal gibt es in Ihrer Partei und in Ihrer Fraktion jemanden, der etwas von Wirtschaftlichkeit versteht oder zu verstehen glaubt. Der spricht von Renditeüberlegungen und von der Funktionsfähigkeit von Angebot und Nachfrage. Verbreitern Sie das Angebot, helfen Sie mit, daß das Angebot an Wohnraum verbreitert wird, und Sie haben bald die Probleme nicht mehr, die wir gegenwärtig haben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Frau Franzen, wir hatten beispielsweise Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre einen Angebotsmarkt. Wir werden ihn wieder erhalten.

(Ingrid Franzen [SPD]: Weil wir so gut gebaut haben!)

- Weil Sie so gut gebaut haben? Weil die Abschreibungsmöglichkeiten teilweise so gut waren! Wir werden demnächst wieder einen Angebotsmarkt haben.

Für eine Fraktion, die sich hier in diesem Hohen Hause hinstellt und die Wohnraummittel zusammenstreicht und damit den effektiven Bau von Wohnraum runterfährt, ist es schon ganz schön mutig, was Sie hier im Bereich des Mietrechts erklären.

(Beifall bei der F.D.P.)

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluß. Die F.D.P. legt Wert darauf - da unterscheiden wir uns von den Autoren des vorliegenden Wunschzettels -, daß ein ausgewogenes Mietrecht gestaltet wird, um so die Interessen von Mietern und Vermietern gleichermaßen zu berücksichtigen. Ich denke, es ist in der Bund-Länder-Kommission, in der auch die A-Länder beteiligt sind, in guten Händen.

Ich frage Sie abschließend, Frau Franzen: Was nutzt der beste Mieterschutz, wenn es niemanden mehr gibt, der Wohnungen vermieten möchte?

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! In Deutschland lebt die überwiegende Anzahl der Bürger in Mietwohnungen. Deshalb ist es nicht ungewöhnlich, daß man im Laufe der Zeit oftmals mit Geschichten konfrontiert wird, die vom Verhältnis zwischen Vermietern und Mietern handeln und die bisweilen unglaublich sind. Ich denke, daß alle dazu beitragen können. Das fängt oft schon bei der Anbahnung von Mietverhältnissen an.

Dort, wo nicht viel Mietraum zur Verfügung steht, müssen sich potentielle Mieter bisweilen viel gefallen lassen. Da geschehen dann Dinge wie im Fall meiner Mitarbeiterin, die mit einer Studienkollegin zusammenziehen wollte. „Mit zwei Frauen ist das ja so eine Sache,“ sagte der Vermieter, „entweder haben die dann immer Männerbesuche - und wir sind schließlich ein ruhiges Haus -, oder sie sind andersrum - und wir sind schließlich ein anständiges Haus.“

Wenn man aus dem Staunen manchmal nicht mehr herauskommt und sich öfter fragt, wie das eigentlich möglich sein kann, gibt es darauf sicherlich mehrere Antworten. Eine der Ursachen dafür, daß wir uns immer wieder wundern müssen, ist mit Sicherheit die, daß das **Mietrecht** für die meisten von uns ein Urwald voller Vorschriften ist, in dem man sich in der Regel zwischen den Paragraphen verläuft. Selbst Mietrechtsexperten stöhnen über die Zeit, die sie brauchen, bis sie die einzelnen Vorschriften überhaupt begriffen haben. Es kann also keine einfache Materie sein. Wenn sich schon die Fachleute schwertun, wie soll dann der Bürger zurechtkommen?

Der SSW hat sich in der Vergangenheit - das wissen einige von Ihnen - häufig über Ausdrucksformen innerhalb der deutschen Regelwerke beklagt. Uns leuchtet in vielen

Zusammenhängen nicht ein, weshalb Regelungen in eine für die Allgemeinheit so schwer verständliche Sprache verpackt werden, wenn man es denn auch einfacher ausdrücken könnte.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Damit die Anwälte beschäftigt werden!)

Unserer Auffassung nach sollte es im Grunde genommen eine der vornehmsten Zielsetzungen des Gesetzgebers sein, Vorschriften so zu formulieren, daß derjenige, der sich mit einer Regelung auseinandersetzen muß, in die Lage versetzt wird, diese auch zu verstehen.

Im Rahmen der Modernisierung der Verwaltung ist man deshalb unter anderem bestrebt, geltende Regelungen von Sprachungetümen zu befreien. Das macht es nicht nur den Bürgern, sondern auch den Angestellten und den Beamten innerhalb der Verwaltung leichter. Der Arbeitsaufwand wird mit klaren, einfachen, verständlichen Formulierungen geringer. Dagegen kann niemand von uns etwas einzuwenden haben.

In Schleswig-Holstein haben wir außerdem das Problem einer überlasteten Justiz. Es wäre in diesem Zusammenhang vorstellbar, daß sich auch im gerichtlichen Bereich vieles einfacher und unkomplizierter regeln ließe, wenn die Bürger ihre Belange nicht ständig delegieren müßten, sondern verstehen könnten, worin ihr Problem besteht. Hierin besteht häufig bereits ihre Schwierigkeit. Wenn sie die Möglichkeit erhielten zu durchschauen, was im Einzelfall Sache ist, bräuchten Sie vielleicht nicht immer den Rechtsbeistand - das ist natürlich schade für die Juristen, aber ich denke, für die Bürger wäre es ganz gut -, und möglicherweise ließe sich die **Prozeßflut** auf diesem Wege eindämmen. Das würde der Justiz in Schleswig-Holstein mit Sicherheit nicht schaden.

Insgesamt kann der SSW eine **Vereinfachung des Mietrechts** daher nur begrüßen. Es wäre eine gute Sache, wenn wir dahin gelangten, daß Paragraphen gekürzt und so formuliert würden, daß sie verständlicher wären. Die Vorschrift zum Beispiel, in der es um die **Kündigung wegen Eigenbedarfs** geht, füllt in der Taschenbuchausgabe des Bürgerlichen Gesetzbuches ganze zwei Seiten. Man kann das nachgucken. Sicherlich wäre die Allgemeinheit selbst mit solchen Veränderungen,

wie sie jetzt diskutiert werden, immer noch weit davon entfernt, daß sich das Mietrecht mit all seinen Tücken eigenständig erschließen ließe. Es wäre aber ohne Zweifel ein Schritt in die richtige Richtung.

Daß gleichzeitig die Ablehnung bestimmter Mietrechtsänderungen durch die Landesregierung im Bundesrat erfolgen soll, die bereits im Vorfeld benannt werden, halten wir auch für sinnvoll, denn wir als Parlament wollen mitgestalten. Auf diesem Weg können wir der Landesregierung Vorgaben machen und müssen uns in der konkreten Situation nicht mit halben Sachen begnügen.

Eine **Miete auf Probe** halten wir für äußerst unsozial. Theoretisch gefragt: Darf einem Mieter, der mit zwei Kindern eingezogen ist, gekündigt werden, weil ein drittes Kind erwartet wird und das nicht so vereinbart worden ist?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Quatsch!)

Ich weiß nicht, ob man sich das in der Wirklichkeit vorstellen könnte. Frau Franzen hat andere, wesentlichere Beispiele genannt. Darum ist es gut so, daß wir darauf reagieren. Also: Mit uns kein Mietrecht auf Probe!

Mieterhöhungen müssen unserer Meinung nach auch dann in Grenzen gehalten werden, wenn der Mieter Wohnraum für einen Mietpreis erhalten hat, der weit unter der ortsüblichen **Vergleichsmiete** liegt. Er muß zuverlässig wissen, in welchem Rahmen sich **Mieterhöhungen** bewegen können. Deshalb halten wir einen Wegfall der Kappungsgrenzen für Mieterhöhungen für nicht vertretbar. Das gleiche gilt für eine Streichung des Mietwucherparagraphen. Sie wäre eine fatale Konsequenz für die Mieter.

Was die Möglichkeiten zur **Kündigung wegen Eigenbedarf** angeht, so treten wir natürlich für die grundsätzliche Möglichkeit der Kündigung durch den Wohnungseigentümer wegen Eigenbedarf ein. Wir meinen aber nicht, daß eine Erweiterung dieser Möglichkeiten über die Belange von Familienmitgliedern des Vermieters hinaus sinnvoll wäre. Dies würde dem Mißbrauch dieser Form der Kündigung Tür und Tor öffnen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist noch sehr vorsichtig formuliert!)

- Genau!

Was die **Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen** angeht, muß man feststellen, daß die Umwandlung an sich bereits wesentlich einfacher geworden ist. Auch in Altbauten ist die Aufteilung in Eigentumswohnungen mittlerweile unproblematisch. Um so mehr stehen wir dazu, daß der Kündigungsschutz in diesen Fällen aufrechterhalten werden muß.

Kurz und gut: Der SSW kann dem Antrag der SPD zur Vereinfachung des Mietrechts inhaltlich deshalb voll und ganz zustimmen.

(Beifall bei SSW und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort der Frau Ministerin Birk.

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Siedebau:

Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Präsidentin! Ich glaube, wir haben den Blick etwas zu weit, wenn Sie diese Mietrechtsdebatte einordnen sollten. Stichwort **Regulierung**, ein Zauberwort, das wir für die Arbeitsmarktpolitik kennen, für die Sozialpolitik, im Gesundheitswesen; ein Zauberwort für das Verschieben der Kräfteverhältnisse zwischen Arm und Reich, zwischen Freiheit und Unfreiheit. Dieses Zauberwort schafft neue Zwänge für die Mehrheit der Bevölkerung.

Nun also findet dieses Zauberwort auch vermehrt Anwendung im Bereich des Wohnens. Sowohl im Wohnungsbau - ich erinnere an den neuen Entwurf des Ministers Töpfer, der in der Quintessenz die finanziellen Lasten für den Wohnungsbau den Ländern überträgt, und die immer noch ausstehende Wohngeldreform als ein weiteres Finanzloch, das insbesondere die Länder und Kommunen trifft - als auch jetzt im Bereich des Mietrechts haben wir seit drei Jahren jetzt wiederholt Angriffe, insbesondere seitens der F.D.P., auf soziale Errungenschaften. Wenn darüber hinaus Kommunen und

Landesregierung in den Bestand des öffentlich geförderten Wohnungsbaus durch Verkaufsabsichten eine große Unruhe bringen, ich denke, dann ist das Stichwort **Deregulierung** keine Übertreibung.

Vor diesem Hintergrund finde ich es sehr wichtig, daß sich ein Landesparlament mit den Änderungen des Mietrechts auseinandersetzt. Ich bin selbstverständlich gern bereit, die dazu notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Es ist auch eine Ermutigung für eine Landesregierung, sehr eindeutige und frühe Unterstützung gegen die Tendenzen der Destabilisierung zu haben, wie sie hier von den Abgeordneten skizziert worden ist.

Ein Blick zurück! Wir hatten schon 1974 die Aufforderung des Deutschen Bundestages an die Bundesregierung, ein Gesetz vorzulegen, das endlich das zersplitterte **Mietrecht** verständlich und übersichtlich zusammenfaßt. Seitdem sind 22 Jahre vergangen. Es ist erst vor zwei Jahren eine Expertenkommission im Auftrag des damaligen Bundesbauministers zustande gekommen, die dann ein Gutachten vorgelegt hat, das allerdings auf große öffentliche Kritik stieß, meiner Ansicht nach überwiegend zu Recht; schon damals zeichnete sich ab, daß ausschließlich an Liberalisierungsvorschläge zugunsten der Vermietparteien gedacht war. Der Aufschrei, der damals erfolgte, hat immerhin dazu geführt, daß sich eine **Bund-Länder-Kommission** 1996 zusammengesetzt hat und einen neuen Anlauf nahm. Es hat dann eine ausführliche Debatte auch zwischen den unterschiedlichen politischen Gleichgewichten, zwischen den Ländern und Bund und Ländern gegeben. Nun haben wir einen neuen Entwurf vorliegen.

In unserem heutigen Mietrecht findet sich beispielsweise bisher noch die Regelung, daß der Mieter eines Tieres die Fütterungskosten zu tragen hat; ich glaube, es ist der damaligen landwirtschaftlichen Situation in Deutschland noch geschuldet. Eine ganze Reihe von wichtigen Regelungen für andere Miet- und Vermietsituationen sind allerdings vergeblich im Mietrecht zu suchen. Wir haben außerdem verschiedene **Novellierungen**, verteilt auf ein ganzes Dickicht und Gestrüpp von Gesetzen, so daß wir endlich tatsächlich eine einheitliche Regelung im **Bürgerlichen Gesetzbuch** brauchen. Sehr wichtig in dem Zusammenhang ist auch das

Miethöhegesetz aus dem Jahre 1974, das nach wie vor ein Nebengesetz ist, in Mietauseinandersetzungen allerdings meistens eine zentrale Rolle spielt.

Da nun 60 % der Bevölkerung zur Miete wohnen ist es sehr wichtig, tatsächlich das Gleichgewicht von Vermietern und Mietern, von Vermieterinnen und Mieterinnen, zu erhalten. Ich möchte in Erinnerung rufen, daß das Mietrecht nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf. Wenn die Bundesregierung im Vorfeld des Gesetzentwurfs zur **Vereinfachung des Mietrechts** trotzdem die Länder an dem Vorentwurf beteiligt hat, so werte ich dies ausdrücklich als ein positives auf Konsens gerichtetes Signal.

Die Arbeitsgruppe hat nun letzte Woche ihre Arbeit beendet. Ich möchte an dieser Stelle einige wichtige Dinge streifen, die von ihr vorgelegt wurden.

Zum einen wird nach wie vor die **Kappungsgrenze** beibehalten, jedenfalls nach der Vorstellung der Arbeitsgruppe.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem hat sich die Arbeitsgruppe lange mit dem Thema **Mietspiegel** auseinandergesetzt. Ich kann nur sagen, daß es zu meinem persönlichen Bedauern dabei keine weitere Verbindlichkeit gegeben hat. Aber immerhin wurde dem Mietspiegel als wichtigem Instrument und Index für Auseinandersetzungen in Mietstreitigkeiten ein hoher Stellenwert eingeräumt, und es wird zu sehen sein, wie die weitere Beratung und die öffentliche Auseinandersetzung zum Thema Mietspiegel hier zu einer gesetzlich verbindlichen Regelung führen werden.

Hier sei an Schleswig-Holstein erinnert: Wir haben aufgrund unserer sehr differenzierten Fehlbelegungsabgabe ein zwar nicht intaktes, aber im Grunde in Zahlen vorbildliches Mietspiegelsystem. Es wäre sehr schön, wir hätten eine gesetzliche Grundlage, diesen landesweit in Zahlen existierenden Mietspiegel auch tatsächlich vor Gericht einsetzen zu können, insbesondere deshalb, weil dieser Mietspiegel, der durch die Fehlbelegungsabgabe entstanden ist, sich auch an den unveränderten Bestandsmieten orientiert und in vielen Dingen insofern sozialer organisiert ist als

manches Regelwerk, das einzelne Städte in Schleswig-Holstein haben.

Ich komme zurück zu den Vorschlägen der Kommission. **Zeitmietverträge** sollen nur noch für eine Höchstdauer von fünf Jahren ohne Verlängerungsanspruch des Mieters in Anspruch genommen werden können. Es geht außerdem darum, daß die Kapitalkostenerhöhung nicht auf die Vermieter umgelegt werden darf. Schließlich - das finde ich ausgesprochen positiv - soll die **Mieterhöhung** besser als bisher gehandelt werden können, hier also deutlich eine Besserstellung des Mieters. Wenn ich überlege, daß die wenigsten Mietwucherprozesse zu einem glücklichen Ende für die Mieterschaft geführt haben, ist das eine längst überfällige Änderung.

Auch das Thema Umwandlung von **Miet- in Eigentumswohnungen** hat die Kommission lange beschäftigt. Es wird daran festgehalten, daß insbesondere in den Gebieten mit erhöhtem Wohnbedarf und großer Wohnungsknappheit eine Zehnjahresfrist gewahrt werden muß, die als Schutz für den Mieter, denke ich, unerlässlich ist. Wir haben außerdem das Thema Ersatz bei Aufwendungen, die durch Modernisierung und ähnliches entstehen. Auch hier ist eine Novellierung erfolgt. Sehr wichtig auch, die Mieterhöhung durch Umbauten und dergleichen darf nicht höher sein als vorher angekündigt.

Schließlich das hier schon angesprochene Thema **Brutto- und Nettomiete**. In der Tat gibt es hier ein Übergangsproblem, das gelöst werden muß, weil natürlich für manche, die sehr günstig gewohnt haben durch eine alte Bruttomiete, hier vielleicht eine Härte entsteht, wenn sie auf einen Schlag nun die Betriebskosten voll selber tragen müssen. Trotzdem halte ich es für richtig, daß man zu dieser Unterscheidung zwischen erster und zweiter Miete kommt, allerdings dürften wir uns die Zusammensetzung gerade der sogenannten zweiten Miete genau ansehen. Insbesondere große Gesellschaften nutzen dieses Instrument auch häufig zu undurchsichtigen Mieterhöhungen.

Wir haben in der Tat auch im Bereich der Wohnungswirtschaft, die öffentliche Mittel in Anspruch nimmt, eine Diskussion, die sie, auf der Seite der Vermietenden stehend, deutlich skizziert. Wir haben natürlich auch dort die Diskussion: Was machen wir, wenn sich ganze größere

Liegenschaften in sogenannte Ghettos verwandeln? Nur, diesem Problem werden wir nicht mit einer Liberalisierung des Mietrechts begegnen, sondern nur mit Ansätzen, die sich an einer guten Gemeinwesenarbeit orientieren, die die Mieterinnen und Mieter durch gezielte Projekte in die Gestaltung des Mietverhältnisses mit einbeziehen. Ich denke hier insbesondere auch an das, was wir im Bereich der Jugendpolitik schon positiv praktizieren. Jugendlichen in Wohngebieten die Möglichkeit der Gestaltung und der direkten Demokratie zu eröffnen, bewirkt wahre Wunder mit wenigen finanziellen Mitteln. Dort, wo sich Vermieterinnen und Vermieter dieser Aufgabe annehmen - hier möchte ich ausdrücklich das positive Beispiel der dänischen Nachbarschaft erwähnen -, klappt auch die Zusammenarbeit viel besser; Investitionsanreize sind dann keine Frage mehr.

(Beifall bei der SPD)

Der Service eines Wohnungsunternehmens ist als ein wichtiges Thema der letzten Fachtagung der norddeutschen Wohnungswirtschaft in den Mittelpunkt gestellt worden. Die Unternehmen dort sind sich klar, daß sie nicht allein mit Forderungen, sondern auch mit einem sehr differenzierten Angebot an die Mieterschaft gewinnen können.

Ich erhoffe mir von der Fachdebatte im Ausschuß weitere Anregungen für die Beratungsarbeit auf der Bundes- und Länderebene.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuß beantragt worden. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Die Überweisung ist einstimmig so beschlossen.

Dann rufe ich Punkt 14 der Tagesordnung auf:

Erhalt der Bahnlinie Ratzeburg-Hollenbek

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/399

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/417 (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/423

Dieser Änderungsantrag ist soeben eingetroffen.

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit diesem Antrag will die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sicherstellen, daß die **Bahnstrecke Ratzeburg - Hollenbek** und die Option eines Eisenbahnbetriebes auf der ehemaligen Verbindung von Hollenbek nach Zarrentin erhalten bleibt. Dies soll durch Verhandlungen der Landesregierung mit der DB AG, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, dem Kreis Herzogtum Lauenburg, weiteren Institutionen sowie möglichen Übergangsnutzern geschehen.

Im Entwurf des **Landesverkehrswegeplans** ist die genannte Strecke als Option für den Nahverkehr aufgeführt. Das heißt, bis zum Jahr 2010 wird eine Inbetriebnahme für den Personenverkehr zwar nicht angestrebt, aber es soll die Sicherstellung der Strecke für eine zukünftige Nutzung erfolgen.

Diese Strecke hat aber nicht nur für den regionalen Verkehr Bedeutung. Ein Blick auf die Landkarte von Schleswig-Holstein mit den Schienenverbindungen beweist, daß diese Strecke eine wichtige Bedeutung für die Zukunft haben kann, eine Zukunft, in der wir die politisch gewollte Renaissance der Eisenbahn verwirklichen wollen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte gern zu dem, was über den Vorrang von **Bahn** oder **Straße** gesagt worden ist, eine Zwischenbemerkung machen. Es geht nicht darum, daß wir die Straßen abschaffen wollen. Wir haben, denke ich - ich betone das immer wieder -, das beste und am besten ausgebaute Straßennetz der Welt. Es

geht schlicht darum, daß die Bahn überhaupt eine Chance bekommen soll und daß in den Bahnbereich so investiert wird, daß Güter- und Personenverkehr vernünftig abgewickelt werden kann. Nur darum geht es.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt eine **Schienenlücke** von 8 km Länge zwischen Hollenbek und Zarrentin. Während fast alle **Straßenverbindungen**, die über die ehemalige Grenze laufen, wiederhergestellt worden sind, sind im Bahnbereich von über 60 möglichen Verbindungen bisher lediglich drei Verbindungslücken geschlossen worden. Dies zeigt auch, in welcher Weise mit Bahnlinien verfahren wird.

Es handelt sich - und insofern bin ich der F.D.P. für ihren Antrag dankbar - um die ehemalige „Kaiserbahn“; das ist die Bahn, auf der der Kaiser früher zur Kieler Woche gefahren ist. Es handelt sich um die ehemalige Hauptstrecke Kiel - Berlin.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht den Kaiser wollen wir wieder haben, sondern die Eisenbahn!)

Auch heute ist es, obwohl die Verbindung Ratzeburg - Bad Oldesloe nicht mehr existiert, trotzdem so, daß die Verbindung von Lübeck in Richtung Berlin auf dieser Strecke um 30 Minuten schneller wäre als auf der jetzigen Strecke über Bad Kleinen, wo die Züge noch umdrehen müssen.

Allein diese Tatsache zeigt, daß diese Strecke auch für den **Fernverkehr** eine wichtige Bedeutung haben kann.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Darüber hinaus hat diese Strecke sicherlich eine Zukunftsbedeutung für den Güterverkehr zwischen Skandinavien und Mitteleuropa. Gerade auch in bezug auf den **Güterverkehr** habe ich schon heute morgen darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, über alternative Strecken zu verfügen, wenn die Hauptstrecken durch Schnellverkehrszüge blockiert

sind. Wir werden zu unabhängigen Güterverkehrsstrecken kommen müssen, und auch dafür hat diese Strecke eine wesentliche eigenständige Bedeutung.

Zum letzten schließlich hat sie eine wichtige Bedeutung als regionale Strecke für den Güterverkehr, weil auf dieser Strecke - sie hat ja nicht umsonst den alten Beinamen „Rübenbahn“ - früher praktisch die gesamte Rübenernte aus diesem Gebiet per Bahn abtransportiert worden ist. Das ist jetzt leider nicht mehr der Fall, sondern das geschieht heute durch LKW. Auch diese Möglichkeit sollte erhalten bleiben, indem man diese Strecke wieder in Betrieb nimmt.

Was den regionalen Güterverkehr angeht, so gibt es ein weiteres entsprechendes Zentrum bei Zarrentin, wo relativ viel Güterverkehr anfällt. Somit bestünde die Möglichkeit, regionalen Güterverkehr wieder an die Hauptstrecken anzubinden.

Jetzt geht es lediglich darum, die Strecke für die Zukunft zu sichern, weil alle wissen, daß eine Strecke, die erst einmal weggefallen ist, hinterher per Planfeststellungsverfahren nur unter ungeheuren Kosten und mit erheblichen Verfahrensaufwendungen wiederherzustellen ist. Deshalb ist es ausgesprochen wichtig, vor allen Dingen Strecken, die auch für die Zukunft eine Bedeutung haben können, zu erhalten.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Deshalb geht es uns darum, diese Strecke für die Zukunft zu sichern und dafür die notwendigen Regelungen zu treffen.

Ich hoffe, daß sich der Landtag unserer Auffassung anschließt und daß wir uns damit eine Chance für die Zukunft bewahren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Poppendiecker.

Gerhard Poppendiecker [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hoffe, daß ich diesmal mit meiner Redezeit auskomme. Den ersten Teil hat Karl Hentschel schon dargelegt: Auch ich denke, daß der Erhalt der Strecke unwahrscheinlich wichtig ist. Deswegen hat mich der Antrag der CDU, diese **Eisenbahntrasse** nicht zu nutzen, sie nicht zu erhalten, sondern darauf eine **Straße** zu bauen, wieder einmal erschüttert. Das war ja 40 Jahre lang Ihre Politik, meine Damen und Herren und Herr Füllner, Eisenbahnstrecken in diesem Lande totzumachen, so daß wir heute dieses Dilemma haben, vor dem wir stehen.

(Widerspruch bei der CDU)

Das ist der Punkt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Nein, darüber brauchen wir doch gar nicht zu reden.

(Meinhard Füllner [CDU]: Das ist Ihre Ideologie!)

- Darüber brauchen wir doch gar nicht zu reden; das gilt für jede einzelne Strecke.

Wir haben heute morgen in aller Sachlichkeit darüber gesprochen und haben festgestellt, daß es bei uns im Lande einige Punkte im Bereich der Eisenbahn gibt, die - der Herr Minister hat es wiederholt -

(Meinhard Füllner [CDU]: Diese Strecke will doch kein Mensch mehr - nur Frau Dr. Happach-Kasan und Sie!)

nicht in den nächsten zwei Jahren, wie es Frau Schmitz-Hübsch von Ihnen gesagt hat, realisiert werden können, sondern das wird noch Jahre dauern. Insofern ist der Antrag der Grünen vernünftig - und wir unterstützen ihn ja auch - zu sagen: Wir wollen diese Strecke erhalten, um auch mögliche Zukunftschancen zu sichern. Karl Hentschel, ich gehe sogar noch weiter und sage: Für den ganzen Verkehr in den Osten Europas ist diese Strecke unwahrscheinlich wichtig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich gehe sogar noch weiter in die Zukunft und behaupte: Wir werden eines Tages an dem Punkt stehen, auch den Lückenschluß wiederherzustellen, der früher einmal auf der Strecke der sogenannten „Kaiserbahn“ vorhanden war. Ich weiß, daß dies für Sie kein Thema ist; Sie sind ja nun einmal Autofreaks. Das hilft alles nichts. Daran geht ja kein Weg vorbei.

Es tut mir leid, Herr Minister, aber es ist nun einmal so, daß das Parlament die Bitte an den Minister richtet, und der Minister muß sie umsetzen. Das nützt ja nun mal nichts.

(Heiterkeit)

Außerdem ist er ja nun nicht zum Vergnügen Minister, sondern er soll ja auch Aufgaben bekommen, die er lösen muß.

(Heiterkeit und Beifall)

Jetzt hätte ich fast gesagt: Er verdient ja auch mehr als jeder einzelne von uns.

(Heiterkeit)

Ich schweife einmal etwas ab. Jetzt möchte ich meine fünf Minuten Redezeit auch ausnutzen. Ich schweife einmal ab. Sie haben dieses Papier vielleicht in Ihren Fächern gefunden. Es ist eben eine „dpa“-Meldung verteilt worden, in der es heißt: Die Post wendet sich in Sachen Briefverkehr völlig von der Bahn ab.

(Zuruf von der SPD: Unerhört!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Das ist Wahnsinn! Sie hat es ja heute schon mit den Briefzentren bewiesen, die dort gebaut worden sind, wo es überhaupt keine Gleisanschlüsse gibt.

Wir sind uns doch einig darüber - das ist auch heute morgen in der Diskussion klargeworden -, daß diese „angepunkteten“ 80 % bis 100 % mehr Güter auf der Straße nicht mehr zu befördern sind.

Deswegen meine Bitte: Ich würde mich wirklich freuen, wenn wir hier eine einstimmige

Beschlußempfehlung hinbekämen, in der wir den Minister bitten, alles Mögliche zu tun, damit wir auch diesen Streckenteil erhalten können. Denn wenn eine Strecke erst abgebaut ist, dann ist sie endgültig weg, Herr Füllner. Diese Politik haben Sie - ich wiederhole mich - jahrelang betrieben, und das wollen wir jetzt stoppen. Wir wollen das jetzt umkehren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordnete Schlie.

Klaus Schlie [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Poppendiecker, Utopie ist ja vom Grundsatz her was ganz Schönes, aber man muß zumindest ein paar Grundlagen haben, über die man auch faktisch reden kann.

In der Perspektive SPNV 2010 für den ersten landesweiten Nahverkehrsplan wird die ehemalige „Rübenbahnstrecke“ **Ratzeburg - Hollenbek - Zarrentin** mit einer Streckenlänge von 17 km und fünf möglichen dörflichen Haltepunkten im allgemeinen Nutzen für den **Güterverkehr** charakterisiert und mit einer Option für den Güterverkehr versehen. Realität ist, daß der Nutzen dieser Strecke für die „Rübenbahn“-Verladung seit Jahren nicht mehr gegeben ist, trotz, Herr Kollege Poppendiecker, erheblicher finanzieller Zuschüsse der öffentlichen Hand. Eine Rückverlagerung dieses landwirtschaftlichen Güterverkehrs auf die Schiene ist völlig ausgeschlossen, schon aufgrund der Struktur, wie sie sich beispielsweise zwischenzeitlich auch in Uelzen entwickelt hat. Darüber hinaus hat die Deutsche Bahn AG den Kreis und die Stadt Ratzeburg gerade eben mit dem Beschluß konfrontiert, die Güterverladestelle Ratzeburg zu schließen, weil kein entsprechender Bedarf vorhanden ist. Wir haben Sie angeschrieben, Herr Minister, weil wir denken, daß wir darüber nochmal ein Gespräch führen könnten, um deutlich zu machen, welche Bedeutung der Güterverkehr zur Zeit überhaupt hat.

Trotz dieser Sachlage hat der Kreistag des **Kreises Herzogtum Lauenburg** mit rot-grüner Mehrheit beschlossen, ein Gutachten zur Untersuchung der

jetzt zur Diskussion stehenden DB-Strecke Ratzeburg - Hollenbek in Auftrag zu geben. Hier ist das Ding! Kosten: 75 000 DM.

(Meinhard Füllner [CDU]: Das müßtet ihr mal lesen!)

Ergebnis: Viel Theorie, kein einziger praktischer Vorschlag für die mögliche Notwendigkeit dieser Strecke.

Dann allerdings - Sie erinnern sich sicherlich noch, Herr Minister - begann der Landtagswahlkampf. Und der vermeintliche Realist dieser **Landesregierung** bekam den Auftrag, die Grünen vor Ort ruhigzustellen. Schließlich kann es ja zu einer rot-grünen Koalition kommen, und dem darf sich dann auch Herr Steinbrück nicht verschließen, wenn auch mit großem Bauchgrimmen, wie wir zwischenzeitlich mal wieder vernehmen.

In einem Schreiben an den Kreis teilt Herr Steinbrück mit - ich will das einmal zitieren, Herr Minister -:

„Inzwischen habe ich auf einer Veranstaltung am 4.3.1996 in Hollenbek mit Interesse an der Strecke ein Gespräch geführt und zugesagt, daß das Land 50 % der Unterhaltungskosten für den Zeitraum von drei Jahren übernimmt, wenn es gelingt, den Kreis und einen künftigen Betreiber für die andere Hälfte der Unterhaltungskosten zu gewinnen.“

Daraufhin beschließt der Kreistag - ich betone, dort gibt es eine rot-grüne Mehrheit, Herr Kollege Hentschel - am 22. März 1996 folgendes: Eine finanzielle Beteiligung des Kreises an diesem Projekt ist nicht möglich. Der Zuständigkeitsbereich für Bahnstrecken in Schleswig-Holstein ist klar abgesteckt. Der **SPNV** wird durch das **Land** geregelt. Und für den **Güterverkehr** ist der **Bund** zuständig. Die Konstellation für die Zukunft ist damit eindeutig auf einer anderen Ebene als der des Kreises zu suchen.

Ich denke, Herr Kollege Hentschel, eine ganz eindeutige, mit rot-grüner Mehrheit versehene Entscheidung des Kreistages Herzogtum Lauenburg. Bei der öffentlichen **Anhörung zum Gutachten des Kreises** am 21.11.95 erklärte der Vertreter des Ministers für Wirtschaft, Technik und

Verkehr des Landes folgendes in einem abgestimmten Protokoll:

Erstens, die Landesregierung habe versucht, die Strecke in den Bundesverkehrswegeplan aufnehmen zu lassen - nun hören Sie gut zu -, jedoch sei dies an der nicht überregionalen Bedeutung gescheitert.

Zweitens erklärte der Vertreter des Hauses von Herrn Steinbrück, nach Auffassung seines Hauses hätte die Trasse als örtliche Umgehung Hamburgs für den Güterverkehr eine Chance, jedoch müsse man feststellen, daß die Bahn AG an dieser Strecke nicht interessiert sei.

Und drittens erklärt der Vertreter von Herrn Steinbrück, eindeutig festzustellen bleibe, daß für den Schienenpersonennahverkehr kein eigenwirtschaftlicher Betrieb möglich sei, so daß Dritte gefunden werden müßten, die die Finanzierung übernehmen würden. Es könne nicht davon ausgegangen werden, daß eine Finanzierung über die Regionalisierungsmittel erfolge. Soweit das Ministerium dieses Landes.

Die Vertreter des Landes Mecklenburg-Vorpommern äußern sich ebenso zur Nichtbedeutung dieser Strecke. Eine Bedeutung für die Personenbeförderung wird allgemein auch in dieser Anhörung verneint.

Und jetzt kommt's! Die jährlichen Unterhaltungskosten für die Strecke beziffert der Gutachter mit 120 000 DM. Die jährlichen Unterhaltungskosten! Unmittelbare Kosten für die Verkehrssicherungspflicht in den nächsten beiden Jahren entstehen in Höhe von 280 000 DM. Und nach 1998 muß gemäß Gutachten eine Schadensbeseitigung an den Bauwerken vorgenommen werden. Investitionskosten in Höhe von 1 080 000 DM werden notwendig.

(Glocke der Präsidentin)

- Frau Präsidentin, ich bin gleich fertig.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Nein, darum geht es nicht. Ich möchte nur um etwas mehr Ruhe bitten. Denn es ist nicht einzusehen, daß die Redner mit fortschreitender Zeit anfangen müssen zu schreien.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter Schlie.

Klaus Schlie [CDU]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Diese Zahlen, die nicht von mir stammen, sondern die der Gutachter ermittelt hat, weisen **Gesamtkosten** bis 2010 von rund 3 Millionen DM nach. Herr Minister, ich frage Sie: Wie soll das finanziert werden? Für eine Strecke, die keine Bedeutung hat! So jedenfalls die Mitteilung aus Ihrem Haus. Darüber hinaus frage ich Sie, Herr Minister Steinbrück, ob es zutreffend ist, daß die kostengünstigste Trasse für die Ortsumgehung der B 208 in der Stadt Ratzeburg aufgrund der Kostenermittlung Ihres Hauses die Eisenbahntrasse ist. - Nicht, daß Sie etwa denken, wir hätten das erfunden. - Und halten Sie es nicht auch für absolut notwendig, daß diese im Bundesverkehrswegeplan abgesicherte Umgehungsstraße jetzt so schnell wie möglich geplant wird und dann die ökologisch sinnvollste - so wiederum Ihr Haus - und kostengünstigste Lösung realisiert wird?

Die rot-grüne Ideologie im Verkehrsbereich kann jedenfalls nicht zu Lasten des kommunalen Bereichs mit dem Erhalt dieser Bahnstrecke erreicht werden, die keine Bedeutung hat, jedenfalls nach Aussagen der Fachleute. Deswegen bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ihr Antrag, Herr Hentschel, ist relativ lang formuliert, die Strecke, um die es geht, ist kurz. Herr Schlie hat es eben ausgeführt.

Eines ist mir nicht ganz klar. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Herr von Schmude hat jahrzehntelang die Wahlkämpfe bei uns im Kreis geführt unter dem Motto: Wir müssen die „Rübenbahn“ erhalten. Denn wenn die Einheit

kommt, dann brauchen wir sie. Denn nur unter dieser Voraussetzung ist diese Bahn jemals vom Bund gefördert worden, nämlich in Erwartung der Einheit. Und jetzt kommt die Einheit, und nun wollt ihr die Bahn abbauen. Das ist mir nicht verständlich. Es war immer so, daß sie überhaupt nicht über den Rübenverkehr realistisch finanziert werden konnte, sondern das ist eine Maßnahme in Erwartung der deutschen Einheit gewesen. Und jetzt haben wir die Einheit, und dann baut man das ab. Das kann ich nicht verstehen.

(Beifall bei F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Günter Neugebauer [SPD]: Wenn das Helmut Kohl wüßte!)

Die örtliche **Umgehung Ratzeburgs** wird von der SPD wie von der CDU befürwortet. Auch der Minister hat sich dafür ausgesprochen. Die F.D.P. ist nicht der Ansicht, daß damit die Verkehrsprobleme in Ratzeburg gelöst werden. Von daher ist es auch aus kommunaler Sicht nicht erforderlich, daß wir die Option auf eine solche Trasse aufgeben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Diese Trasse ist Teilstrecke der ehemals bestehenden Eisenbahnverbindung Kiel - Berlin, und als solche Teilstrecke ist sie zu betrachten. Allein den Torso **Ratzeburg - Hollenbek** aus verkehrspolitischer Sicht zu betrachten, macht absolut keinen Sinn, sondern es muß darum gehen, die Gesamttrasse zu erhalten, und dazu gehört die Trasse Ratzeburg - Hollenbek plus einem Lückenschluß zwischen Hollenbek und Zarrentin.

(Beifall bei F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Die Einrichtung eines **Personenverkehrs** von Ratzeburg nach Hollenbek ist absolut unwirtschaftlich. Dem kann man in keiner Weise zustimmen. Wir haben auch Probleme, Herr Hentschel, dem Teil Ihres Antrags zuzustimmen, bei dem es um ein Finanzierungsmodell geht, weil wir meinen, den Erhalt von Schienen, die bei einer wirtschaftlichen Nutzung der Strecke in jedem Fall erneuert werden müssen, mit 120 000 DM im Jahr zu bezuschussen, das ist zuviel. Wir sehen es aber

für verkehrspolitisch sinnvoll an, in Erwartung einer Bundeshauptstadt Berlin, die zusätzliche Aufgaben übernehmen wird, daß wir die Option auf eine Trasse erhalten. Denn Sie haben in der Begründung sehr richtig dargestellt, eine neue Trasse im **Planfeststellungsverfahren** neu festzustellen, ist außerordentlich aufwendig und sehr mühsam. Wir haben hier auch aus überregionaler Sicht eine sinnvolle Trassenführung, die es lohnt, erhalten zu werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Die Aussage des Landesverkehrsplanes gibt völlig zutreffend die Empfehlung „Option“ wieder. Sie spricht im übrigen nicht nur vom Güterverkehr, sondern auch von der Netzwirkung. Deswegen muß man diese Trasse nicht als Einzelstück betrachten mit Regionalverkehr, sondern man muß sie als Teil eines Netzes betrachten, und dann hat sie ihren Sinn. Es ist bedauerlich, daß die CDU im Kreis zwar dem Transrapid in Erwartung einer Bundeshauptstadt Berlin zustimmt, einer Eisenbahntrasse, allerdings, die für Lübeck eine bessere Verbindung nach Berlin bedeuten würde, nicht zustimmen kann. Das kann ich nicht so ganz verstehen.

(Beifall bei F.D.P., SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bitte Sie, dem Antrag der F.D.P. zuzustimmen. Wir können dem Antrag der Grünen nicht zustimmen. Wir werden uns enthalten, weil wir der Meinung sind, daß die finanziellen Auswirkungen des Antrags doch etwas skeptisch zu beurteilen sind.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Gerckens.

Peter Gerckens [SSW]:

Liebes Präsidium! Meine Damen und Herren! Von der Richtung her kann der SSW diesen Antrag unterstützen,

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Welchen?)

- den Antrag der Grünen - da er ja im Grunde genommen die Probleme aufgreift, die auch für andere Regionen in Schleswig-Holstein Geltung haben, die von einer Stilllegung von Strecken betroffen sind. Wenn man sich die Landkarte ansieht, spricht in der Tat vieles dafür, die Strecke Ratzeburg - Hollenbek zu erhalten, damit man dann später die Option auf die ehemalige Verbindung von Hollenbek nach Zarrentin nutzen kann. Durch die Grenze zur damaligen DDR wurde diese alte Ost-West-Verbindung nach Mecklenburg-Vorpommern und Berlin abgeschnitten. Sowohl für den Schienengüterverkehr als auch für den Schienenpersonenverkehr wäre diese Öffnung der Strecke sinnvoll.

Auch im Landesteil Schleswig haben wir stillgelegte Strecken, deren Inbetriebnahme der SSW seit Jahren befürwortet. Die Problematik der stillgelegten Strecke Niebüll - Tondern ist ähnlich der von **Hollenbek - Zarrentin**. Die Strecke Niebüll - Tondern ist ebenfalls als Option im Landesverkehrsplan eingestuft. Die Wiedereröffnung der Marschenbahn durch die Anbindung von Jersbek nach Hamburg würde auch einen Gewinn für den Schienengüterverkehr und für den Schienennahverkehr sein.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Entschuldigung, Herr Abgeordneter. Ich möchte noch einmal um etwas mehr Ruhe bitten, damit wir zügig zum Schluß kommen können.

Sie haben weiter das Wort, Herr Abgeordneter.

Peter Gerckens [SSW]:

Bei dieser Verbindung ist ja dann nur zu hoffen, daß wir auch die Unterstützung unserer Freunde aus dem Amt Sønderjylland bekommen, denn da gehen die Aussagen ja manchmal in eine andere Richtung.

Wir haben heute morgen den Engpaß im **Schienenverkehr** auf der Strecke Padborg - Hamburg besprochen. In diesem Zusammenhang hat der Wirtschaftsminister völlig richtig festgestellt, daß wir angesichts des künftigen Verkehrsanstieges sowohl auf die Straße als auch auf die Schiene setzen müssen - auf beides. Aber soviel Güter wie

möglich auf die Schiene zu bekommen, bedeutet auch, daß wir alle vorhandenen Möglichkeiten, die dazu dienen, die Kapazität des Schienenverkehrs zu sichern und auszuweiten, nutzen müssen.

Weil der Antrag auf die Sicherung einer solchen Kapazitätserweiterung des Schienennetzes abzielt und den Schienennahverkehr stärkt, kann der SSW das mit unterstützen. Den Änderungsantrag der F.D.P. halten wir für nicht ausreichend. Eine planerische Sicherstellung ist nicht genug. Man muß die jetzige Strecke erhalten, weil jeder Versuch, später eine neue Strecke zu bauen, mit ungleich höheren Kosten und Schwierigkeiten verbunden wäre.

Auch für die Strecke Niebüll - Tondern gilt, daß man unbedingt dafür sorgen muß, daß die Strecke in einem vernünftigen Zustand gehalten wird, weil sonst eine spätere Nutzung sehr schwierig werden würde. In Verbindung mit der Wiedereröffnung der stillgelegten Strecke ist die Frage der Finanzierung sehr wesentlich.

Weil wir wissen, daß sowohl der Bund als auch das Land in den nächsten Jahren erhebliche Mittel für den **Schienennahverkehr** bereitstellen werden, sollten wir - so glaube ich - auch dieser Möglichkeit der Öffnung positiv gegenüberstehen.

Ich möchte abschließend noch einmal erklären: Der SSW steht nach wie vor zum Schienennahverkehr, doch jeder, der einmal den Erhalt einer Teilstrecke mitgemacht hat - ich habe das bei der Teilstrecke Husum - Erfde gemacht -, weiß, wie schwierig dieses Geschäft ist. Wir haben alles unternommen, aber letztlich ist es an der Wirtschaftlichkeit gescheitert. Diese Aussagen haben dazu geführt, daß wir das nicht in den Griff bekamen.

Wir sind also dafür, daß man in die Überlegung jedes Argument mit einbezieht und diesen Fragen offen gegenübersteht - das ist wichtig -, damit man nicht, wie es ja manchmal der Fall ist, irgendwelchen Träumen nachhängt.

Wir sind aber der Hoffnung, daß gerade diese beiden Teilstrecken, die hier von mir angesprochen worden sind, eine sehr gute Chance haben sollten. Ich denke hier besonders an die Chance für Niebüll - Tondern, aber auch für die Strecke Ratzeburg - Hollenbek.

Dem Antrag der CDU können wir leider nicht folgen. Auch die Argumentation war nicht besonders schlüssig, muß ich hier einmal sagen. - Das einmal ganz abgesehen von der „Rübenbahn“ und von dieser Geschichte mit der „Kaiserbahn“. Wir können diesem Antrag - wie gesagt - nicht zustimmen. Es wäre wohl sträflich, diesem Unterfangen zuzustimmen. Das können wir nicht tun.

Dem Antrag der Bündnisgrünen stimmen wir zu. Dem Antrag der F.D.P. können wir nicht zustimmen.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag erhält der Herr Abgeordnete Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mitteilen, daß wir den Änderungsantrag der F.D.P. übernehmen.

(Heiterkeit - Beifall bei SPD und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Minister Steinbrück.

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Schlie, als ich Ihnen zuhörte, habe ich gedacht: Gott, ist darin eine Dramatik, wie Sie das hier vorgetragen haben. Das war ja fast der Stoff, aus dem man Aktuelle Stunden machen kann, so wie Sie das hier vorgetragen haben.

(Heiterkeit)

In Wirklichkeit geht es doch um ein paar ganz nüchterne und - wie ich finde - schnell im Konsens zu treffende Feststellungen.

Ich stimme den beiden Anträgen in der Zielsetzung zu,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist ja ganz ungewöhnlich!)

diese Trasse zu erhalten. Und nur darum geht es. Das heißt, es soll jetzt nichts abgerissen oder zugeschüttet werden - das Bild vom Abriß ist viel besser -, von dem man nicht richtig weiß, ob man das in Zukunft nicht noch einmal braucht. Nur darum geht es. Es soll das gemacht werden, was man im Neuhochdeutschen eine „Option offenhalten“ nennt. Genau darum geht es.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Herr Schlie, kein Mensch behauptet, daß heute auf der Strecke eigenwirtschaftlich Bahnverkehr abgewickelt werden kann. Kein Mensch behauptet - jedenfalls so, wie sich die Strecke im Augenblick auch mit dem Lückenschluß darstellt -, daß jemals ein **Verkehrsaufkommen** erreicht werden kann, das zu einem wirtschaftlichen Betrieb führt. Es geht schlicht und einfach darum, etwas für die Zukunft nicht zu verbauen,

(Zuruf des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

in der wir auch mit Blick auf zusätzliche Ost-West-Magistralen im Schienenbereich vielleicht genau auf eine solche Trassenführung zurückgreifen müssen. Darum geht es.

Ich füge mit Blick auf die **Ortsumgehung der B 208** hinzu: Auch die muß so etwas nicht verschlagen. Ich kann mir eine Führung vorstellen, die nicht in Kollision zu einer Revitalisierung dieser Strecke gerät.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Im übrigen sage ich - Sie haben dieses Thema angeführt -: Die Realisierung dieser Ortsumgehung scheitert nicht an der Landesregierung - ich erhebe auch keinen Vorwurf an jemanden sonst -, sondern sie scheitert an der Tatsache, daß im laufenden Fünfjahresplan dafür keine Finanzmittel vorgesehen

sind. Ich wäre dankbar, wenn diese „Lernkurve“ irgendwann einmal abgeschlossen werden könnte.

(Beifall bei der SPD)

Vor dem Hintergrund dieser Auffassung habe ich auch Anfang dieses Jahres - Sie haben das ganz richtig geschildert - bei einem Besuch vor Ort deutlich gemacht, daß die Landesregierung gern zu konkreten Hilfen - das heißt auch zu Finanzhilfen - für den Erhalt dieser Trasse bereit ist. Wir haben mit der DB AG bisher sehr erfolgreich verhandeln können, daß bis zum Jahresende 1996 zunächst auf einen Streckenrückbau verzichtet wird, und es laufen die Gespräche darüber, daß dieses Datum weiter in die Zukunft verlängert wird, ohne daß ich Ihnen heute sagen kann, wie das Ergebnis aussehen wird.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Stritzl?

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Gern.

Thomas Stritzl [CDU]: Herr Minister, zum Thema „Lernkurve“: Der Kollege Schlie hat Ihnen ja die Meinung Ihrer Fachabteilung zu dieser Strecke und zu den Verwendungsmöglichkeiten vorgetragen. Stimmen Sie denn nun Ihrer Fachabteilung zu, oder haben Sie eine eigene, davon abweichende Meinung?

- Zwischen meine Fachabteilung und mir paßt kein Blatt Papier.

(Heiterkeit)

Das liegt auch überhaupt nicht im Widerspruch. Sie insinuierten einen Widerspruch dort, wo gar keiner besteht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das liegt vielleicht an der Größe der Lücke!)

Insofern ist das einer dieser wertvollen Beiträge einer rhetorischen Zwischenfrage gewesen.

(Heiterkeit)

Sie werden sich ja im Protokoll auch wiederfinden, Herr Stritzl.

Diese Strecke ist - das wurde ja auch schon zutreffend geschildert - in die Perspektive des **Schienenpersonennahverkehrs** der Landesweiten Verkehrsservicegesellschaft aufgenommen worden, aber die Ehrlichkeit gebietet es zu sagen, daß auch die Landesweite Verkehrsservicegesellschaft eine Wiederaufnahme nur dann für sinnvoll hält, wenn es eine durchgehende Verbindung Lübeck - Ratzeburg - Zarrentin - Hagenow - Schwerin gibt. Das muß man hinzufügen. Wann und wie die zu realisieren ist, kann heute keiner in diesem Raum sagen, zumal es um erhebliche **Investitionen** geht, auch um den Lückenschluß wieder zu beseitigen und auch zur Ertüchtigung der Strecke; denn in ihrem augenblicklichen Zustand ist die Strecke nicht mehr mit der Eisenbahn zu befahren. Wir reden hier über einen höheren zweistelligen Betrag zur Ertüchtigung dieser Strecke. Die Fachleute reden von 50 Millionen bis 56 Millionen DM.

Ich habe erklärt, daß die Landesregierung bereit sei, sich an den geschätzten Unterhaltungskosten von jährlich 140 000 DM mit 50 % zu beteiligen. Wir haben so etwas mit Blick auf die Erhaltung der sogenannten Museumsbahn zwischen Süderbrarup und Kappeln im Wege einer Drittfinanzierung schon einmal gemacht. So etwas habe ich auch hier angeboten nach dem Motto: Das Land aber nicht allein. Ich habe vielmehr eine solche Mitfinanzierung auch an den Kreis adressiert.

Herr Schlie gibt die **Beschlußlage des Kreistages** korrekt wieder. Der Kreis hat sich bisher nicht dazu durchringen können, sich an den Unterhaltungskosten zu beteiligen. Das heißt, das Land wird sich um weitere Finanzgeber bemühen. Wir werden mit der DB AG weiter darüber verhandeln, daß ein solcher Rückbau auch 1997 nicht erfolgt. Wir werden auch rechtliche Probleme, unter anderem auch mit dem Eisenbahnbundesamt, dahin gehend zu klären haben, ob denn auf dem

jetzigen Gleiskörper wenigstens etwas anderes betrieben werden kann.

(Zuruf des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Die Fachleute reden dann von „Bahnen besonderer Bauart“. Im normalen Deutsch heißt das „Draisinen-Betrieb“, der unter fremdenverkehrswirtschaftlichen Gesichtspunkten eine Rolle spielen kann. Ich habe mir das einmal angeguckt. Dort sind Leute vor Ort sehr engagiert tätig. Weil auch immer noch eine Einladung vorliegt, ich möge eine solche Draisine über mehrere Kilometer bedienen, werde ich das auch gern tun. Ich hoffe, daß Sie im Kreistag auch gegen eine rot-grüne Mehrheit Reklame machen, Herr Schlie, daß der Kreis doch noch zu einem Finanzbeitrag kommt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem Kurzbeitrag hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Erstens: Wir finden den Antrag der GRÜNEN besser. Zweitens: Wir stehen inhaltlich zur Argumentation im Redebeitrag meines Kollegen Gerckens. Drittens: Wenn die Bündnisgrünen über ihren eigenen Schatten springen können, können wir es auch. Wir werden dem Antrag also zustimmen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat ihren Antrag zurückgezogen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein!)

- Moment. Sie hat ihren Antrag zurückgezogen, und dem Antrag der F.D.P. wird sie zustimmen.

(Zurufe)

- Übernommen! - Ganz ruhig: Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/423, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! -

(Zurufe)

- Wir sind beim CDU-Antrag. - Enthaltungen? - Der CDU-Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über den Änderungsantrag Drucksache 14/417 (neu) der Fraktion der F.D.P. abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Dies ist gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der Abgeordneten Dr. Winking-Nikolay angenommen worden.

Dann lasse ich jetzt über den Ursprungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der soeben geänderten Form abstimmen. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW. in geänderter Form angenommen worden.

Damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Die Tagung wird morgen um 10.00 Uhr mit der Behandlung des Tagesordnungspunktes 8 fortgesetzt.

Ich wünsche Ihnen einen guten Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 18.14 Uhr